

COMPACT



C MAGAZIN FÜR SOUVERÄNITÄT

Ausgabe 8/2016 | 4,95 EUR
www.compact-online.de

Weltkrieg gegen Putin

Die NATO marschiert

Stasi 2.0

IM Kahane und das Internet

Cop-Killer

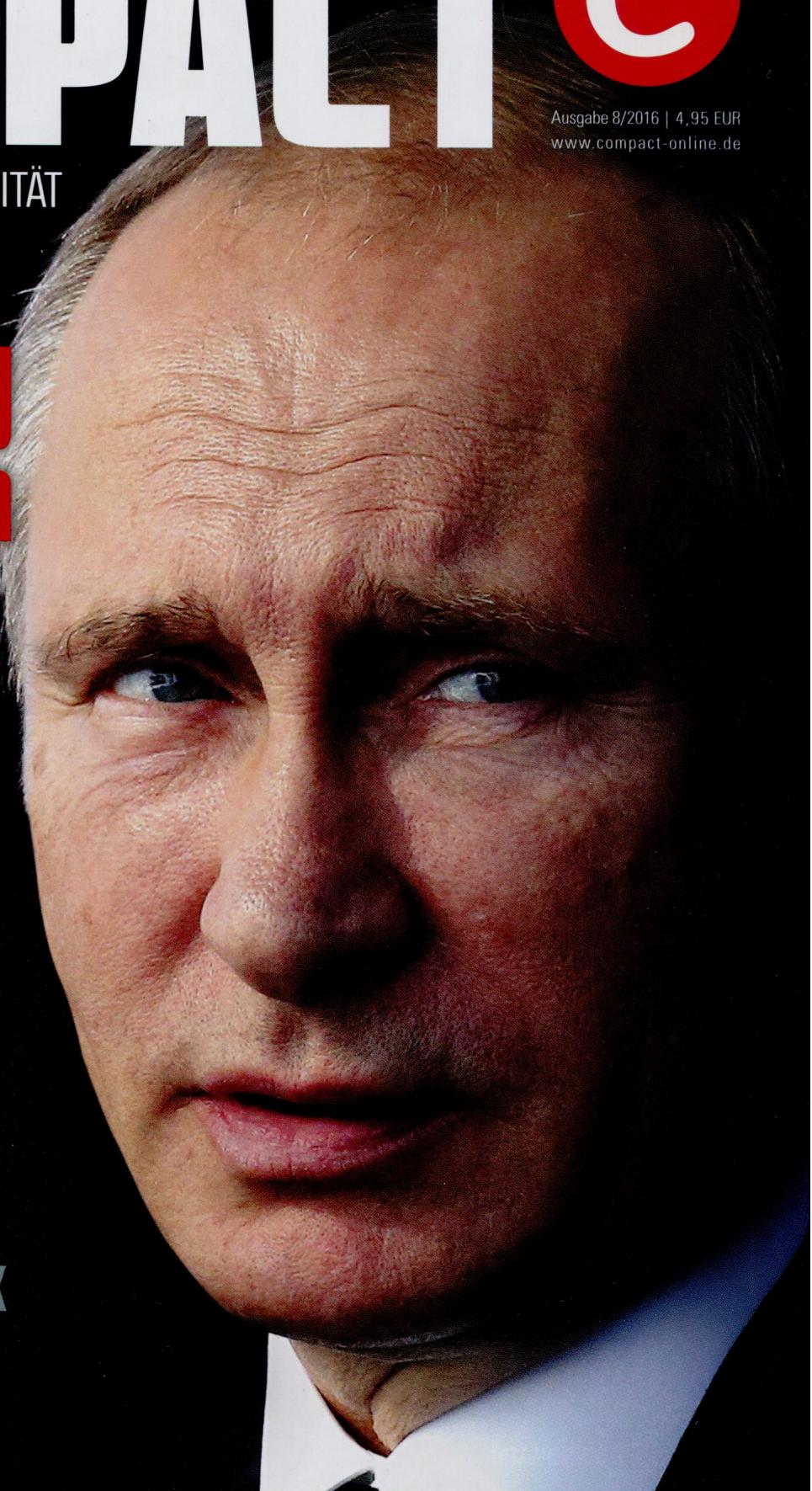
Rassenkrieg in den USA

Hofer exklusiv

FPÖ-Kandidat vor Wahlsieg

Wikinger im Glück

Liebeserklärung an Island



Dossier: Nach dem Brexit
So hassen die EU-Eliten das Volk

08
4 192153 204971

**Nur Ihr
Abo macht
uns stark!**

Mut zur Wahrheit
COMPACT C

Ehrlicher Journalismus in Zeiten der Lüge.

Die schweigende Mehrheit kann die Verhältnisse zum Tanzen bringen, wenn sie ihre Stimme wiederfindet. COMPACT ist ihr Lautsprecher, weil wir drucken und verbreiten, was andere nicht zu schreiben wagen. Unterstützen Sie uns jetzt mit einem Abo! Als Dankeschön genießen Sie exklusive Vorteile:

COMPACT-Abonnenten

- bekommen das Magazin, bevor es am Kiosk erhältlich ist,
- jeden Monat in einer Versandtasche bequem nach Hause!
- zahlen kein Porto!
- erhalten ein Buch oder eine DVD ihrer Wahl gratis!
- sparen bei COMPACT-Konferenzen bis zu € 60,- am Eintrittspreis!
- haben freien Eintritt zu der monatl. Veranstaltungsreihe COMPACT-Live!

www.mut-zum-abo.de



Neuer Erscheinungstermin: Samstag ist der neue Donnerstag!

Ab 27. August am Kiosk:
das nächste COMPACT-Magazin



Immer wieder samstags...
kommt die Wahrheit ans Licht.

Ab sofort gönnst sich COMPACT zwei Tage mehr Zeit für die Redaktion. Statt wie bisher donnerstags erscheint das einzig wahre Monatsmagazin nun immer samstags.

Mut zum Abo zahlt sich aus!

COMPACT-Abonnenten erhalten das aktuelle Magazin 4 bis 5 Tage vor dem offiziellen Erscheinungstermin und genießen weitere exklusive Vorteile (siehe Übersicht links).

Unterstützen Sie uns jetzt:
Bestellen Sie Ihr persönliches COMPACT-Abo per Telefon unter 03327-569 86 11 oder senden Sie uns den ausgefüllten Coupon per Post oder Fax zu.

Ausfüllen. Ausschneiden. Abschicken. Prämie sichern!

- Ja, ich will COMPACT ab Nr./20.... mit 59,40 EUR (inkl. Versandkosten innerhalb Deutschlands) für 12 Ausgaben abonnieren und meine Wunschprämie kassieren!
- Ja, ich will COMPACT ab Nr./20.... mit 83,40 EUR (inkl. Versandkosten ins Ausland) für 12 Ausgaben abonnieren und meine Wunschprämie kassieren!

Ich freue mich auf meine Abo-Prämie COMPACT-Spezial Nr. 9 «Zensur in der BRD».

Absender / Lieferadresse

Name, Vorname _____

Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____

Email _____

Telefon _____

Unterschrift **X** _____

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich COMPACT-Magazin GmbH widerruflich, den Abo-Betrag umgehend zulasten meines Kontos per Lastschrift einzuziehen.

Bankverbindung

Kontoinhaber _____

Bank _____

IBAN (Kto-Nr.) _____

BIC (Bankleitzahl) _____

Kündigung

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, wenn es nicht bis 14 Tage vor Erscheinen der jeweils letzten Ausgabe gekündigt wurde.

Unterschrift **X** _____

Ausgefüllten Vordruck per Post an:

COMPACT-Magazin GmbH, Am Zernsee 9, 14542 Werder (Havel)

Oder per Fax an:

+49-(0)33 27 / 569 86-17

Abo online holen:

www.mut-zum-abo.de

COMPACT
MAGAZIN FÜR SOUVERÄNITÄT



- 05 Editorial
- 06 Zitate des Monats
- 07 Foto des Monats
- 08 Leserbriefe
- 09 COMPACT Intern
- 10 Köpfe des Monats
- 53 Lauter schöne Mädchen
von Johann Felix Baldig
- 56 Requiem für Dresden
von Sebastian Hennig
- 59 Die letzte Schlacht von Ali Pascha
von Jan von Flocken
- 61 Mit Promille nach Pankow
von Helmut Roewer
- 64 BRD-Sprech_Auschwitz
von Manfred Kleine-Härtlage
- 65 Unsere Helden_Totila
von Jan von Flocken
- 66 Harzheims Klassiker_Patriotismus
von Harald Harzheim

Titelthema

- 11 Weltkrieg gegen Putin
von Jürgen Elsässer
- 15 Schlachtfeld Deutschland
von Martin Müller-Mertens
- 18 Krieg der fünften Dimension
von Marc Dassen
- 21 «Wir schrauben die Eskalationsspirale immer höher»
Interview mit Harald Kujat

Politik

- 23 Hannelore Kraft und die drei Affen
von Hans-Hermann Gockel
- 26 Die Herrenmenschin
von Martin Müller-Mertens
- 29 «Für mich ist Heimat der Ort, wo ich mich wohl fühle»
Interview mit Norbert Hofer
- 33 Cop-Killer in Dallas
von Jürgen Elsässer
- 35 Das Schweigen der Lämmer
von David Berger

Dossier

- 40 Das Volk, der Feind
von Martin Müller-Mertens
- 42 «Ich will mein Leben zurück»
von Karel Meissner
- 44 Die Konservativen müssen zur Arbeiterpartei werden
von Fraser Nelson und James Forsyth

Leben

- 47 Im Land der Wikinger
von Peter Wiegrefe
- 50 Der Wandelbare
von Bernd Schumacher

COMPACT Impressum C

Herausgeber & Verlag

COMPACT-Magazin GmbH
Geschäftsführer Kai Homilius
Am Zernsee 9, 14542 Werder (Havel)
E-Mail verlag@compact-magazin.com
Website www.compact-online.de

Vertrieb, Bestellungen, Abo-Betreuung
Fon 03327-5698611
Fax 03327-5698617
E-Mail vertrieb@compact-magazin.com

Bankverbindung COMPACT-Magazin GmbH
Mittelbrandenburgische Sparkasse
BIC: WELADE1PMB
IBAN: DE74 1605 0000 1000 9090 49

Redaktion
E-Mail redaktion@compact-magazin.com

Chefredakteur Jürgen Elsässer (V.i.S.d.P.)
Chef vom Dienst Martin Müller-Mertens

Cover Iris Fischer
Fotoquelle Cover
Sasha Mordovets/Getty Images
Layout/Bild Steffen Jordan

COMPACT-Online Arne Fischer
E-Mail fischer@compact-magazin.com

Anzeigenakquise
E-Mail anzeigen@compact-magazin.com

Gedruckt in Deutschland
Druckauflage dieser Ausgabe
72.500 Exemplare

Erscheinungsdatum der nächsten Ausgabe
Samstag, den 27. August 2016



Redaktionsschluss
17. Juli 2016

Nizza: Wir sind im Krieg

Der militante Islam hat Europa den Krieg erklärt – und Europa schläft weiter. Immerhin: Unsere türkischen Mitbürger demonstrierten lautstark. Kaum 30 Stunden nach dem Terroranschlag von Nizza mit über 80 Toten gingen sie zu Zehntausenden in allen großen deutschen Städten auf die Straße. Ihr Anliegen war allerdings nicht, Entsetzen über ihren massenmörderischen Glaubensbruder zu bekunden. Ganz im Gegenteil: Mit Rufen wie «Allahu Akbar» – belegt von der *Tageschau* – stellten sie sich in Hamburg und anderswo hinter einen anderen massenmörderischen Glaubensbruder, den Kurden schlächter und Freund des Islamischen Staates Recep Tayyip Erdogan. Der sah sich in jenen Stunden gerade einem Militärputsch gegenüber – für seine Anhänger hierzulande offensichtlich eine viel schrecklichere Vorstellung als der Leichenberg an der Cote d'Azur.

Die Reaktion deutscher Politiker und Medien auf Nizza war wie gewohnt: süßlich und abstoßend. Natürlich hatte das Blutbad wieder einmal nichts mit dem Islam zu tun – als ob der Terrorist irgendein Alien gewesen wäre. Im Multikulti-Milieu wurde der Täter sogar als Opfer beschrieben: «Dieser Mann hatte keine Arbeit, keine Chance, keine eigene Wohnung, keine Freundin, und deshalb hat er angefangen, darüber nachzudenken, sich an dieser „Gesellschaft“ zu rächen, die ihn ausgesetzt hat», schrieb ein Schwurbelkopf aus der *Freitag*-Community des Jakob Augstein. Auch Innenminister Thomas de Maizière riet dringend davon ab, «jetzt Muslime pauschal zu verdächtigen». Gemeingefährlicher Blödsinn! Nizza lehrt das Gegenteil: Wenn wir uns schützen wollen, müssen wir ab sofort jedem Muslim gegenüber vorsichtig sein! Denn der LKW-Dschihadist war ja tatsächlich ein völlig unauffälliger Typ gewesen: kein Syrien-Kämpfer, kein IS-Anhänger, kein Salafist. Bei der politischen Polizei gab es noch nicht einmal eine Akte über ihn, und niemand will ihn je in einer Moschee gesehen haben. Trotzdem ist es kein Zufall, dass auch solche religionsfernen Muslime in einer psychischen Krisensituation zu Massenmördern werden können – während christliche oder atheistische Klein-Kriminelle ihre Depression bloß in einer Schlägerei oder im Puff ausleben. Nur der Islam macht einem gescheiterten Verlierer nämlich ein unschlagbares Angebot: Du hast Dein Leben zwar gotteslästerlich verpfuscht – aber wenn Du im Krieg gegen die Ungläubigen stirbst, hast Du trotzdem eine 100-prozentige Garantie auf das Himmelreich inklusive der 72 Jungfrauen.

Die Frage, die schon bei dem Messermörder in Gräfin im Mai auftauchte – ist er ein Fundamentalist, weil er beim Zutzen «Allahu Akbar» rief, oder nur ein Irrer, der kurz zuvor aus der Klappe geflüchtet war – ist falsch gestellt: Wahnsinn und Islam, das ist nämlich



kein Widerspruch, sondern passt wie Arsch auf Eimer. Die Dschihad-Religion zieht die Irren an und bewaffnet sie – das schafft kein anderer Glaube.

Chefredakteur Jürgen Elsässer.
Foto: Jörg Gründler

Während unsere Politiker noch immer in Appeasement machen, hört man immerhin aus Frankreich kraftvolle Reaktionen. Marion Maréchal-Le Pen stellte für den Front National fest, was man auch gerne von der AfD gehört hätte: «Wenn wir den Islamismus nicht töten, tötet er uns.» Auch der Republikaner Christian Etrosi redete Tacheles – Worte, die man bei seiner deutschen Bruderpartei CDU meidet wie der Teufel das Weihwasser. «Ich spüre, wie um mich herum die Wut sich steigert. Ich spüre, wie um mich herum der Hass sich steigert – und ich kann dieses Gefühl verstehen», sagte der ehemaliger Bürgermeister der Stadt und ihr jetziger Vertreter in der Nationalversammlung. Selbst in der Linksregierung werden einige vernünftig: Innenminister Bernard Cazeneuve rief alle willigen «patriotischen Bürger» zum Reservedienst bei den Sicherheitskräften auf.

Wann wird unser Innenminister endlich eine Freiwilligenmiliz bilden, die der Polizei beim Aufpassen hilft? Erst, wenn auch die Alsterpromenade von Hamburg mit Leichen gepflastert ist?

M. Elsässer



Kriegslust an der Weichsel: Generalsekretär Jens Stoltenberg während des NATO-Gipfeltreffens im Juli in Warschau. Foto: NATO

Weltkrieg gegen Putin

«Die Tatsache, dass wir bereit sind, keine NATO-Truppen außerhalb des Staatsgebiets der BRD zu stationieren, gibt der Sowjetunion feste Sicherheitsgarantien.» (Der damalige NATO-Generalsekretär Manfred Wörner am 17. Mai 1990, zitiert in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 5.5.2014)

«Die NATO sieht sich seit einiger Zeit mit einer Frage konfrontiert, die für ein Militärbündnis alles andere als belanglos ist: Was tun ohne Krieg? Ende nächsten Jahres will das Bündnis seine Kampftruppen aus Afghanistan abgezogen haben, die Rückverlegung der Truppen ist in vollem Gange. (...) Wie soll man die Einsatzfähigkeit erhalten, wenn die Truppen wieder in den Kasernen zurück sind, fragen sich die führenden Offiziere. Eine erste, für Außenstehende vielleicht etwas überraschende, Antwort lautet: indem man eine Schlacht gegen Russland übt.» (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.9.2013)

«Was wir jetzt nicht tun sollten, ist durch lautes Säbelrasseln und Kriegsgeheul die Lage weiter anzuheizen.» (Außenminister Frank-Walter Steinmeier, SPD, Bild am Sonntag, 19.6.2016)

«Abschreckung und Dialog sind keine Gegensätze, sondern gehören untrennbar zusammen.» (Bundeskanzlerin Angela Merkel, 7.7.2016)

«Mehr als die Hälfte der Deutschen (53 Prozent) findet es (...) nicht richtig, dass das Militärbündnis zum Schutz von Polen, Estland, Lettland und Litauen dort seine Truppen deutlich verstärkt. (...) Rund zwei Drittel (67 Prozent) der Deutschen sind (...) dagegen, dass die NATO dauerhaft ihre militärische Präsenz in osteuropäischen Ländern aufbaut.» (Rheinische Post Online, 8.7.2016)

Flüchtlingsspeisung

«Mit einer Protestaktion will das Zentrum für Politische Schönheit ein Umdenken in der deutschen Flüchtlingspolitik erzwingen. (...) Um ihre Forderung durchzusetzen, hat sich die Gruppe daher ein außergewöhnliches Druckmittel ausgedacht: vier lebende "libysche" Tiger (...), die für den Fall, dass das Gesetz bestehen bleibt, am 28. Juni öffentlich vier Flüchtlinge fressen sollen.» (jetzt.de, 16.6.2016)

Erigierende Kräne

«Sehnsucht nach Kränen, Liebesurlaub mit einer Boeing: Objektsexuelle Menschen lieben Gegenstände – und leben ihre Neigung meist heimlich aus.» (Spiegel Online, 23.6.2016)

Weltuntergangsstimmung

«Der Brexit könnte der Beginn der Zerstörung nicht nur der EU, sondern der gesamten politischen Zivilisation des Westens sein.» (EU-Ratspräsident Donald Tusk, Merkur Online, 24.6.2016)

Bestseller Auschwitz

«Angeblicher Auschwitz-Überlebender gesteht: Meine Geschichte war erfunden // Wieder und wieder erzählte Joseph Hirt seine Geschichte. (...) Er schilderte, wie er in Auschwitz dem berüchtigten KZ-Arzt Joseph Mengele gegenübergestanden habe. (...). Hirt: Habe die Erinnerung am Leben halten wollen.» (Focus Online, 26.6.2016)

Klima-Kommunismus

«Mit dem Klimaschutz auf den Lippen, aber der Diktatur des Ordnungsrechts im Gepäck kommt Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) daher: Öl- und Gasbrenner werden verboten, das Ausstreuen von Torf im heimischen Garten wird untersagt. Der Fleischkonsum soll halbiert werden, damit die Kühe in Deutschland weniger Methan abgeben.» (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.6.2016)

Job-Wunder

«Daimler-Chef Zetsche: Flüchtlinge könnten neues Wirtschaftswunder bringen.» (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.9.2015)

«Dax-Konzerne stellen nur 54 Flüchtlinge ein // (...) Der Vorstandsvorsitzende der Daimler AG, Dieter Zetsche, (...) ist bei seiner Personal-suche eigenen Angaben zufolge bislang kaum

fündig geworden.» (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.7.2016)

Refugees welcome!

«Mehrere hundert Migranten sollen laut Aussage eines geständigen Menschenschlagers auf dem Weg durch Libyen getötet worden sein, um ihre Organe zu entnehmen. (...) Auch Kinder seien zur Entnahme ihrer Organe getötet worden, heißt es weiter.» (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.7.2016)

Asyl und Gomorra

«Kinderschutzbeauftragte: "Flüchtlingsunterkünfte sind ein Mekka für Pädophile". Im ersten Quartal des Jahres 2016 gab es 128 Fälle von sexuellem Missbrauch von Kindern und Frauen in Flüchtlingsunterkünften.» (Tagesspiegel Online, 7.7.2016)

Champagner-Sozialismus

«Frankreich: Hollande beschäftigt eigenen Friseur für 9.895 Euro auf Staatskosten // (...). Bis zum Ende der Laufzeit soll B. damit insgesamt über eine halbe Million Euro verdienen.» (Spiegel Online, 13.7.2016)

Der große Austausch

«2,1 Millionen Menschen wanderten 2015 nach Deutschland aus. Das waren 46 Prozent mehr als 2014 und so viele wie noch nie zuvor. Darunter sind viele Flüchtlinge, aber auch Arbeitsmigranten aus dem EU-Ausland. Die Zahl der Auswanderer stieg auch auf einen Rekord: Fast eine Million Menschen kehrten Deutschland den Rücken. Der Wanderungsüberschuss – Einwanderung minus Auswanderung – erreichte mit gut 1,1 Millionen den höchsten Stand seit der Gründung der Bundesrepublik.» (abendzeitung-muenchen.de, 14.7.2016)



Sind die Lügenmedien auch Plagiatspresse? Dieser Titel der FAZ-Wochenausgabe erinnert stark an COMPACT Spezial Nr. 8. Inhaltlich gibt es dann erwartungsgemäß kaum Übereinstimmungen. Fotos: COMPACT/FAZ



Fällt London nach der Brexit-Entscheidung um? Darauf hofft zumindest das Pro-EU-Lager in Großbritannien, aber auch ein Teil des Establishments in Brüssel und Berlin. Bislang scheint die britische Regierung jedoch standhaft zu bleiben. Die neue Premierministerin Theresa May schuf sogar ein eigenes Ministerium für den EU-Austritt. Der Sturz dieses Gardeoldaten hatte keine politischen Gründe. Nach stundenlangem Spalierstehen auf der Geburtstagsfeier der Queen Anfang Juni verließen ihn lediglich die Kräfte.

Foto: Reuters/Dylan Martinez



Zu COMPACT allgemein

Ich hab' Eure neue Ausgabe schon gekauft. Abonnieren kann ich Euch aber nicht. Ich habe jetzt unseren Zeitschriftenhändler dazu überreden können, COMPACT ins Sortiment aufzunehmen. *Arnakuni, per YouTube*

Naja, immerhin musste selbst die *Zeit* letztens zugeben, dass sie trotz «monatlanger Recherchen» keinerlei Hinweis auf eine finanzielle oder sonstige Unterstützung COMPACTs durch den Kreml finden konnten. Aber die ARD versucht wohl trotzdem in dieses Horn zu blasen. *Martin Schubert, per YouTube*

Heft Juli ist besonders gut. Gerade das Dritte gekauft, die anderen beiden waren schnell weitergegeben. Heiko Maas ist natürlich DER Feind der deutschen Internet-Community schlechthin. Auch die Beiträge über Trump, zwei davon aus *CounterPunch* übersetzt, waren informativ. Wardiesmal Klasse von der ersten bis zu letzten Seite!

Peter Cordes, per YouTube

Super Cover. Der Inhalt des Heftes ist natürlich noch besser. Müsst Ihr unbedingt lesen. Ich hab's schon lange abonniert und noch nie bereut.

Emmanuel Gigel, per Facebook-Kommentar

Bei uns in der Firma hat der Admin seit heute die COMPACT-Online-Seite gesperrt. Als Begründung wird Nachrichten/News angegeben. Ich kann aber nach wie vor die Seiten aller gängigen Zeitungen/Zeitschriften aufrufen. Hier wird also auch mit zweierlei Maas gemessen.

bergefant, per YouTube

Seit August 2015 habe ich COMPACT abonniert. Ich lese immer gleich das ganze Heft auf einmal. Die Ausgabe 07/2016 ist wieder sehr gut. Das Titelbild ist aber das absolut Beste, was es je auf irgendeinem Magazin gegeben hat.

Uwe Heller, per E-Mail

Burner-Cover. Nummer eins aller bisherigen Cover. Zwei Fliegen mit einer Klappe, die von allen gegenüber COMPACT benutzte Nazi-Keule überm Knie gebrochen und Maas die Rolle zugespielt die ihm gebührt. In einem Bild. Weltklasse. *Uli A., per E-Mail*

Das Titelbild ist wieder sehr gewagt und provokant. Als ich es vor zwei Tagen aus dem Kuvert zog, musste ich spontan lachen – doch habe ich mich gleichzeitig gefragt, ob das noch durch die Pressefreiheit abgedeckt ist und ein Kioskkäufer den Mut finden wird, eine Ausgabe zu kaufen. *HvH, per Website-Kommentar*



Zu «Wollt Ihr den totalen Maas?»

Gleich die neuste COMPACT im Geschäft gesichert, bevor das Maasmännchen sich über die Titelseite aufregt. *Hans Dampf, per YouTube*

Maas ist jetzt auch ein Flüchtling! Deshalb hat er auch so viel Sympathie für die Rapefugees. Er muss vor seinem Volk flüchten. *ernst EisWürfel, per YouTube*

Es passiert genau vor unseren Augen. Jetzt der Beginn einer solchen Zeit wie im Dritten Reich. Bücher werden aus dem Verkehr gezogen, Meinungen werden platt gemacht, Leute werden mundtot gemacht, Leute werden diffamiert. Aber unter umgekehrten Vorzeichen! *Ludwig Yorck von Wartenburg, per YouTube*

Bisher ging ich fest davon aus, dass COMPACT für Aufklärung und «Blick hinter die Kulissen» steht. Das aktuelle Titelbild zeigt genau das Gegenteil. Die üblichen Seitenhiebe, bezogen auf einen Abschnitt der jüngeren deutschen Geschichte, über den wir bis heute, unter Strafandrohung, nicht offen und frei diskutieren dürfen. Ich bin von dieser überflüssigen und destruktiven Effekthascherei enttäuscht. *Rhöngeist, per Website-Kommentar*

Die Hauptschlagzeile auf Eurer Juli-Ausgabe scheint Ihre Wirkung nicht verfehlt zu haben. Herr Maas tobt sich derweil in den Mainstream-Medien aus. Der Zeitpunkt seiner Ver-

öffentlichung beweist seine Hilflosigkeit, indem er nur weiterhin Phrasendrescherei betreibt und nicht argumentativ auf die Dinge eingeht, die das sogenannte Volk («Pack») laut Wirtschaftsminister Gabriel) umtreibt.

Hans Heinrich Klöker, per Website-Kommentar

Als ehemaliger politischer Häftling der DDR sage ich nur, es ist schlimmer wie zu DDR-Zeiten, nur wollte die Anfänge keiner wahrhaben, beziehungsweise hat es kaum einer wahrgenommen.

Peter Steffan, per Website-Kommentar

Heiko Maas ist seine Politik der Unterdrückung und Arroganz ganz ins Gesicht geschrieben! Ich habe selten einen Politiker mit einer solchen Arroganz und Intoleranz für die Anliegen der eigenen Bevölkerung gesehen.

Ingo David, per Facebook-Kommentar



Zum Editorial «Heute bin ich schwul»

Meine schwulen Freunde sagten bereits 2015, dass sie sich in Deutschland aufgrund der Islam-Einschleusung nicht mehr sicher fühlen, und 2016 geschah Orlando, voilà! Wahr USA, aber dieselbe Ursache. Merkel (die ja übrigens von USA gesteuert wird, welch Zufall) führt Europa in Blutbad und Terror, und es ist kein Zufall dass Leute wie Elsässer, die sich gegen genau dieses Unrecht aussprechen, die Schuld bekommen.

Peter Thelen, per Facebook-Kommentar

Auf jeden Fall sehe ich die Gefahr, dass es mit einem generellen Islamhass plus einem «Je suis homosexuell» nur noch ein kleiner Schritt ist, bis man die flächendeckende Bombardierung des Irans fordert. Das ist auch der Plan: den Hass auf Moslems zu schüren (warum wohl darf in dieser Richtung nach Herzenslust ausgeteilt werden?), um einen Angriff auf den Iran zu legitimieren.

Wahr-Sager, per Website-Kommentar

Es gibt so viele Menschen, die homosexuelle Menschen verurteilen. Dies ist schlichtweg falsch. *XRay, per Website-Kommentar*

Aus diesem Grund werden auch Islam und Christentum in einen Topf geworfen und umgerührt. Beispiele für diese unzulässige Vermengung gibt es viele (zum Beispiel Stellung der Frau, Verhüllung, Menschenbild, Schächten von Tieren und so weiter).

Reinhold, per Website-Kommentar



Wieder dabei: Karl Albrecht Schachtschneider.

Foto: Michael Jeinsen



Neu dabei: COMPACT in den Alpen.

Foto: Montage COMPACT, MidoSemsem, Thinkstock



Bei der ARD hinter Gittern: Jürgen Elsässer.

Foto: Screenshot ARD

COMPACT-Konferenz

Zum fünften Mal findet 2016 unsere große Souveränitätskonferenz statt – und erstmals im Westen der Republik: am 29. Oktober in Köln. Schon in den letzten Jahren versammelten sich zu diesem Anlass der Kern der COMPACT-Leserschaft und viele Neuinteressierte. Der Andrang stieg von Jahr zu Jahr – von etwa 700 bei der ersten Konferenz 2012 auf über 1.000 im vergangenen November.

Dieses Mal haben wir mit Bedacht das Motto «Für ein Europa der Vaterländer – Patrioten aller Nationen, vereinigt Euch!» gewählt: Nach dem Brexit wachsen in allen Mitgliedsländern der Union die freiheitlichen Bestrebungen, weitere Siege souveränistischer Parteien an der Wahlurne sind möglich! Ein Kontinent freier Völker von Lissabon bis Wladiwostok ist das Ziel.

Wie immer sprechen zahlreiche hochkarätige Referenten: Aus dem Inland haben der AfD-Frontmann Björn Höcke und der Staatsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider zugesagt, aus Tschechien kommt der langjährige Staatspräsident Vaclav Klaus, aus Österreich haben wir einen hochrangigen FPÖ-Vertreter und aus Großbritannien Nigel Farage angefragt. Von unserem Partner, dem russischen Institut de la Démocratie et de la Coopération in Paris, werden John Laughland und Natalia Narotchnitskaya sprechen, der Putin-Vertraute Wladimir Jakunin, bereits 2014 unser Gast, hat Interesse signalisiert.

Je früher Sie sich anmelden, desto sicherer erhalten Sie einen Platz – und umso günstiger sind die Preise. Und wenn Sie COMPACT-Abonnent sind, sparen Sie nochmal kräftig – bis zu 60 Euro: konferenz.compact-shop.de. ■

COMPACT in Österreich

Verglichen mit Deutschland ist unser Nachbarland klar im Vorteil: Das Verfassungsgericht hat den betrügerischen Sieg des grünen Kandidaten Alexander Van der Bellen bei der Präsidentschaftswahl annulliert und damit den Weg dafür freigemacht, dass mit Norbert Hofer erstmals ein volksfreundlicher Politiker in die Hofburg einzieht. Doch dem Bewusstsein der Bürger entspricht der Tenor der Medienmacher nicht: Alle großen Zeitungen und Magazine, die TV-Anstalten sowieso, trommeln gegen den FPÖ-Mann.

Diese Einseitigkeit wird COMPACT aufbrechen – wir expandieren nach Österreich! Aufmerksame Leser werden festgestellt haben, dass wir die Berichterstattung über die Vorgänge in der Alpenrepublik wesentlich verstärkt haben – in der aktuellen Ausgabe etwa durch das Interview mit Hofer. Jetzt haben wir uns entschlossen, unsere Kioskpräsenz auch auf die Alpenrepublik auszudehnen.

Beginnend mit der Oktoberausgabe wird man COMPACT an tausenden Verkaufsstellen zwischen Steiermark und Vorarlberg erwerben können; Schwerpunkt werden die größeren Städte sein.

Falls sich die Vertriebsabläufe einspielen, planen wir zu Jahresanfang 2017 eine eigene Österreich-Ausgabe von COMPACT. Wenn Sie das gut finden, suchen Sie bitte ab 1. Oktober Ihre Trafik auf, fragen Sie nach COMPACT und lassen Sie unser Magazin, falls noch nicht vorrätig, notfalls über den Großhandel bestellen. Ebenfalls Anfang Oktober planen wir eine größere Promo-Aktion in Wien – mehr dazu in Kürze. ■

COMPACT im TV

Unsere TV-Produktionen auf unserem YouTube-Kanal hatten dieses Jahr schon bis zu 200.000 Zuschauer. Aber gleichzeitig kann man COMPACT auch immer öfter im GEZ-Fernsehen bestaunen. Natürlich spuckt man dort Gift und Galle. Den Auftakt machte die ARD am 4. Juli mit *Spiel im Schatten*. In der Sendung wurde behauptet, Putin führe einen «unerklärten Krieg» gegen den Westen – und COMPACT-Chefredakteur Jürgen Elsässer persönlich sei eine der Zentralfiguren in diesem Krieg («einer der radikalsten Putin-Propagandisten in der Bundesrepublik»). Belege dafür gab es nicht. Es kamen ewig lange Interviewsequenzen mit pro-russischen Kleinstparteien («Die Einheit») und Internet-TV-Sendern (*AnnaNews*) – aber sie alle stehen in keiner Verbindung zu COMPACT.

Dann die Bombe: Die wackeren Rechercheure dringen mit versteckter Kamera in eine COMPACT-Veranstaltung ein! Was sie filmen, ist sensationell: Nein, kein Geheimvertrag Elsässer-Putin, kein Koffer mit nagelneuen Rubelscheinen, kein Strategiepapier des KGB. Gefilmt wird tatsächlich nur der Bauch von Elsässer... Nicht einmal seine Stimme wird aufgenommen, stattdessen erzählt ein Sprecher aus dem Off, dass man bei COMPACT überlegen würde, den «großrussischen Philosophen» Alexander Dugin zu einer COMPACT-Veranstaltung einzuladen...

Eine Woche später legte *Das Erste* mit der Dokumentation *Vertrauen verspielt – Wie Medien um Glaubwürdigkeit kämpfen* nach. COMPACT-Magazin wurde darin zähnekriechend als großer Gewinner der Auflagenverluste der Etablierten präsentiert. COMPACT sagt Danke! ■



Foto: picture alliance / AP Photo



Foto: picture-alliance / ZB



Foto: picture alliance / AP Photo

Aufsteiger des Monats

Theresa May

Ihre Frisur erinnert an die von Margaret Thatcher. Auch ihr Weg an die Macht dauerte ähnlich lange, wie jener der berühmten Amtsvorgängerin. 1992 bewarb sich May erstmals für einen Sitz im Unterhaus. Fünf Jahre später gelang ihr der Sprung nach Westminster – entgegen dem Trend der Konservativen, die damals ein Viertel der Wähler einbüßten. 2002 und 2003 agierte May kurzzeitig als Generalsekretär der Tories, 2010 holte David Cameron sie als Innenministerin in sein Kabinett.

Anders als der elitäre Cameron, aber auch Brexit-Führer Boris Johnson, stammt May nicht aus der Karriereschmiede privater Colleges, sondern besuchte eine öffentliche Schule. Mit zwölf Jahren verkündete sie, Politikerin werden zu wollen, arbeitete nach einem Geographiestudium jedoch zunächst bei der Bank of England. Ihr Privatleben behielt die 59-Jährige lange Zeit fast vollständig für sich. Mittlerweile spricht sie über ihre Diabetes sowie ihre Hobbys Kochen und Wandern. Wie Angela Merkel ist May Pfarrerstochter und kinderlos, von ihrem Ehemann Phillip ist praktisch nur der Name bekannt.

Wird Theresa May nun Britanniens Mutti – oder eher eine neue Eiserne Lady? Gegenüber ihren Mitbewerbern um den Schlüssel für Downing Street 10 boxte sie sich zwar leise, aber auffallend zügig durch. Die Flutung der Insel mit Migranten lehnt sie ab. Multinationale Konzerne will sie an die Steuerkasse bitten, zudem die Rechte von Arbeitnehmern stärken. Zum Amtsantritt machte sie deutlich: «Brexit heißt Brexit». (fb) ■

Absteiger des Monats

Jörg Kachelmann

512.785,66 Euro – so hoch dürfte die Summe ausfallen, die der Axel-Springer-Verlag dem Wettermoderator Jörg Kachelmann einschließlich Zinsen überweist. Mitte Juli reduzierte das Oberlandesgericht Köln den ursprünglich bei 635.000 Euro liegenden Schadenersatz – Spätfolge jenes Prozesses, in dem Kachelmann 2010 der Vergewaltigung seiner Ex-Freundin beschuldigt und im März 2011 mit dem ausdrücklichen Hinweis «im Zweifel für den Angeklagten» freigesprochen wurde. Vor allem die *Bild-Zeitung* hatte ihn seinerzeit quasi schuldig geschrieben und dafür als Starautorin die Alt-Feministin Alice Schwarzer aufgeboten.

Nun muss Springer zwar die bislang höchste Entschädigung zahlen, zu der je ein Pressekonzern in Deutschland verurteilt wurde – dennoch verlässt Kachelmann das Feld praktisch als Verlierer. Ursprünglich verklagte er das Medienhaus auf zwei Millionen, scheiterte also mit seinem eigentlichen Ansinnen und muss daher einen Großteil der Gerichtskosten übernehmen.

Vor allem jedoch konnte Kachelmann nie wieder an seine alten Erfolge anknüpfen. Nach ersten Wettermoderationen bei *Südwest 3* verlief sein Aufstieg in der ARD ab Mitte der 1990er Jahre kometenhaft. Zeitweise kündigte der Schweizer auf den Bildschirmen nicht nur Sonne und Regen an, sondern moderierte auch die MDR-Talkshow *Riverboat*, die Quizsendung *Einer wird gewinnen*, schließlich sogar ein eigenes Late-Night-Format. Mittlerweile spricht Kachelmann das Wochenendwetter auf einem Lokalsender. (km) ■

Wer ist eigentlich

Virginia Raggi 

Ihre Familie wird Roms neue Bürgermeisterin in Zukunft wohl selten sehen. Dabei waren es die Angehörigen, die Virginia Raggi zum Wechsel in die Politik animierten. Nach der Geburt ihres Sohnes wurde der heute 37-Jährigen klar, in welch katastrophalem Zustand sich die öffentliche Infrastruktur der ewigen Stadt befindet. Über ihren Ehemann stieß sie schließlich zur Protestpartei Fünf Sterne des Komikers Beppe Grillo. 2013 zog Raggi für die Bewegung ins Stadtparlament, Ende Juni sogar ins Rathaus ein.

Ob die Quereinsteigerin – Raggi war bislang angestellte Juristin für Patent- und Markenrecht – der Aufgabe gewachsen ist? Immerhin ver kam Rom in den vergangenen Jahrzehnten praktisch zu einer Stadt, die eher an die Dritte Welt als an die einstige imperiale Metropole erinnerte. Die millionenteure Müllabfuhr hat ihre Arbeit in weiten Teilen eingestellt. Der Verkehr kommt nach Regenfällen regelmäßig zum Erliegen. Der öffentliche Gesundheitsdienst kann selbst lebensbedrohliche Erkrankungen kaum noch behandeln. In der Verwaltung blühen Patronage und offensichtliches Desinteresse: Selbst der aktuelle Schuldenstand und die genaue Einwohnerzahl Roms sind im Rathaus nicht bekannt.

Nun will Raggi aufräumen. «Legalität und Transparenz» versprach sie den Wählern. «Wir wollen der Stadt ihren Glanz zurückgeben.» Dass sie nicht aus dem politischen Filz stammt, zudem keiner der Altparteien angehört, waren wohl Raggis größte Trümpfe im Kampf um die Gunst der Römer. (mmm) ■



Weltkrieg gegen Putin

von Jürgen Elsässer

Die NATO zieht blank und marschiert mit Kampftruppen an der russischen Grenze auf – unter Bruch früherer Vereinbarungen mit Moskau. Von Syrien und der Ukraine kann der Zündfunke jederzeit auf Osteuropa überspringen – im Ernstfall droht der Nordatlantikpakt mit dem Ersteinsatz von Atomwaffen.

«Man kann sich einen Dritten Weltkrieg nicht einfach vorstellen wie einen Zweiten Weltkrieg, nur mit moderneren Waffen. (...) Ein Dritter Weltkrieg würde beginnen, ohne dass es die Menschen überhaupt merken», ist August Cole überzeugt. Der Militärexperte leitet das Projekt Art of Future Warfare (Kunst des Kriegshandwerks der Zukunft) der einflussreichen Washingtoner Denkfabrik Atlantic Council und skizzierte im März gegenüber dem Magazin *Focus* das von ihm angenommene Szenario. Demnach stünde am Anfang nicht zwingend eine militärische Invasion oder ein Raketenangriff. «Ich glaube, das erste Zeichen dafür, dass ein großer Konflikt ausbricht, wäre im Weltraum zu finden», so der Strateg. Wenn Satelliten ausgeschaltet werden, sind Staaten angreifbar, weil ihr Kommunikationsnetz und die GPS-gesteuerte Navigation weitgehend erschwert werden, sowohl im zivilen wie im militärischen Bereich. Der Bürger würde den Beginn der Kampfhandlungen zunächst nur daran erkennen, dass die Mobiltelefone nicht mehr richtig funktionieren oder das Internet flächendeckend gestört sei. «Auch im Cyber-Space würden erste Attacken eines Dritten

Weltkriegs stattfinden», sagte Cole. «Denkbar seien etwa Hacker-Angriffe auf verschiedene wichtige Ziele. In den USA könnte das beispielsweise die Wall Street sein.» Cole hat seine Schreckensvision 2015 in dem Roman *Ghost Fleet* ausgemalt, der unter Generälen und Strategen angeblich viel gelesen wird.

Apokalypse 2017

Auch Sir Richard Shirreff hat einen Thriller verfasst und sogar ein konkretes Jahr für den Ausbruch der atomaren Apokalypse angegeben: *2017 – War with Russia*. Der Brite dürfte aufgeschrieben haben, was uns die NATO-Generalität insgesamt glauben lassen will, schließlich war er stellvertretender Europa-Oberbefehlshaber des Nordatlantikpakts, zwischen 2011 und 2014. In seinem Roman geht er von einer Offensive Russlands gegen die baltischen Staaten aus, die einerseits von Angst – Moskau fürchte eine Einkreisung durch die NATO –, andererseits von Überheblichkeit – Putin gehe von einer militärischen Unterlegenheit des Westens aus – getrieben werde. Was aus

Atombomber mit Begleitung: Jagdflugzeuge aus Polen den USA, Deutschland, aber auch dem neutralen Schweden flankieren am 9. Juni eine B-52 über der Ostsee. Foto: U.S. Air Force, Erin Babish, Public Domain, flickr.com

«Ich riskiere doch nicht für Sie den Dritten Weltkrieg!»
NATO-Offizier Jackson

Shirreffs Perspektive schon 2017 in einem Nuklearkrieg enden könnte, sei nur die Fortsetzung der russischen Politik in den letzten Jahren. «Wir sollten Präsident Putin an seinen Taten, nicht nach seinen Worten beurteilen. Er ist in Georgien einmarschiert, er ist auf der Krim einmarschiert, er ist in der Ukraine einmarschiert», sagte Shirreff der BBC.



COMPACT 3/2015. Foto: COMPACT

Der Aggressor sitzt also im Osten? Die Russen haben also 2008 in Georgien interveniert – ohne dass zuvor georgische Truppen, trainiert von amerikanischen und israelischen Militärberatern, in die abgefallenen Gebiete von Südossetien und Abchasien einmarschiert sind? Und Putin soll 2014 Einheiten auf die Krim geschickt haben? Waren dort nicht ganz legal russische Soldaten stationiert, die erst aktiv geworden sind, nachdem in Kiew ein US-finanzierter Putsch stattgefunden und die dann mitregierende Neonazi-Bande sich in Marsch gesetzt hatte, um auch die Halbinsel unter ihre Knute zu zwingen? Und was die Ostukraine angeht: Hat nicht Anfang September 2014 General Harald Kujat, von 2002 bis 2005 Vorsitzender des Militärausschusses der NATO, dazu in einer Talkshow erklärt: «Ich habe noch keinen Beweis gesehen, dass Russland mit regulären Streitkräften in den Konflikt interveniert hat»?

Schlacht um Suwalki

Man würde einen großen Fehler machen, die Bücher von Cole und Shirreff für bloße Belletistik zu halten. Der Think Tank Atlantic Council, für den Cole arbeitet, hat im Rahmen des NATO-Gipfels Anfang Juli in Warschau ein eigenes Symposium unter Beteiligung aller Top-Leute des Bündnisses abgehalten. Und Shirreff ist zwar nicht mehr im aktiven Dienst, gehört aber zu den Autoren einer Kriegsstudie des Tallinner Internationalen Zentrums für Verteidigung und Sicherheit

Auch Panzer gehören zur neuen NATO-Speerspitze. Deutschland schickt das Panzergrenadierbataillon 371 aus Sachsen.
Foto: PROMinisterstwo Obrony Narodowej



(ICDS), die zu Beginn der Konferenz des Nordatlantik-Paktes von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* referiert wurde. Neben Shirreff haben der estnische Verteidigungsminister Jüri Luik, der deutsche General a. D. Egon Ramms (bis 2010 im Oberkommando der NATO) und sein früherer US-Amtskollege Wesley Clark an der Analyse mitgearbeitet. Clark ist ein berüchtigter Brandstifter: Als Jugoslawien und die NATO im Juni 1999 im Krieg um das Kosovo einen Waffenstillstand schlossen und in der Folge der damalige Präsident Boris Jelzin, der das Abkommen vermittelte hatte, nach dem Einmarsch der Amerikaner, Briten und Deutschen auch eigene Soldaten zur Überwachung des Friedens in die Provinz entsandte, wollte Clark die Russen vom Flughafen Pristina wegbomben. Der Showdown fand nur deswegen nicht statt, weil der vor Ort kommandierende General Michael Jackson die Ausführung von dessen Befehl verweigerte: «Ich riskiere doch nicht für Sie den Dritten Weltkrieg», brüllte der Brite seinen Vorgesetzten – Clark war damals NATO-Oberbefehlshaber Europa – am Telefon an.

Künftig sollen mehr als 10.000 NATO-Soldaten in Polen stationiert sein.

Was 1999 knapp vermieden wurde, nehmen Clark, Shirreff und Co. in der aktuellen ICDS-Studie *Closing NATO's Baltic Gap* wieder in Angriff: Baltic Gap (baltische Lücke) erinnert an den Begriff Fulda Gap in den Strategiedebatten der 1980er Jahre, in denen ein sowjetischer Vorstoß ins Hessische am Ende einen Nuklearkrieg auslöste. Aktuell geht es um einen nur 65 Kilometer breiten Korridor zwischen der russischen Exklave Kaliningrad und Weißrussland, in der Nähe des Städtchens Suwalki. Wenn diese schmale Landverbindung zwischen Polen und den baltischen Republiken durch russische Einheiten besetzt würde, wären Estland, Lettland und Litauen vom Rest des NATO-Gebietes abgeschnitten und könnten innerhalb von 36 bis 60 Stunden von Putins Soldaten besetzt werden, prognostiziert auch eine Studie der Pentagon-Denkfabrik RAND. Aufgrund ihrer konventionellen Unterlegenheit in dieser Region «müsste die NATO einen Atomkrieg riskieren, um das Verlorene zurückzugewinnen», fasst die FAZ kaltschnäuzig zusammen.

Auffällig an den Studien von ICDS und RAND ist, dass sie Weißrussland als Befehlsempfänger Putins beschreiben, obwohl es zwischen Minsk und Moskau erheblich knirscht. Noch auffälliger ist, dass die NATO-Strategen das Baltikum nicht mehr, wie noch vor kurzem, durch «hybride Kriegsführung» bedroht sehen – also Putin, wie auf der Krim, ein gemischtes Vorgehen von Internet-Trollen, Demonstranten und irregulären Kämpfern unterstellen –, sondern durch einen ganz konventionellen Angriff der regulären Armee. Offen-

NATO-Manöver in Mittel- und Osteuropa 2016

1 Cold Response April

2 Spring Storm 2016 Mai

3 Tormihaiatus März

4 Summer Shield XIII April

5 Baltops 2016 Juni

6 Saber Strike Mai/Juni

7 Joint Derby 16 April

8 Anakonda 2016* Juni

9 Brilliant Jump April

10 Dragon Ride II Mai/Juni

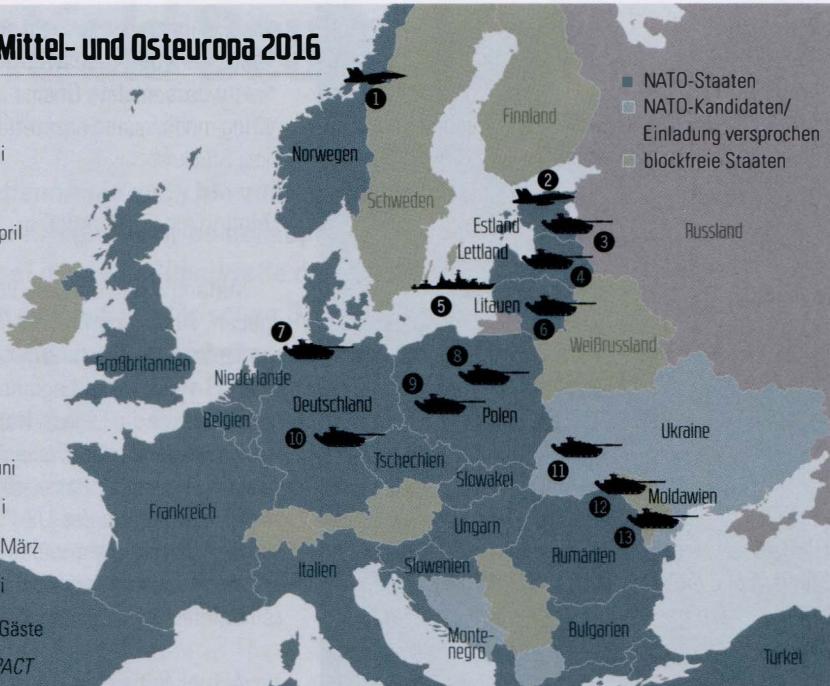
11 Rapid Trident Juni/Juli

12 Dragon Pioneer 2016 März

13 Agile Hunter 2016 Mai

* NATO-Truppen formal als Gäste

Quelle: NATO Grafik: COMPACT



sichtlich suchte man, nachdem selbst der estnische Ministerpräsident Taavi Roivas der russischen Minderheit keine Anfälligkeit für Moskauer Direktiven mehr unterstellen mochte, fix nach einem anderen Aggressionsmodell, das man dem Mann im Kreml anhängen konnte. Dem widersprach sogar der stellvertretende Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, der tschechische General Petr Pavel: «Es ist nicht das Ziel der NATO, eine militärische Barriere gegen eine breit angelegte russische Aggression zu schaffen, weil eine solche Aggression nicht auf der Tagesordnung steht und es keine nachrichtendienstlichen Erkenntnisse in dieser Richtung gibt.» Diese deeskalierende Position, geäußert am 16. Juni, fand in deutschen Medien keinerlei Widerhall. Tatsächlich sollte sie auch wenig später durch das Kriegsgeheul auf dem NATO-Gipfel in Warschau übertönt werden.

Die Einkreisung

In der polnischen Hauptstadt wurde nichts weniger als der Bruch der NATO-Russland-Akte aus dem Jahr 1997 verabredet, die eine «dauerhafte Stationierung» von «substanziellen» Kampfverbänden in den ehemaligen Staaten des Warschauer Paktes ausschließt: In jedem der drei baltischen Staaten sowie in Polen soll es künftig ein NATO-Bataillon mit je 800 bis 1.000 Mann geben. Doch das ist längst nicht alles, wie der polnische Außenminister Witold Waszczykowski verraten hat: «In seiner Rechnung landet er stolz bei „mehr als 10.000 NATO-Soldaten“, die künftig [allein] auf polnischem Boden stationiert sind», gibt die FAZ seine Ausführungen wieder. Die Rechnung ist realistisch: «Der Minister zählt eine amerikanische Brigade hinzu, welche die Vereinigten Staaten (...) aus Deutschland zu Übungen nach Polen schicken wollen. Dann rechnet er mit dem (amerikanischen) Bedienungspersonal der NATO-Rake-

tenabwehr (...). Schließlich führt er die Kampfunterstützungsbrigade des multinationalen Korps Nordost auf, jenes polnisch-deutsch-dänischen Stabes in Stettin, der künftig militärische NATO-Aktivitäten in den östlichen Mitgliedsländern koordinieren soll.»

Auch für die Südostgrenze des Bündnisses wurde in Warschau eine Aufrüstung festgelegt: Seit 13. Mai ist die Raketenabschussbasis im rumänischen Deveselu feuerbereit, ab sofort soll mit dem Nachbarland Bulgarien eine weitere multinationale Brigade aufgebaut werden. Zusätzlich wurde, wie schon vor zwei Jahren auf dem NATO-Gipfel in Wales beschlossen, die NATO-Eingreiftruppe auf 40.000 Mann aufgestockt und mit einer neuen «Speer spitze» versehen – 5.000 Mann, die in 48 Stunden an jeder Front des Bündnisgebietes einsatzbereit sein sollen und ebenfalls aus Stettin kommandiert werden.

Die NATO behält sich den Erstschlag mit Atomwaffen vor.

Man könnte einwenden, dass die NATO trotz dieser starken Aufstockung den Russen, jedenfalls in Osteuropa, noch immer unterlegen ist. Doch dabei würde man die taktische Aufgabe der neuen Brigaden übersehen: Sie sollen nicht Terrain erobern, sondern den Bären nur zum Zuschlagen provozieren, wie die Welt mit der Schlagzeile «NATO installiert Stolperdraht gegen Russlands Armee» offenherzig ausplauderte. Wie das ablaufen könnte, wurde Mitte Juni von 31.000 Mann im Manöver Anakonda an der Weichsel geübt – in der größten Übung der NATO-Staaten seit Ende des Kalten Krieges. Oberflächlich betrach-

Lügen und Beträgen



«Die Tatsache, dass wir bereit sind, keine NATO-Truppen außerhalb des Staatsgebietes der BRD zu stationieren, gibt der Sowjetunion feste Sicherheitsgarantien.» (Der damalige NATO-Generalsekretär Manfred Wörner am 17. Mai 1990, zitiert in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, 5.5.2014)

«In der NATO-Russland-Gründungsakte von 1997 hat die Allianz zugesagt, bis auf weiteres keine Truppen in Osteuropa zu stationieren.» (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 4.5.2014)

«Eine Fotosammlung, die nach ukrainischen Angaben die Präsenz russischer Streitkräfte in der Ostukraine zeigt und die von den Vereinigten Staaten als Beweis für eine russische Verwicklung angeführt wurde, ist in Zweifel gezogen worden. (...) Die Unterlagen, die die Ukraine der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zur Verfügung stellte, lassen keine Rückschlüsse zu, wo das Gruppenfoto aufgenommen worden ist.» (New York Times, 22.4.2014)

Die NATO-Staaten verfügen über 14 Flugzeugträger. Russland über einen. Foto: U.S. Navy photo, Mass Communication Specialist 3rd Class Lindsay A. Preston/Released

Russische Militärpräsenz



An dieser Stelle könnte die baltische NATO-Flanke abgeschnitten werden. Grafik: COMPACT



Deutschland sei bereit, «die globale Ordnung aktiv mitzugestalten», sagte Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) Mitte Juli. Foto: AkBwInfoKom/ZRed Bw

Dumm gelaufen

Man darf der NATO durchaus abnehmen, dass sie einen Krieg vermeiden will. Rationales Ziel ihrer Politik ist eher, durch eigene Hochrüstung Moskau zu unsinnig teurer Nachrüstung zu zwingen und dadurch den wirtschaftlichen Zusammenbruch zu provozieren. Das hat in den 1980er Jahren bei der Sowjetunion sehr gut geklappt.

Aber das Risiko bei dieser Strategie ist hoch: Mehrmals stand die Welt im Kalten Krieg am atomaren Abgrund, so etwa während der Kuba-Krise 1962 und im Jahr 1983, als die Russen ein NATO-Manöver als Vorbereitung eines Erstschlages auffassten. Nur mit viel Glück wurde die gegenseitige Vernichtung in diesen Fällen abgewendet.

tet, ging es nur darum, dass die «Blauen» einen Vorstoß der bösen «Roten» abwehren. Aber diese seien, so die Manöverunterlagen, erst nach «einem unglücklichen Zwischenfall», den sie als Offensivaktion der «Blauen» eingeschätzt haben, also aufgrund einer «Fehleinschätzung», in Polen und dem Baltikum einmarschiert... Plant da jemand, Putin zum Eingreifen zu verführen, um dann selbst den Verteidigungsfall ausrufen, also den Krieg erklären zu können? «Jedes noch so kleine Missgeschick, das die Russen missverstehen (...), könnte eine Offensive auslösen», zitiert der britische *Guardian* einen Militärexperten der EU-Botschaft in Warschau.

«Wir müssen wieder lernen, den totalen Krieg zu führen.»

NATO-Offizier Larsen

Prädestiniert für eine solche Provokation ist ein General wie Philip M. Breedlove. Der US- und NATO-Oberbefehlshaber für Europa versuchte immer wieder, «die USA durch Intrigieren, Bedrängen, Überzeugungsarbeiten und Druck in einen Krieg mit Russland zu treiben», berichteten 19 ehemalige US-Geheimdienstmitarbeiter Anfang Juli in einem Offenen Brief an die Bundeskanzlerin. Eine wesentliche Rolle spielten dabei die lügnerischen Berichte des Oberkommandierenden über eine russische Invasion im Donbass im August 2014.

Die Ex-Agenten verweisen auf die schriftliche Reaktion eines der von Breedlove Angeschriebenen: «In Anbetracht dessen, dass Obama Ihnen untersagt hat, einen Krieg mit Russland anzuzetteln, ist Ihre E-Mail ein starkes Stück.»

Aleppo als Zündfunke

Anfang Mai hat Breedlove seinen Posten abgegeben. Aber eine Provokation könnte auch in einer anderen Weltregion und mit der Anstiftung eines anderen US-Hasardeurs beginnen. Am gefährlichsten ist nach wie vor die Lage in Nahost: Ein Giftgasanschlag in einem Vorort von Damaskus, den man Baschar al-Assad angelastet hatte, führte im August 2013 zu einem Ultimatum des US-Präsidenten. Ein Krieg mit unabsehbaren Folgen wurde erst im letzten Augenblick verhindert, weil das britische Unterhaus überraschend eine Beteiligung an dem Wahnsinn ablehnte.

Aktuell kritisieren die Falken in Washington, dass die stillschweigende Kooperation Obamas mit Putin gegen die Dschihadisten in der Levante dazu geführt habe, dass syrische Truppen mit russischer Luftunterstützung auf Aleppo vorrücken konnten. Mitte Juni haben sich 51 US-Diplomaten der Forderung von Senator John McCain nach einer US-Intervention angeschlossen. Seit 9. Juli ist die Islamisten-Hochburg vollständig eingekesselt. Am 13. Juli veröffentlicht *Bild* einen Aufruf: «Die Apokalypse von Aleppo – Zehn Gründe, warum die Welt jetzt handeln muss». Chefredakteur Julian Reichelt wurde vom Portal *Meedia* gefragt: «Schließt das für Sie eine militärische Intervention ein?» Reichelt: «Ja, darum geht es. (...) Die Geschichte beweist, dass nur klare Grenzen im Umgang mit Russland eine Escalation verhindern können.»

Das eingangs geschilderte Weltkriegsszenario von August Cole beginnt jedenfalls mit einer Konfrontation – «egal ob gewollt oder aus Versehen» – zwischen den USA und Russland in Syrien. «Er glaubt, dass Putin daher quasi zur Ablenkung eine zweite Offensive starten könnte – nämlich im Baltikum», fasste der *Focus* zusammen. Die NATO behält sich ausdrücklich den Erstschlag mit Atomwaffen vor. Unterstützung erhält sie dabei von der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung, die in einer aktuellen Studie den Ausbau der westlichen «nuklearen Komponente» zur «glaubwürdigen Abschreckung» Russlands befürwortet. Die Antwort Moskaus liegt bereits auf dem Tisch. «Wenn die NATO eine Aggression beginnt – gegen eine Atom- mächt wie uns –, wird sie bestraft werden», sagte Kremlberater Sergej Karaganow Mitte Juli im *Spiegel*. Zur Hybris der NATO-Hardliner gehört, dass sie glauben, einen Schlagabtausch mit Massenvernichtungswaffen gewinnen zu können. Anfang Juni forderte der dänische Offizier Jakob Larsen ganz öffentlich: «Wir müssen wieder lernen, den totalen Krieg zu führen.» Joseph Goebbels wird sich in der Hölle gefreut haben. ■

Schlachtfeld Deutschland

von Martin Müller-Mertens

Bereitet Putins Schattenarmee auch hierzulande den Umsturz vor – wie vor zwei Jahren auf der Krim? Hybride Kriegsführung, so behaupten deutsche Medien mit Unterstützung aus Regierungskreisen, sei die neue Superwaffe des Kremls. Dabei ist es genau umgekehrt: Die NATO nutzt einen Mix aus militärischen Drohgebärdens, Einmischungen und Desinformationskampagnen, um Russland einzukreisen.

Der Feind steht im Osten: Seit Kriegsbeginn in der Ukraine mutierte Russland in der westlichen Propaganda endgültig zum aggressiven Reich des Bösen. Mit einem geheimen Feldzug von Freischärlern, Rebellen und Trollen stürzte Wladimir Putin seine Nachbarn in Chaos und Zerstörung. Dabei bediene sich Moskau eines neuen Konzeptes – des hybriden Krieges.

Was sich hinter diesem Begriff versteckt, fasste 2015 die Analyse *Hybride Kriegsführung – eine neue Herausforderung?* des bundeswehrnahen Instituts für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel zusammen. Kern sei der zunehmende Einsatz von «irregulären Kampfweisen». Dazu zählt «beispielsweise die möglichst verdeckte Unterstützung von Aufstandsbewegungen oder nicht-staatlichen Akteuren (Proxys) in einem bestimmten Staat. Die Komponente des Informationskrieges, wozu vor allem der massive Einsatz

von Propaganda gehört, dient vor allem dazu, die Moral der Streitkräfte zu brechen und die Meinung der Zivilbevölkerung des Gegners zu beeinflussen.»

Schärfung der Propagandawaffen

Tatsächlich ist dieses Konzept in den vergangenen Jahren vor allem von der NATO praktiziert worden, etwa in den sogenannten Bunten Revolutionen ab dem Jahr 2000 (siehe Infobox Seite 17). Explizit tauchte der Begriff in US-Analysen nach dem Sieg der Hisbollah-Miliz über das israelische Militär im Libanon 2006 auf und fand dann 2008 Eingang in das Pentagon-Strategiepapier *U.S. Marine Corps Vision and Strategy*. Schließlich beschloss der NATO-Gipfel 2014 in Wales, «effektiv den besonderen Herausforderungen einer Bedrohung durch einen Hybridkrieg zu begegnen». Der nächste Schritt ließ nicht lange auf sich warten.

Hybrid bedeutet: ein Mix aus konventionellen Waffen, irregulären Taktiken, Terrorismus und kriminellen Handlungen.

Alles Kreml-Krieger? Russlanddeutsche demonstrieren am 23. Januar vor dem Kanzleramt gegen sexuelle Übergriffe durch Migranten.
Foto: picture alliance / dpa





COMPACT Spezial Nr. 4 – «Krieg gegen Russland». Foto: COMPACT

Bei Wahlen errang der Rechte Sektor in der Ukraine nur einen Parlamentssitz. Doch auf der Straße, wie hier im Oktober 2014 in Kiew, sind die rechtsradikalen Sturmtruppen martialisch präsent.

Foto: picture alliance / dpa

«Unser umfassender Ansatz enthält auch hybride Elemente. Wir setzen eine Mischung aus militärischen und nichtmilitärischen Mitteln ein», kündigte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg im März 2015 an.

Auch Deutschland muss dabei mitziehen. Mit dem Strategischen Kommunikationsteam Ost produziert das Auswärtige Amt in Zusammenarbeit mit der EU seit 2015 «positive Narrative und Kommunikationsprodukte» in russischer Sprache, um den «russischen Erzählweisen» die eigene Position entgegenzustellen, wie die Bundesregierung auf parlamentarische Anfrage der Linken einräumte. Zielländer dieser angeblichen Aufklärung sind neben Russland auch die Ukraine, Georgien, Moldau, Weißrussland, Armenien und Aserbaidschan. Im Herbst 2015 hob die NATO im lettischen Riga ein Exzellenzzentrum für strategische Kommunikation aus der Taufe, um den «Einfluss von Massenmedien auf Gesellschaften während kritischer Situationen» zu stärken, erklärte Staatspräsident Raimonds Vejonis während der Eröffnungsfeier. Ganz offiziell lud das ukrainische Informationsministerium im Dezember 2015 Vertreter der Europäischen Union, der Türkei und der sogenannten Nichtregierungsorganisation (NGO) Stop Fake nach Lemberg. Besprochen wurde unter anderem die «Bekämpfung russischer Desinformation», so Vize-Informationsministerin Tetiana Popova. Finanziert wird die NGO nach Medienberichten von den US-Stiftungen National Endowment for Democracy (NED) und Open Society des Spekulanten George Soros.

Schattenkrieger im Einsatz

Es bleibt jedoch nicht beim Medienkrieg. Etwa 80 paramilitärische Freiwilligen-Bataillone sind in der Ukraine bereits im Einsatz. Am bekanntesten ist das sogenannte Regiment Asow mit etwa 850 Kämpfern, darunter zirka zehn Prozent Ausländer. Erst im Juni 2015 sprach sich der US-Kongress gegen weitere Unterstützung für Asow aus, nachdem die neonazistischen Ansichten der Kämpfer für Schlagzeilen gesorgt hatten.

Auch in den NATO-Mitgliedsstaaten entstehen neben den regulären Streitkräften zunehmend paramilitärische Einheiten. So will Polen ohnehin vorhandene Bürgermilizen massiv aufstocken und bis Herbst zu einer 35.000 Mann umfassenden Landwehr ausbauen. Bereits beim NATO-Manöver Anakonda im Juni nahmen die Freizeitrambos teil. Auch in Lettland entstehen seit 2015 vergleichbare Freischärler-Einheiten. Nach Angaben des Kommandanten Andris Blume ist die «Bürgerwehr heute ein Bestandteil der regulären Streitkräfte».

Nach den westlichen Erfolgen bei bunten Revolutionen in Serbien, der Ukraine und Libyen begann sich auch Russland für das Konzept des hybriden Krieges zu interessieren. Im Januar 2013 verkündete Generalstabschef Walerij Gerassimow in einer allerdings auf-



fallend allgemein gehaltenen Rede zur «nichtlinearen Kriegsführung» faktisch die Übernahme des US-Konzepts. Ohne Zweifel waren es russische Soldaten, vermutlich Spezialtruppen des Militärgeheimdienstes GRU, die 2014 die Krim praktisch im Handstreich für Moskau nahmen. Auch die drohende Niederlage der Donbass-Volksrepubliken im Sommer des gleichen Jahres verhinderte wohl nur verdeckte Schützenhilfe aus Russland. Dabei wurden aber nicht, wie im Westen behauptet, Armeetruppen eingesetzt, sondern irreguläre Söldner – wie es die USA etwa in Gestalt des privaten Kriegsdienstleisters Blackwater, inzwischen umbenannt in Academi, schon zuvor im Irak getan hatten.

80 paramilitärische Freiwilligen-Bataillone sind in der Ukraine im Einsatz.

Für die kalten Krieger im Westen waren diese Operationen ein Beweis, dass Moskau nun auf breiter Front seine Nachbarn zu infiltrieren gedenke. «Kremlkritiker monieren, unter dem KGB-Mann Wladimir Putin gebe es keine Politik mehr in Russland, an ihre Stelle seien «Spezialoperationen» getreten», schreibt Boris Reitschuster in seinem 2016 erschienenen Buch *Putins verdeckter Krieg*. Der langjährige Leiter des Focus-Büros Moskau tingelt als sogenannter Russlandkenner seit Jahren durch die etablierte Medienlandschaft. Damit avancierte er zum vielleicht einflussreichsten Einheitschreiber gegen eine angebliche russische Gefahr.



Den inneren Feind im Visier

Seit Kurzem hat die NATO-Propaganda einen ZACKEN zugelegt und behauptet nun, Russland habe auch in der EU und Deutschland schon mit der hybriden Kriegsführung begonnen. So verbreitete der US-Oberbefehlshaber in Europa, Mark Breedlove, Anfang 2016 vor dem Kontrollausschuss des US-Verteidigungsministeriums: «Russland und das Assad-Regime haben absichtlich die Migration zu einer Waffe gemacht und versuchen, die Strukturen von Europa zu überwältigen und zu zerbrechen.»

Ins Fadenkreuz gerieten dabei auch die Russlanddeutschen, die den Lügenmedien als fünfte Kolonne Moskaus gelten. Anfang Januar berichtete das russische Fernsehen, eine 13-Jährige – in den Medien Lisa genannt – sei von mehreren Asylbewerbern vergewaltigt worden. Als Tausende Russlanddeutsche daraufhin in Berlin und anderen Städten gegen Rapefugees demonstrierten und auch Außenminister Sergej Lawrow Aufklärung forderte, war die Verschwörung schnell konstruiert: «Putin versucht, die Russlanddeutschen aufzuwiegeln», titelte etwa die *Welt*. Nach Angaben der *Frankfurter Allgemeinen* stuft die Bundesregierung die Vorgänge als Akt hybrider Kriegsführung ein – damit werden die rund drei Millionen Aussiedler aus dem ehemals sowjetischen Raum als mögliche Feinde im Innern markiert! Dabei waren deren Vorwürfe keineswegs Propaganda: Zwar gab es keine Vergewaltigung im formaljuristischen Sinne, auch Asylbewerber waren nicht beteiligt. Doch die Staatsanwaltschaft ermittelte tatsächlich gegen zwei erwachsene Türken wegen sexuellen Missbrauchs des Kindes.

Anfang Juli wiederholte Verfassungsschutz-Präsident Hans-Georg Maaßen in der ARD-Dokumentation *Spiel im Schatten – Putins unerklärter Krieg gegen den Westen*, «dass das Thema Flüchtlingspolitik von der russischen Seite in einer Weise instrumentalisiert wurde, (...) um Einfluss zu nehmen». Die Autoren der ARD-Dokumentation spitzten weiter zu: «Wäh-

rend sich das Verhältnis der Bundesrepublik und der Russischen Föderation wegen der Ukraine-Krise auf einem Tiefpunkt befindet, hetzt eine Desinformationskampagne die russische Minderheit in der Bundesrepublik auf, massive Propaganda verstärkt die negative Stimmung in der Flüchtlingskrise, Massendemonstrationen und Übergriffe setzen die Regierung zusätzlich unter Druck: Destabilisierung nennt man das, und sie ist Teil einer Strategie, die man hybride Kriegsführung nennt.» Mit anderen Worten: Wer auf die Schattenseiten der Willkommenskultur hinweist oder gar dagegen auf die Straße geht, gehört zu Putins Schattenarmee, die Deutschland destabilisieren will.

Die Bundesregierung stuft die Demonstrationen der Russlanddeutschen als Akt hybrider Kriegsführung ein.

Abseits propagandistischer Stimmungsmache beziehen westliche Experten, dass ein gezielter hybrider Krieg des Kreml überhaupt stattfindet. «Trotz aller verständlichen Besorgnisse vor allem in den baltischen Ländern und in Polen, aber auch in Norwegen und Finnland, gibt es keinen Krieg zwischen Russland und der NATO», schrieb Jens Siegert, bis 2015 Leiter des Moskauer Büros der Grünen-nahen Heinrich-Böll-Stiftung, im April in einem Blogbeitrag. Samuel Charap vom Washingtoner International Institute for Strategic Studies glaubt, das hybride Kriegsführung den Interessen Moskaus sogar regelrecht widerspricht, da sie zu langwierig ist. «Denn die größte Bedrohung für das russische Militär ist die mögliche Stationierung von US-Streitkräften und hochwertigen Waffensystemen im Baltikum. Eine hybride Operation von den Russen würde den USA mehr als genug Zeit dafür einräumen. ■

Bunte Revolutionen

Erstmals angewendet wurde das Konzept von der serbischen Organisation Otpor, die im Oktober 2000 den damaligen jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic stürzte. Schecks erhielt die Truppe um den Berufsrevolutionär Srdja Popovic unter anderem von den US-Thinktanks NED, Freedom House und Open Society Institute. Unmittelbar vor Beginn der Kampagne drillte der ehemalige Agent des US-Geheimdienstes DIA, Robert Helvey, Otpor-Aktivisten in Budapest. Nach ihrem erfolgreichen Umsturz in Belgrad stellte Otpor ihre Erfahrungen für weitere Farbenrevolutionen zur Verfügung, etwa der Orangen Revolution 2004 und dem Euromaidan 2014 in der Ukraine, aber auch dem sogenannten Arabischen Frühling 2011.

„Martin Müller-Mertens ist Chef vom Dienst bei COMPACT-Magazin und Produktionsleiter bei COMPACT-TV.“

Bild links: Die Moskau-Korrespondentin der ARD, Golineh Atai, fiel insbesondere in der Ukraine-Krise durch einseitige antirussische Berichterstattung auf. Foto: Screenshot YouTube

Sprechen sie über Krieg? Treffen der NATO-Verteidigungsminister. Foto: NATO



Krieg der fünften Dimension

von Marc Dassen

Die NATO hat das Internet zum Schlachtfeld erklärt, betreibt die Militarisierung des «Cyberraums» und rekrutiert Laptopkrieger für den virtuellen Ernstfall. Auch in Deutschland hat das Thema Konjunktur. Ein Blick hinter die Firewall des World Wide War.

«Ein Laptop, ein Tablet, selbst ein Smartphone kann ausreichen, um halbe Armeen lahmzulegen.»

Tagesspiegel

Bild rechts: Das Cyber Security Operations Center in Columbus, Ohio.
Foto: picture alliance / AP Photo

Wie im Computerspiel – doch das Ende könnte tödlich sein.

Foto: Christiaan Colen, CC BY-SA 2.0, flickr.com

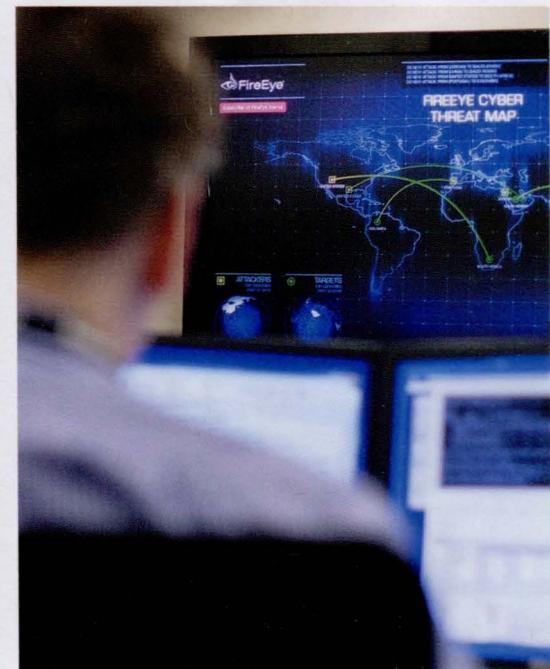
«Du schaust auf deine Armbanduhr. Es ist 8:15 Uhr. In der vergangenen Viertelstunde sind 157 große urbane Zentren Amerikas ins Chaos gestürzt – durch einen landesweiten Stromausfall zur Stoßzeit. (...) In Raffinerien verbrennen die Ölreserven mehrerer Städte. Untergrundbahnen sind in New York, Oakland, Washington und Los Angeles verunglückt, Güterzüge vor großen Verkehrsknotenpunkten (...) entgleist. Flugzeuge fallen nach Zusammenstößen buchstäblich vom Himmel. Pipelines, die Gas in den Nordosten des Landes transportieren, sind explodiert, Millionen müssen frieren.» Diese apokalyptische Vision stammt aus dem 2010 veröffentlichten Buch *Cyber War* von Richard Clarke, der über 20 Jahre lang Sicherheitsberater aller US-Präsidenten war – von Ronald Reagan bis George W. Bush. Alles Schwarzmalerei?

Cyberkriminalität, Cyberspionage, Cyberterrorismus, Cyberkrieg – der futuristisch klingende Themenkomplex suggeriert eine akute Bedrohungslage. Vordergründig weist die Offensive der NATO-Führung an der digitalen Front auf die Verwundbarkeit unserer vernetzten Infrastruktur hin, die nun angemessen vor sowohl staatlichen wie nichtstaatlichen Akteuren, Hackern, Saboteuren, Spionen und Cyberterroristen geschützt werden müsse. Zu Land, zur See, in der Luft,

im Weltraum und nun auch im sogenannten Cyberspace: Auf dem NATO-Gipfel in Warschau Anfang Juli wurde das World Wide Web als fünfter militärischer «Operationsbereich» definiert. Eifrig treibt das Bündnis die digitale Aufrüstung voran.

Wollt ihr den digitalen Krieg?

Berüchtigt sind besonders die Cyberarmeen aus den USA, aus Russland, China und Israel, die zum Teil beeindruckende Personalstärken vorweisen können. Etwa 6.000 solcher Cyberkrieger sollen derzeit offiziell für Washington tätig sein – die rund 40.000 Agenten der NSA nicht mitgezählt. Moskau soll nach Medienberichten knapp 4.000 Staatshacker beschäftigen. Seit 2007 hat auch die Bundeswehr im Kommando Strategische Aufklärung die Geheimtruppe Computer Netzwerk Operationen (CNO) gegründet, die heute schätzungsweise 80 Mann mit «elektronischer Kampfführung» betraut. 2008 wurde das zur NATO gehörende Cooperative Cyber Defence Center of Excellence im estnischen Tallin eingeweiht, das Anfang März 2013 ein Handbuch des Cyberkriegs vorstellt, in dem sogenannte «Hacktivists» gewarnt werden, dass sie im Kriegsfall als «legitime Ziele» gelten und getötet werden können. Der *Tagesspiegel* formulierte Ende April: «Der Feind ist unsichtbar und seine Waffe ohne Altersgrenze frei verkäuflich. Ein Laptop, ein Tablet, selbst ein Smartphone kann ausreichen, um halbe Armeen lahmzulegen.» In einem Papier der NSA hieß es schon 2015 prophetisch: «Der nächste größere Konflikt wird im Internet beginnen.»





Eine Cyberattacke auf ein Mitgliedsland ist offiziell ausreichend, den Bündnisfall nach Artikel fünf – und damit Krieg! – auszulösen, drohte die NATO schon Mitte 2014 in ihrer aktualisierten CyberDefense Policy. Generalsekretär Jens Stoltenberg erklärte wiederholt, der netzbasierte Angriff sei «gleichzusetzen mit einem bewaffneten Überfall». Das Hauptproblem bei dieser Doktrin ist jedoch: Cyberattacken haben keinen Absender. Der Aggressor kann seine Identität mühelos verschleiern oder falsche Fährten legen. Der Angegriffene weiß nicht, wie ihm geschieht, kann erst reagieren, wenn es zu spät ist – Panzerverlegungen brauchen Tage, Raketenangriffe immerhin Stunden, Cyberangriffe bloß Millisekunden. Jeder Krieg beginnt mit einer Lüge, und im Cyberkrieg sind solche Lügen buchstäblich per Mausklick konstruierbar.

Feindbild Putin

Die Ankündigungen der NATO müssen Friedensfreunde beunruhigen, bedenkt man, dass im neuen Kalten Krieg Cyberanschläge auf den Westen gerne auch ohne Beweise dem Kreml angelastet werden: So geschehen nach dem Angriff auf Estland 2007, als eine sogenannte DDoS-Attacke Banken-, Regierungs- und Verwaltungsserver für Wochen lahmlegte und in der Folge eine Mittäterschaft Putins behauptet wurde. Im Sommer 2015 wurde ein Einbruch in das Netz des Bundestages registriert und der Russe erneut zum Sündenbock gestempelt. Auch sollen die IT-Netze der US-Demokraten, der CDU und des französischen TV-Senders TV5 Opfer russischer Laptopkrieger geworden sein. Ende April 2016 berichtete die *Bild*-Zeitung unter der Überschrift «Russland führt Cyber-Krieg gegen Deutschland!» aus einem Dossier

des Verfassungsschutzes, das den Moskauer Behörden «Angriffe gegen deutsche Ziele» vorwarf. Mitte Juni 2016 verbreitete der *Spiegel* die Behauptung, Russlands Geheimdienste steckten hinter dem sogenannten Cyber-Kalifat des Islamischen Staates und würden im Namen des IS Angriffe auf den Westen verüben. Die illegale Spionage der US-Geheimdienste in Deutschland, die sich bis auf die Bespitzelung des Kanzler-Handys erstreckte, scheint dagegen längst vergessen.

Selbst konventionelle Waffensysteme können durch Cyberangriffe gestört oder fremdgesteuert werden. Der Präzedenzfall stammt aus dem Kalten Krieg, als die CIA 1982 «ein Computervirus in das Kontrollsysteem der sowjetischen transsibirischen Gaspipeline» (*Spiegel*) einschleuste: «Wenig später folgte eine gigantische Explosion», die die Pipeline völlig zerstörte. 1999 setzte die NATO im Kosovo-Krieg unter anderem Hacker ein, um serbische Luftabwehrsysteme zu manipulieren. 2012 sorgte der Computerwurm Stuxnet, welcher laut *New York Times* auf Befehl des US-Präsidenten Barack Obama in die Computersysteme der iranischen Urananreicherungsanlage bei Natanz eingeschleust wurde, für erhebliche Zerstörungen. Ein mysteriöser Cyberangriff ereignete sich womöglich 2013, als ein Patriot-Raketensystem der Bundeswehr an der türkisch-syrischen Grenze plötzlich «unerklärliche» Befehle ausführte.

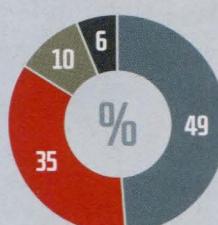
Besonders enthusiastisch, was die Möglichkeiten der digitalen Kriegsführung angeht, sind die Militärs im Pentagon. In der schon 1993 veröffentlichten Studie *Cyberwar is coming* des US-Thinktanks Rand Corporation wird behauptet, dass der «Cyberkrieg für das 21. Jahrhundert sein könnte, was der Blitzkrieg für das

Maus statt Kanone: Die Kriege der Zukunft werden am Computer geführt – wie hier bei einer Übung auf der Eglin Luftwaffenbasis in Florida, 2014. Foto: U.S. Air Force/Capt. Carrie Kessler

«Der nächste größere Konflikt wird im Internet beginnen.» *Spiegel*

Cyberattacken

Motive der Angriffe 2013



■ Cyberkriminalität
■ Hackeraktivitäten
■ Cyberkriegsführung
■ Cyberspionage
Quelle: Hackmageddon

Deutschland im Fadenkreuz



«Europa ohne Stromversorgung? Wenige Klicks und genau das kann passieren. Ein gezielter Angriff auf Krankenhäuser und Banken? Kein Problem, die Geheimdienste arbeiten daran. Wirtschaftssabotage? Selbstverständlich. Denn der Cyber-Krieg ist schon im Gange, und Deutschland steht in seinem Zentrum – das ist die Botschaft der NDR-Dokumentation «Schlachtfeld Internet – Wenn das Netz zur Waffe wird» (...). Sie basiert auf geheimen Dokumenten des NSA-Whistleblowers Edward Snowden. (...) Snowden warnt in der Doku (...) vor gezielten Attacken auf Deutschlands digitale Infrastruktur. Ein solcher Cyberkrieg sei bereits im Gange – und die Amerikaner hätten dafür ein geheimes Budget in Millionenhöhe zur Verfügung.» (Focus Online, 12.1.2015)

Edward Snowden.

Foto: Laura Poitras / Praxis Films, CC BY 3.0, Wikimedia Commons

Bild oben rechts: Auf der Peterson Luftwaffenbasis in Colorado entstand unter anderem eine Infrastruktur für Cyberangriffe auf die Wasserversorgung.

Foto: Reuters/Rick Wilking

Cyberkrieg «für einen wirksamen Schutz der Bürgerinnen und Bürger» plant die Bundeswehr seit 2011.

Foto: BMI

Marc Dassen ist Redakteur bei COMPACT. In Ausgabe 7/2016 schrieb er über die eigennützige Unterstützung von Merkels Flüchtlingspolitik durch internationale Banker und Konzernchefs.

20. war.» «Amerika braucht die Fähigkeit, Bombenteppiche im Cyberspace auszustreuen», erklärte Oberst Charles W. Williamson 2008. Vize-Verteidigungsminister Robert O. Work spricht derzeit von «Cyberbomben», die die Kommunikationsnetze des IS zerstören sollen. Der frühere Verteidigungsminister Leon Panetta schürt derweil die Angst vor einem «Cyber Pearl Harbor». Sein aktueller Nachfolger Ashton Carter drohte bereits Anfang 2015, dass die USA im Cyberspace auch präventive «Erstschläge» einleiten würden.

Krieg um Neuland

Während sich Angela Merkel noch Mitte 2013 mit der Erklärung, das Internet sei «für uns alle Neuland», gründlich blamierte, versteht es Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, das prestigeträchtige Thema geschickt zur Profilierung zu nutzen. «Deutschlands Freiheit wird auch im Cyberspace verteidigt», lautet der Werbeslogan, mit dem sie neue Cybersoldaten an die Tastaturen locken will. Ähnlich eifrig ist Innenminister Thomas de Maizière, der seine bislang nur in Auszügen bekannte «Cybersicherheitsstrategie für Deutschland 2016» im Herbst beschließen lassen will. Dabeigeht es nach ersten Informationen um den weitreichenden Ausbau digitaler Sicherheits- und Überwachungssysteme. Ab 2017 sollen nach Informationen des *Spiegel* «13.500 Soldaten (...) einem Inspekteur, einer Art Cybergeneral, zuarbeiten.» Geplant ist ein sogenanntes Computer Emergency Response Team (CERT) – eine schnelle Eingreiftruppe für Computersicherheit. Drei weitere solcher Response Teams sollen im Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), beim Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) sowie beim Bundeskriminalamt (BKA) abgestellt werden.



Diese Internetkrieger sollen angeblich rein defensiv arbeiten. Doch wer eine starke Abwehr aufbauen will, muss immer neue Attacken auf die eigenen Systeme simulieren, dazu immer neue Viren und Schadprogramme entwickeln. Tatsächlich hat sich längst die Doktrin vom «Angriff als bester Verteidigung» durchgesetzt. In von der Leyens geheimem Strategiepapier mit dem Titel «Strategische Leitlinie Cyber-Verteidigung» von Mitte April 2015, das *netzpolitik.org* vorab veröffentlichte, heißt es: Die Bundeswehr soll nicht nur befähigt werden, Cyberangriffe «aktiv abzuwehren», sondern bei Auslandsmissionen auch in der Lage sein, die Nutzung von Internet und Mobilfunk durch den Gegner «einzuschränken, gegebenenfalls sogar auszuschalten». Und weiter: «Offensive Cyber-Fähigkeiten» seien als «Wirkmittel anzusehen». Die Hackertruppe der Bundeswehr will laut Oberst Otto Jarosch auch «Stealth-Techniken» entwickeln, um die eigenen Angriffe zu tarnen.

«Amerika braucht die Fähigkeit, Bombenteppiche im Cyberspace auszustreuen.» US-Oberst Williamson

Bundesministerium des Innern

Cyber-Sicherheitsstrategie für Deutschland



The image shows a graphic for the 'Cyber-Sicherheitsstrategie für Deutschland'. It features the logo of the Federal Ministry of the Interior (Bundesministerium des Innern) at the top. Below it is the title 'Cyber-Sicherheitsstrategie für Deutschland'. The central visual is a stylized illustration of a digital circuit board with a large, metallic padlock in the center, symbolizing cybersecurity. The background is dark with blue and white highlights.

Dabei wäre die effektivste Antwort auf Bedrohungen des Cyberkrieges das genaue Gegenteil von digitaler Aufrüstung. Wer verhindern will, dass von außen auf sensible Hard- und Software zugegriffen werden kann, der muss tatsächlich nur eines tun: «Stecker ziehen!» So jedenfalls sieht es Sandro Gaycken, IT-Experte der Freien Universität Berlin: «Der richtige Schritt [gegen den Cyberwar] wäre eine Entnetzung. Die Netzwerke müssten zurückgebaut und verkleinert werden. Während der letzten 20 Jahre wurde schlechend überall IT hingebaut. (...) Deshalb ist mein Rat, am besten das ganze Zeug wegzuschmeißen (...).» ■

«Wir schrauben die Eskalationsspirale immer höher»

Interview mit Harald Kujat

Die Spannungen mit Russland nehmen zu – auch wegen der aggressiven Manöver der NATO an der russischen Westgrenze. Der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr mahnt zur Zurückhaltung und fordert eine Rückkehr zur Entspannungspolitik.

Außenminister Frank-Walter Steinmeier ist Mitte Juni wegen seiner Kritik an den NATO-Manövern an der Ostgrenze – Stichwort «Kriegsgeheul, Säbelrasseln» – unter Beschuss gekommen.

Er hat das natürlich sehr plakativ formuliert, das ist völlig klar. Aber was er eigentlich meinte, damit stimme ich überein. Man kann einem Defensivbündnis wie der NATO ja nicht verwehren, dass es sich auf den Schutz der Mitgliedsstaaten vorbereitet, das ist ja die Aufgabe der NATO. Aber solche Dinge wie Manöver oder Verlegung von Truppen nach Osteuropa, die in normalen, in guten Zeiten, wenn wir in ein gutes Verhältnis zu Russland haben, überhaupt nicht zur Kenntnis genommen werden würden, diese geben natürlich in Spannungszeiten immer Anlass für eine Eskalation. Und es gibt dann natürlich eine Reaktion auf der anderen Seite. Und dann wird wieder auf dieser Seite reagiert. Das heißt, wir schrauben die Eskalationsspirale immer höher. Und das ist es, was Steinmeier meinte. Das ist nicht gut. Deshalb wäre es umso wichtiger, dass genau das geschieht, was wir eben gesagt haben, dass man solche Dinge im

NATO-Russland-Rat, auch auf der militärischen Ebene, bespricht. Und dann wäre die gesamte Brisanz herausgenommen. Jetzt ist es natürlich eher etwas, das die Spannungen anheizt, als dass es Sinn macht.

Die NATO verteidigt ihr Vorgehen mit dem Argument, dass alle ihre Manöver angekündigt werden, Russland dagegen sogenannte «Snap-Manöver» veranstalte, die nicht angekündigt werden. Sehen Sie als Militär das genauso?

Ja, das ist in der Tat so. Wenn ein Manöver angekündigt wird, wenn auch genau gesagt wird, wie der Ablauf eines solchen Manövers sein soll, wer daran teilnimmt, wenn vor allen Dingen auch Beobachter teilnehmen können, in diesem Fall also russische Beobachter, dann ist das natürlich eine völlig andere Situation als bei einem nicht angekündigten Manöver, bei dem zudem keine Beobachter dabei sind. Man muss allerdings auch sagen: Die beiden NATO-Manöver [vom Juni 2016], über die wir hier sprechen, einmal in den baltischen Staaten und einmal in Polen, sind rein for-

Dass zwei Staaten bei Anakonda teilgenommen haben, die keine NATO-Mitglieder sind, halte ich für eine Provokation.

Für das Manöver Anakonda 16 bot die NATO rund 31.000 Soldaten auf. Foto: Adam Roik, Combat Camera DOSZ



General für den Frieden

«Ich habe noch keinen Beweis gesehen, dass Russland mit regulären Streitkräften in den Konflikt interveniert hat.» (Harald Kujat zu westlichen Meldungen über russische Vorstöße in die Ostukraine in der Talkshow von Maybrit Illner, 4. September 2014)

«Der Krieg ist nach Europa zurückgekehrt. Die Ukraine gibt ihm seinen geographischen Namen und sichtbaren Ausdruck. Zugleich wird immer klarer, dass wir die Probleme des internationalen Terrorismus, der weltweit ungleichen Verteilung der Güter und der Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen in weiten Teilen der Welt – mit der Folge unvorstellbarer Flüchtlingswellen – nur gemeinsam lösen können.» (Harald Kujat, Rede bei der Eröffnung des Dialogue of Civilizations (DOC) Research Institutes («Jakunin-Institut») am 1. Juli 2016 in Berlin)

mal unterschiedliche Manöver. Das in den baltischen Staaten war ein NATO-Manöver und jenes in Polen ein nationales Manöver, wenngleich mit hoher NATO-Beteiligung. Und das Besondere an diesem Manöver Anakonda in Polen war eben, dass auch zwei Staaten teilgenommen haben, Georgien und die Ukraine, die keine NATO-Mitglieder sind. Wodurch der Eindruck erweckt wurde, als gehörten sie sozusagen dazu. Das halte ich schon für eine Provokation. Nicht nur gegenüber Russland, auch gegenüber denjenigen NATO-Mitgliedstaaten, die keine Zukunft Georgiens und der Ukraine in der NATO sehen.

Gegenseitiges Hochschaukeln

Apropos Ukraine: Welche Rolle spielen die EU und Deutschland in der Ukraine-Krise?

Deutschland, insbesondere die Bundeskanzlerin, hat sich zusammen mit dem französischen Präsidenten sehr verdient gemacht, was die Deeskalation in der Ukraine betrifft, Stichwort Minsk, die beiden Minsker Abkommen. Die Frage ist natürlich: Reicht das aus, um das Ganze zu einem friedlichen Ende zu bringen? Ich bin der Auffassung, dass wir Europäer uns nicht übernehmen sollten. Ich glaube, dass eine friedliche Lösung des Konfliktes nur unter Beteiligung Russlands und der Vereinigten Staaten, und zwar auf Augenhöhe, erfolgen kann. Die Vereinigten Staaten haben natürlich die Ukraine in vielfacher Hinsicht unterstützt. Aber sie haben sich an den eigentlichen Friedensgesprächen, an dem Dialog, nicht beteiligt. Das halte ich für einen großen Fehler.

Im Grunde befinden sich ja beide Seiten in einer Sackgasse.

Verhält sich Russland in dieser Situation klug?

Es ist wie so oft in derartigen Situationen: Es gibt eine Reaktion, dann folgt die Reaktion der anderen Seite. Auch jetzt sehen wir ja wieder, dass Russland damit gedroht hat, nukleare Kurzstreckenraketen an seine westliche Grenze zu bringen. Das alles ist eine Folge dieser wirklich verfahrenen Situation. Im Grunde befinden sich ja beide Seiten in einer Sackgasse. Die NATO – oder der Westen insgesamt – hat auch kein Rezept dafür, wie man nun wirklich die ganze verfahrene Situation zu einem Ende bringen könnte. Und Russland auch nicht. Deshalb muss man sich zusammensetzen, man muss eben gemeinsam versuchen, einen Weg aus der Krise zu finden.

Der NATO-Generalsekretär kündigte beim letzten Treffen der Verteidigungsminister in Brüssel an, dass man sich vermehrt einer «Planung der Stabilität über die Grenzen der NATO hinaus» widmen wolle. Wie bewerten Sie das?

Ich habe das auch auf der Website der NATO gelesen. Für mich ist nicht klar, was damit wirklich gemeint ist. Man muss abwarten, welche Ergebnisse der NATO-Gipfel bringt. Die NATO hat sich ja auch bisher durchaus außerhalb des NATO-Territoriums engagiert. Ich nenne jetzt mal Afghanistan als Beispiel. Und man hat eine Ausbildungsmmission im Irak durchgeführt. Das ist also keineswegs etwas grundsätzlich Neues. Wenn es jedoch wirklich etwas Neues sein sollte, dann müssen wir sehen, was der Gipfel dazu entscheidet.

Dialog ist nicht genug

Aber der Tonfall ist jetzt durchaus aggressiver als noch vor dem NATO-Gipfel 2014 in Wales, oder?

Die NATO sagt ja: «Wir verfolgen eine zweigleisige Strategie: Abschreckung auf der einen Seite und Dialog auf der anderen.» Ich finde, dass es da schon von der Begrifflichkeit her eine Schieflage gibt. Wir haben ja im kommenden Jahr die 50-jährige Wiederkehr des Harmel-Berichts, der eine ganz lange Phase der Entspannung im Kalten Krieg eingeleitet hat. Ich frage mich, warum man nicht diese Begrifflichkeit wieder nimmt und sagt: Wir setzen auf Sicherheit, das richtet sich gegen niemanden. Abschreckung hat ja immer den Fokus auf einen Gegner, und im NATO-Russland-Grundlagenvertrag steht ja ausdrücklich: Wir betrachten uns nicht als Gegner. Und auf der anderen Seite ist «Dialog» ein inhaltsleerer Begriff. Ich hätte mir gewünscht, man hätte an dieser Stelle den Begriff «Entspannung» verwendet. Dann wüsste man ganz genau, worum es geht. Das mag auf den ersten Blick vielleicht kleinkariert erscheinen, aber die Sprache ist wichtig, auch im internationalen Verhältnis. Kommunikation mit der anderen Seite ist sogar von entscheidender Bedeutung.

Herr General Kujat, wir danken Ihnen für das Gespräch! ▀



Harald Kujat trat 1959 der Luftwaffe bei. Foto: CHLietzmann



COMPACT 4/2014. Foto: COMPACT

– Harald Kujat, General a. D. der Luftwaffe, war ab 1999 Leiter des Planungsstabs im Verteidigungsministerium, von 2000 bis 2002 Generalinspekteur der Bundeswehr sowie von 2002 bis 2005 Vorsitzender des NATO-Militärausschusses. – Das Interview führte Salwa Amin bei der Eröffnung des Dialogue of Civilizations (DOC) Research Institutes («Jakunin-Institut») am 1. Juli 2016 in Berlin.



Hannelore Kraft und die drei Affen

von Hans-Hermann Gockel

Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen – jeder kennt das Bild der drei Primaten. Es steht für Passivität und Desinteresse. Die Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen betreibt auf diese Weise Politik, wie sich an ihrem Umgang mit sexuellen Übergriffen durch Einwanderer etwa in der Kölner Silvesternacht zeigt.

Einebrisante Mail macht im Düsseldorfer Polizeipräsidium die Runde. Verschickt wird sie aus dem Kriminalkommissariat 12, das zuständig für die Aufklärung von Sexualdelikten ist. Die Beamten gehen normalerweise sehr sensibel und diskret ihrer Arbeit nach. Nun aber wollen und können sie nicht länger schweigen. Sie wollen sich vor allem nicht vorwerfen lassen, nicht früh genug gewarnt zu haben. Vielleicht waren auch die eigenen Familien oder die ihrer Freunde, Nachbarn und Bekannten schon betroffen.

Gefahrenzone Freibad

In der Mail von Anfang Juli ist die Rede von einem «enormen Anstieg» der Sexualstraftaten im Raum Düsseldorf. Insbesondere die «Tatbestände Vergewaltigung und sexueller Missbrauch von Kindern in den Badeanstalten» hätten dramatisch zugenommen. Wörtlich heißt es: «Die Täter sind zum größten Teil Zuwanderer, in der Regel sogar jugendliche Zuwanderer, wenn sie dann identifiziert werden können.»

Genau das ist das Problem. Die Sexualverbrecher, die mit den Flüchtlingswellen ins Land gespült wurden, machen sich fast immer im Pulk an Kinder und

junge Mädchen heran. Sie bedrängen, begrapschen und missbrauchen ihre Opfer im Schwimmbecken, in den Duschen, den Umkleiden oder auf den Liegewiesen der Freibäder. Viele Missbrauchsopfer sind so traumatisiert, dass sie erst viel später die Badeaufsicht informieren. Das macht es ungemein schwierig, die Täter zu stellen.

Was die Beamten schreiben ist ungeheuerlich. Dennoch steht zu vermuten, dass Hannelore Kraft, die SPD-Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen, sich denbrisanten Inhalt dieser Mail nicht sonderlich zu Herzen nimmt. Es sind nämlich einmal mehr die falschen Täter – wie schon in der Silvesternacht von Köln.

Die Kölner Sexkrawalle

Rot-grün schaut gerne weg, wenn sich diejenigen «wie Sau» benehmen, die man Wochen zuvor noch mit offenen Armen empfangen hat. Vor allem die «Landesmutti» oder – noch schwülstiger – die «Kümmerin», als die sich Kraft selbst inszeniert und auch gerne betiteln lässt, gibt da in Wahrheit eine kümmerliche Figur ab. So auch am 1. Juli bei ihrem Auftritt vor dem Untersuchungsausschuss zur Kölner Silvesternacht.

«Wie eine Armee» beschrieben Augenzeugen die Migrantengangs am Kölner Hauptbahnhof.
Foto: picture alliance / dpa

«Die Täter sind zum größten Teil Zuwanderer (...).»

Polizei Düsseldorf



COMPACT 2/2016. Foto: COMPACT

«Frau Ministerpräsidentin, haben Sie Kontakt zu Frau F. aufgenommen?», wird sie dort gefragt.

«Nein.»

«Wissen Sie überhaupt, wer Frau F. ist?»

«Nein.»

«Frau F. ist eine Dienerin des Landes», belehrt man die Politikerin. Eine junge Polizistin, die in der Silvesternacht Dienst hatte und ebenfalls vom Migranten-Mob bedrängt und missbraucht wurde... Ob es nicht angemessen gewesen wäre, wenigstens mit dieser jungen Frau in Kontakt zu treten, setzt der Fragesteller nach. «Ich gehe davon aus, dass der Innenminister das getan hat», lautet die schnippische Antwort der «Kümmerin». Die Zuhörer im Untersuchungsausschuss schütteln angesichts von so viel Arroganz nur noch mit dem Kopf.

Kurz darauf erfahren sie aus berufenem Munde, wie schwer sich die Spalten der SPD mit Anteilnahme tun, wenn es um Opfer der aus den Fugen geratenen Multikulti-Seligkeit an Rhein und Ruhr geht. «Weder Ministerpräsidentin Kraft noch Innenminister Jäger haben sich nach den Gewaltexzessen bei mir gemeldet», gibt Kölns parteilose Oberbürgermeisterin Henriette Reker zu Protokoll.

Hannelore Kraft am 1. Juli vor dem Untersuchungsausschuss des Landtages. Das Gremium vernimmt seit Anfang März Zeugen zu den Grapscher-Übergriffen. Foto: picture alliance / dpa

Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen... Es ist kaum zu fassen, aber es existiert sogar ein offizielles Schriftstück, das die Blindheit und Sprachlosigkeit an der Spalte des Landes Nordrhein-Westfalen für alle Ewigkeit dokumentiert. Es ist die eidesstattliche Erklä-

zung der Ministerpräsidentin vom 24. Mai 2016. Darin stellt Kraft sich selbst und der gesamten NRW-Regierung – unbeabsichtigt, aber dafür umso entlarvender – ein sauber formuliertes Armutzeugnis aus.

So heißt es wörtlich: «Hiermit erkläre ich an Eides statt, dass es in der Zeit vom 31.12.2015 bis zum 04.01.2016, 13:41 Uhr, zwischen mir und dem Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien und Chef der Staatskanzlei Franz-Josef Lersch-Mense, dem Regierungssprecher Thomas Breustedt, der Amtschefin Anja Surmann, dem Minister für Inneres und Kommunales Ralf Jäger sowie dem Staatssekretär für Inneres und Kommunales Bernhard Nebe keine persönlichen, telefonischen oder sonstigen Kontakte gegeben hat. Lediglich am 02.01.2016, 22:47 Uhr, habe ich eine SMS von Frau Amtschefin Anja Surmann erhalten. Deren einziger Inhalt war ein persönlicher Neujahrsgruß.»

Die «Kümmerin» Hannelore Kraft gibt eine kümmerliche Figur ab.

Am 2. Januar hatten sich bereits eine Million User allein über die Internet-Portale der Kölner Tageszeitungen bestens über die Silvester-Krawalle informiert. Und das gesamte Kabinett von Frau Kraft befand sich noch immer im Blindflug? Man kann es nicht glauben. Das Eingeständnis ist tatsächlich unterzeichnet von einer Politikerin, die Verantwortung trägt für das Schicksal eines Bundeslandes mit knapp 18 Millionen Einwohnern. Es ist die billige Rechtfertigung einer Politikerin, deren Wort innerhalb der Bundes-SPD ein enormes Gewicht hat – und die sogar immer wieder mal als Kanzlerkandidatin gehandelt wird.

Abstimmung mit den Füßen

Die Sozialdemokraten – nicht nur an Rhein und Ruhr – täten gut daran, sich Personal und Mandatsträger künftig genauer anzusehen. Aber können sie überhaupt noch genügend fähige Leute in ihren Reihen finden? Ausgerechnet in der «Herzkammer der SPD», wie die Genossen ihr Stammland an Rhein und Ruhr nennen, laufen die Mitglieder in Scharen davon. Noch vor wenigen Jahren hatten exakt 287.130 Männer und Frauen ein Parteibuch der NRW-SPD. Aktuell sind es knapp 110.000 – die meisten davon in einem gesegneten Alter. Bei Pilsken und Korn schwärmen sie von früher, den glorreichen Zeiten. Von «Willy» (Brandt) und «dem Johannes» (Rau). Da war für die Genossen im damaligen Kohlenpott die Welt noch in Ordnung. Viele Ortsvereine sind heute so ausgeblutet, dass sie mit anderen zusammengelegt werden müssen. Die alte Garde mag nicht mehr kämpfen. Und sie will auch keine Plakate mehr kleben.





In einem der wenigen Prozesse um die Silvester-Übergriffe werden die Angeklagten Hassan T. und Hussein A. Anfang Juli lediglich zu Bewährungsstrafen verurteilt. Foto: picture alliance / dpa

Was die SPD im kommenden Landtagswahlkampf besonders bitter zu spüren bekommt: Jetzt gehen ihr an der Basis auch noch die letzten charismatischen Typen von der Fahne: diejenigen, die noch die Sprache des Ruhrgebiets sprechen – ehrlich, redlich, geradeaus. Es sind die Typen, zu denen die Leute Vertrauen hatten – weil sie nicht so abgehoben, so arrogant und so selbstgefällig daherkamen wie Kraft und Co.

Eines dieser Urgesteine ist der langjährige Essener Ratsherr Guido Reil. Der Mann ist fast schon ein Idol für viele Genossen, seitdem er offen mit der Spalte seiner Partei abgerechnet hat. «Ich war lange ehrenamtlicher Richter am Landgericht», sagte er, «und ich habe dort sehr viele Prozesse mit libanesischer Beteiligung erlebt. Was Sie da über die Mentalität lernen, wie sehr die uns und dieses Land verachten, unsere Sozialgesetze ausnutzen, das ist haarsträubend. Wir haben das viel zu lange verdrängt – und wir verdrängen das immer noch», schrieb er seiner Parteivorsitzenden ins Stammbuch. «Es herrscht in diesem Land ein bedrückendes Meinungsklima. Es gibt eine fast panische Angst, in die rechte Ecke gestellt zu werden. Ich finde das schlimm. Ich habe aber beschlossen, kein Blatt mehr vor den Mund zu nehmen», so Reil weiter.

Der Mann von der Zeche Prosper-Haniel, dem letzten Bergwerk im Revier, beließ es aber nicht bei diesen Sätzen. Ein so ehrlicher Kumpel wie er lässt seinen starken Worten auch entsprechende Taten folgen. Als die rot-grüne Landesregierung sich anschickte, im Essener Norden eine komplett neue Wohnsiedlung für 7.800 Asylbewerber hochzuziehen, platzte ihm der Kragen: «In der Bezirksvertretung scheitern Vorhaben an

fehlenden 500 Euro. Jetzt kommen die Flüchtlinge, und da spielt Geld plötzlich keine Rolle mehr. Die Leute fragen sich, woher hat die öffentliche Hand eigentlich plötzlich die 102 Millionen Euro für den Bau von Siedlungen? In einer Stadt, die völlig verschuldet ist... Wie soll ich das den Menschen erklären?»

Der wackere SPD-Ratsherr mobilisierte seine Mitstreiter: «Wir dürfen das nicht hinnehmen. Der Migrantenanteil liegt schon jetzt bei 40 Prozent.» Drei SPD-Ortsvereine druckten Flugblätter und Plakate für einen Protestmarsch im Januar 2016 – Motto: «Genug ist genug. Integration hat Grenzen. Der Norden ist voll.» Hannelore Kraft in ihrer feinen Düsseldorfer Staatskanzlei soll getobt haben. Sie konnte die Aktion zwar im letzten Moment verhindern, doch den Genossen Reil – und nicht nur ihn – hatte sie damit endgültig verloren. Der Sozialdemokrat, der sich seinen Mund nicht verbieten lässt, warf sein Parteibuch nach 26 Jahren Mitgliedschaft weg und kämpft seit Mitte Juni 2016 für die AfD.

«Genug ist genug. Integration hat Grenzen.» Essener SPD-Verbände

Der schwerwiegendste Vorwurf aber, den sich Hannelore Kraft gefallen lassen muss, kommt vom Landesverband des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK). Die Politik, heißt es in einer Stellungnahme, lasse die Bevölkerung, die für ihre Sicherheit viele Steuern zahle, «regelrecht im Stich». Nicht nur die Freibad-Besucher in Düsseldorf dürften das bestätigen. ■

Brennpunkt Nordrhein-Westfalen

Jeder Zehnte in NRW hat keinen deutschen Pass. Der Anteil der Ausländer an den Tatverdächtigen liegt teilweise bei 80 Prozent.

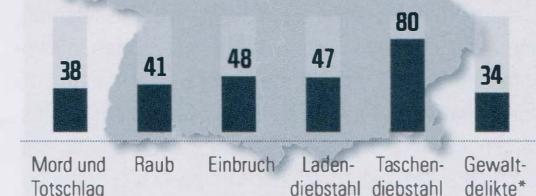
18 Millionen Einwohner



Strafverdächtige Ausländer nach Delikten

(in Prozent)

* einschließlich Sexualstraftaten



Quellen: LKA NRW, SPD NRW.

Grafik: COMPACT

Das Armenhaus Deutschlands



Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen – Hannelore Kraft wird so weitermachen. Dabei verblasst das Image der «Kümmerin» in einem rasanten Tempo. «Wir wollen kein Kind zurücklassen», war eines der Leitmotive der rot-grünen Landesregierung. Der jüngste Armutsbereich des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes besagt etwas anderes: «Das Ruhrgebiet bleibt (...) die armutspolitische Problemregion Nummer Eins in Deutschland.» Vor allem die Kinder spüren das. 637.000 Jungen und Mädchen sind in Nordrhein-Westfalen direkt von Armut betroffen. Auch das mehrfache schwache Abschneiden bei Bildungs- und Wirtschaftsrangings gehört in die Bilanz des rot-grünen Kabinetts. Drei Landeshaushalte in Folge wurden vom Verfassungsgerichtshof gerügt. Das Wirtschaftswachstum liegt deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Das Land fällt seit Jahren ökonomisch zurück. Kein Wunder, lästern die Kritiker, schließlich arbeiten in den Dönerbuden inzwischen mehr Menschen als in der gesamten nordrhein-westfälischen IT-Branche.

Nach einem Bericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes ist das Ruhrgebiet «die armutspolitische Problemregion Nummer Eins in Deutschland».

Foto: picture-alliance/dpa

Hans-Hermann Gockel hat als TV-Journalist viele Jahre für RTL, SAT.1 und N24 gearbeitet. Heute ist er freier Journalist und Produzent. Der Text ist seinem aktuellen Buch «Finale Deutschland – Asyl, Islam, Innere Sicherheit» (HHG-Verlag, 19,99 Euro) entnommen, das den passenden Untertitel trägt: «Mit Klartext gegen die Gedankenfeigheit».



Die Herrenmenschin

von Martin Müller-Mertens

Einst Spitzel der Staatssicherheit, jetzt Agentin der Deutschland-Abschaffer: Fanatisch kämpft Anetta Kahane für den großen Austausch der einheimischen Bevölkerung.

Ihre Karriere begann spät: Lange schwamm Anetta Kahane von der Öffentlichkeit unbeachtet im Strom der staatlich gepäppelten Anti-Rechts-Industrie. Doch mittlerweile hat sich die heute 62-Jährige zu einer Chefeinpeitscherin der Deutschenfeindlichkeit gemausert, zur Ikone der Vielfalt-Religion. «Ohne sie, vielleicht klingt das ein bisschen zu pathetisch und dennoch ist es wahr, wäre die frühere DDR niemals demokratisch geworden», schwelgte der antideutsche Publizist Martin Jander 2015 auf der Internetseite *Hagalil*.

**Kahane hat «Personen belastet».
Führungsoffizier Mölneck**

Tatsächlich unterscheidet sich Anetta Kahane substantiell vom Heer der oft nur emotional getriebenen Vielfalt-Apologeten. Die Vorsitzende der Amadeu-Antonio-Stiftung geht strategisch vor. Jeder ihrer Schritte scheint durchgeplant, ein unerbittliches Freund-Feind-Schema hilft ihr bei der Denunziation von Dissidenten. Ein biologistisches Menschenbild sichert den missionarischen Eifer ihrer Hatz ideologisch ab. Auf der Plattform *Mut gegen rechte Gewalt* schreibt sie 2015: «Das ist eine weitere Spezialität des Menschen, die ihn von Tieren unterscheidet: Er hasst wirr um sich herum. Und weil Hass sich niemals verbraucht, nie aufhört oder von allein verschwindet, macht er immer so weiter.» Die

Seit in Deutschland die Meinungsfreiheit eingeschränkt wird, fällt der Name Anetta Kahane immer häufiger.

Foto: picture alliance / dpa

Quintessenz dieses Weltbildes lautet: Da der Mensch quasi genetisch zu immerwährendem Hass verdammt sei – der ist in ihrer Halluzination nämlich «niemals verbraucht» –, könne er nur durch dauerhaften Zwang im Namen von Vielfalt und Toleranz im Zaume gehalten werden.

IM Victoria

Der Weg der Anetta Kahane bis zur Predigerin des vollendeten Multikulturalismus liegt teilweise im Dunkeln. 1954 wird sie in Berlin geboren. Den Eltern Max und Doris gelingt als jüdischen Kommunisten die Emigration aus Hitlers Deutschland. Nach 1945 gehen sie in die Sowjetische Besatzungszone. Max Kahane macht schnell Karriere, steigt zum Chefredakteur der Nachrichtenagentur ADN auf. Doch 1952 gerät er in die Mühlen der letzten – deutlich antisemitisch geprägten – stalinistischen Säuberung. Der DDR dient er dennoch in vollendeter Linientreue weiter, was nur durch Selbstverleugnung gelingen kann. Sie sei «unter dem Eindruck der Traumata meiner Eltern» aufgewachsen, sagt Kahane heute. In ihrer Jugend habe sie als «unzuverlässig» gegolten, beteuert sie inzwischen.

Doch dann entscheidet sich Kahane für die Macht. Ab 1974 arbeitet sie unter dem Decknamen Victoria als Informelle Mitarbeiterin der DDR-Staatssicherheit. Als Jugendliche dem Druck der MfS-Anwerber

nicht standgehalten zu haben, mag ihr kaum vorzuwerfen sein. Doch ein Bericht der *Berliner Zeitung* deutet darauf hin, dass IM Victoria dem Spitzelimperium geradezu beflissen zu Diensten war. 800 Seiten sollen ihre Akten umfassen. Demnach «notierte ihr Führungsoffizier Mölneck erfreut, dass die damals 19-Jährige bereits beim zweiten Treff «ehrlich und zuverlässig» berichtet und auch «Personen belastet» habe». Angeblich verriet sie vor allem in der DDR lebende Ausländer – also genau jene Gruppe, die sie heute vergessen. «Ich habe gesagt, die sind nicht politisch gefestigt, die liegen nicht richtig. Da habe ich Leute genannt», räumte sie 2004 gegenüber der *Taz* ein.

Aufschlussreicher als Kahanes Eingeständnis ihres Denunziantentums ist jedoch ihre fast manisch anmutende Selbstüberschätzung. «Meine Aufgabe war nicht, Leute zu bespitzeln, sondern man wollte mich in Diplomatenkreisen einsetzen: in der Hoffnung, dass Dienste versuchen, mich anzuwerben», behauptet sie im April gegenüber der *Jüdischen Allgemeinen*. Jung-Anetta als Erich Mielkes Femme fatale, deren Reizen weder BND noch CIA widerstehen können? Gut möglich, dass sie wirklich daran glaubte. Bis heute wirkt sie bei ihren politischen Feldzügen arrogant und selbstverliebt.

Ende der 1980er Jahre ist sie «als stalinistischer Prügelmolch aufgetreten».

Peter Feist

Nach Aktenlage bricht sie 1982 mit der Staatssicherheit, «was zu erheblichen beruflichen und persönlichen Nachteilen führte», wie es in der offiziellen Kurzbiografie der Amadeu-Antonio-Stiftung heißt. 1986 stellt sie einen Ausreiseantrag. Sind diese beiden Schritte Ausdruck einer Läuterung von IM Victoria? Eher im Gegenteil. Bei Auslandsaufenthalten in Sao Tome und Mosambik will sie nämlich bei Begegnungen mit DDR-Funktionären festgestellt haben, «wie tief der Rassismus in den Menschen und in der DDR als Staat verwurzelt war». Die «ideologische Basis» der DDR ist von diesem Zeitpunkt an für sie «so etwas wie das Betriebssystem, auf dem Antisemitismus fortgeschrieben, betrieben und ignoriert wurde». Die DDR sei «der deutschere der beiden Staaten», sagt Kahane – aus ihrem Mund kein Kompliment, sondern ein verächtliches Verdict. Ihre Abwendung von Stasi und SED scheint also nicht ihrem Abscheu vor der Überwachung ihrer Mitbürger geschuldet, sondern – ganz im Gegenteil – ihrem Verdacht, dass die DDR bei der Überwachung der vermeintlich rassistischen und antisemitischen Bevölkerung viel zu lax vorgehe und auch der Antifaschismus der Genossen von Übel, da deutsch, sei.

Zu dieser Interpretation passt auch, wie Zeitzeugen Kahane Ende der 1980er Jahre an der Berliner Humboldt-Universität erleben: Sie wettert im Schleppetau der ultraorthodoxen SED-Kreisleitung gegen den sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow, der mit Glasnost und Perestroika für eine Lockerung der Repression in den sozialistischen Staaten wirbt. Auch der Philosoph Peter Feist studierte 1983 bis 1988 an der Alma Mater. «Da ist sie damals dadurch aufgefallen, dass sie bei den wenigen öffentlicheren Diskussionen immer als stalinistischer Prügelmolch aufgetreten ist. Damals hat sie übrigens vor allem antizionistisch argumentiert, heute ist sie natürlich stolz auf ihr Judentum.»

Die Amadeu-Antonio-Stiftung

Mit der Wende wechselt Kahane in den Ausländerlobbyismus. Im Mai 1990 wird sie die erste Ausländerbeauftragte des Ostberliner Magistrats. «Inländer müssen begleitet werden, weil sie keinerlei Erfahrung haben, was es heißt, mit Ausländern zusammenzuleben», sagt sie damals der Berliner *Taz*-Lokalausgabe. Es sei wichtig, Ängste «mit enorm viel Öffentlichkeits- und Kulturarbeit und enorm viel Verständnis auch für die Deutschen abzufedern» – Sätze, aus denen ein noch zurückhaltend formulierter, aber doch bereits unverkennbarer Hang zur Erziehungsdiktatur herausklingt. Im Jahre 2000 ruft der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder den staatlich finanzierten «Aufstand der Anständigen» aus. Zwei Jahre später gründet Kahane die heutige Amadeu-Antonio-Stiftung. Ein gleichnamiger unselbstständiger Vorläufer war bereits



Überwachung war sein Credo: Kahanes einstiger Chef, der Minister für Staatssicherheit Erich Mielke. Foto: BA 183-1985-0206-042, CC-BY-SA 3.0, Wikimedia Commons

Eine der vielen Hetz-Broschüren der Amadeu-Antonio-Stiftung.
Foto: Amadeu-Antonio-Stiftung



Alles Nazis



Anfang Juli 2016 brachte die Amadeu-Antonio-Stiftung eine vom Familienministerium geförderte Broschüre mit «Handlungsempfehlungen» gegen angebliche Hasskommentare im Internet heraus. Als solche gewertet werden unter anderem: «Gegenüberstellung Wir und Sie», «Lügen über Geflüchtete und angebliche Kriminalität, Gewalt, Vergewaltigungen, gefälschte Behördendokumente – oft getarnt als vorgebliebliches eigenes Erleben», «(Nationalistische) Relativierungen: Was ist mit unseren Kindern/Obdachlosen etc.?, »Bald fühlt man sich fremd im eigenen Land» oder «Bin ich denn gleich ein Nazi, nur weil ich.../wo ist meine Meinungsfreiheit, wenn ihr meine Kommentare löscht?». Eine der Autorinnen der Studie ist die frühere Piratenpolitikerin Julia Schramm, von deren Hass-Tweets bei Twitter sich mittlerweile sogar das Bundesinnenministerium distanzierte.

Auch Twitter soll überwacht werden.
Foto: Amadeu-Antonio-Stiftung

1998 unter anderem mit Stiftungsgeld des deutschen Coca-Cola-Magnaten Karl Konrad von der Groeben entstanden. Mit den Jahren baut Kahane die Stiftung zum vielleicht wichtigsten Scharnier der Moralkrieger auf: Mit einem Jahresbudget von etwa 1,5 Millionen Euro werden etwa 800 Projekte «gegen rechts» gefördert.

Fast wäre es noch einmal eng geworden für Anetta Kahane. 2002 kommt ihre Stasi-Vergangenheit ans Licht der Öffentlichkeit. Das kostet sie die bereits sicher geglaubte Berufung zur Berliner Ausländerbeauftragten. Später legt sie ein Gutachten von Helmut Müller-Enbergs, Referent beim Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, vor. Demnach gebe es in den Akten keinen Hinweis, dass Kahane «Dritten Nachteile zugefügt hat». Doch das ist wohl Ansichtssache. Ein Beispiel: 1976 denuncierte Kahane die Söhne des einstigen Vize-Kulturministers Horst Brasch. «Zu den Feinden der DDR gehören in erster Linie Klaus Brasch und Thomas Brasch», wird sie in der Stasi-Akte zitiert. Welchen konkreten Anteil diese Aussage an der Verfolgung der Braschs hatte, ist tatsächlich kaum festzustellen, denn die Betroffenen wurden auch anderweitig überwacht. Die Brüder können sich dazu jedenfalls nicht mehr äußern: Klaus beging 1980 mit 29 Jahren Selbstmord, Thomas starb 2001.

Dunkles Deutschland

Das bundesdeutsche Establishment verzeiht Kahane ihre Vergangenheit – zu nützlich ist sie in der Gegenwart. Überwachen, denunzieren, renitente Bürger schließlich den Repressionsorganen des Staates übergeben – kaum jemand beherrscht die Instrumente der Zersetzung so gut wie die frühere IM Victoria. Waren es einst Partybekanntschaften, etwa die Braschs, sind es heute Facebook-Nutzer. Ihre Stiftung berät das Bundesjustizministerium seit Ende 2015 bei

der Zensur sozialer Netzwerke. «Es gibt eine riesige Welle von Hassrede», begründet sie den digitalen Maulkorb für Andersdenkende. Doch «Hass» ist für die Amadeu-Antonio-Stiftung bereits der geringste Zweifel an der Willkommens-Ekstase.

«Meine Schwierigkeit war und ist es, einen Ort im Täterland zu finden», sagt sie einmal. Nun hat sie ihn gefunden – als willige Vollstreckerin des großen Austauschs. «Einwanderung ist die Zukunft. Sie können nicht in einer globalisierten Welt in der Mitte Europas leben ohne Einwanderung, ohne Bevölkerungsverschiebung.» Die Staaten dürften nicht mehr «nur weiß», sondern müssten «multikulturelle Plätze in der Welt» sein, umriss sie bereits vor Jahren im russischen Sender *Russia Today* ihre Vision.

«Einwanderung ist die Zukunft.»

Anetta Kahane

Es sei «die größte Bankrotterklärung der deutschen Politik nach der Wende» gewesen, zugelassen zu haben, «dass ein Drittel des Staatsgebiets weiß blieb», zitiert sie 2015 der *Berliner Tagesspiegel*. Auf der Internetseite *publikative.org* macht sie bereits 2012 deutlich, das Deutschsein Deutschlands nicht tatenlos hinnehmen zu wollen. «Bis heute ist es anstrengend, schwierig, mühsam bis unmöglich, die lokalen Autoritäten davon zu überzeugen, dass dieser Zustand ein Problem ist, gegen das sie aktiv werden sollten», schien Kahane damals fast zu resignieren. Doch nun könnte ihr Wunsch in Erfüllung gehen. Seit Beginn der Asylinvasion liegt ihr Sieg in greifbarer Nähe. Kahanes letzter Kampf gegen die verhasssten Deutschen hat begonnen. ■

Reich werden gegen rechts

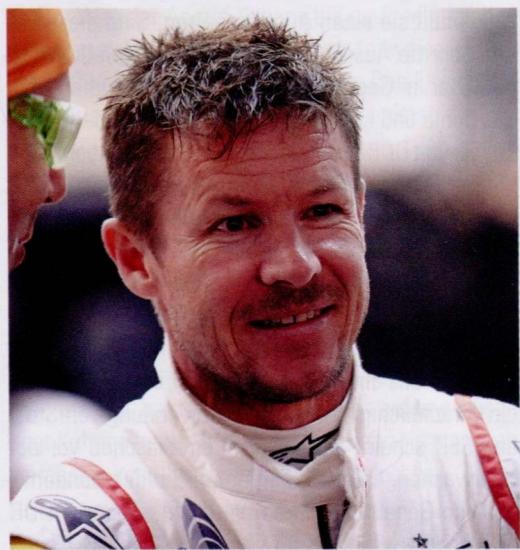
Die Zahl rechter Gewalttaten liegt laut Verfassungsschutz deutlich unter der von Linken. Mittel «gegen rechts» werden verdoppelt.



Quelle: Bundesamt für Verfassungsschutz, BMFSFJ



Grafik: COMPACT



Auch Felix Baumgartner wurde mundtot gemacht. Gleich zwei Facebook-Profilen des 47-jährigen Extremsportlers fielen im Juli der Zensur zum Opfer. Foto: picture alliance / dpa



«Für mich ist Heimat der Ort, wo ich mich wohl fühle»

Interview mit Norbert Hofer

Der grüne Kandidat hat sich zu früh gefreut: Der österreichische Verfassungsgerichtshof annulierte die Bundespräsidenten-Stichwahl – das gab es noch in keinem westlichen Land nach dem Zweiten Weltkrieg. Vor dem erneuten Urnengang am 2. Oktober sprachen wir mit dem aktuell aussichtsreichsten Bewerber über seine Erwartungen – und warum ihn das EU-Establishment ablehnt.

Wie sehen Sie das Urteil des Verfassungsgerichtshofes, das zur Neuaustragung der Bundespräsidentenwahl führte? Die Mainstreammedien schrieben, dass es keine Wahlmanipulationen gegeben hätte...

Der Verfassungsgerichtshof hatte darüber zu befinden, ob es Raum für Manipulationen gegeben hat und ob dieser Raum so groß war, dass er wirklich das Wahlergebnis beeinflussen kann. Niemand von uns weiß, was eine Person macht, die alleine Briefwahlkarten auszählt und Kuverts öffnet. Das kann man nicht nachvollziehen. Daher war die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs so zu treffen, und sie war aus meiner Sicht auch richtig. Ich habe vorher gesagt, dass ich jede Entscheidung akzeptieren würde, weil wir Gewaltentrennung haben und Österreich ein Rechtsstaat ist. Ich habe mich etwas gewundert, dass es Medien gibt, die glauben, eine bessere Expertise abgeben zu können als die Höchstrichter.

Was waren Ihre ersten Gedanken nach dem Entscheid des Verfassungsgerichtshofs?

Man überlegt sich, wie sich die nächsten Monate gestalten werden, wie man den Wahlkampf anlegt, welche Themen im Mittelpunkt stehen werden. Ich hoffe, dass diese Entscheidung zu einem besseren Wahlrecht führen wird und dass die Probleme mit den Briefwahlkarten erledigt sind.

Unfaire Angriffe

Sie sind seit Ende Januar fast im Dauerwahlkampf. Wie möchten Sie den neuen anlegen?

Wir werden die Menschen nicht mit einem permanenten Wahlkampf überfordern. Wir werden mit dem Intensivwahlkampf Ende August, Anfang September beginnen.

Wird es neue Themen geben?

Die Asylobergrenze [von 37.500 Asylwerbern pro Jahr in Österreich] wird in dieser Zeit überschritten werden. Auch die Zukunft Österreichs in der EU wird im Mittelpunkt stehen. Man muss mit viel Bedacht und Behutsamkeit mitwirken, sodass Österreich und die

Im ersten Wahlgang Mitte April lag Norbert Hofer mit 35 Prozent auf Platz 1. Im Herbst könnte er wieder jubeln. Foto: picture alliance / Alex Halada / picturedesk.com

«Wer Österreich liebt, muss scheiße sein.» Grüne Jugend



Am 11. Juni attackierten Linksradikale eine Demonstration der Identitären Bewegung in Wien mit Steinen. Die Polizei sucht vier Männer wegen Mordversuchs.
Foto: Identitäre Bewegung Österreich

EU die richtigen Entscheidungen treffen. Man muss sich mit der hohen Arbeitslosigkeit und damit zusammenhängend mit der hohen Steuer- und Abgabenquote beschäftigen. Als Wahlsieger hätte ich gleich die Wirtschaftskapitäne Österreichs zu mir gebeten, um gemeinsame Konzepte zu entwickeln, die Österreich wieder stärker machen.

Was war für Sie das bisher berührendste Erlebnis im Wahlkampf?

Am Wiener Stephansplatz habe ich nach einer Kundgebung Autogramme gegeben. Eine ältere Dame hat sich nach vorne gekämpft, was gar nicht so einfach ist, bei so vielen Menschen. Im Gespräch mit mir hat sie zu weinen begonnen und gesagt, sie setze so große Hoffnungen darauf, dass jetzt vieles besser wird. Es passiert öfter, dass Menschen – vor allem Frauen – mir sagen, dass sie große Hoffnungen in mich setzen.

Was hat Sie am meisten entsetzt?

Ein Hassposting, wo geschrieben wurde, ich solle ver gast werden.

Hat es Angriffe in Bezug auf Ihre Verletzung beziehungsweise Behinderung gegeben?

Die Angriffe waren am Anfang sehr stark. Ich wurde als Krüppel bezeichnet. Da legt man sich einen gewissen Schutzpanzer zu. Ich glaube daran, dass im Leben immer alles zurückkommt. Daher lasse ich das über mich ergehen, und jeder muss mit sich klar kommen, wenn er so etwas tut.

Sie wurden kritisiert, dass Sie Ihre Funktion als Dritter Nationalratspräsident nicht niedergelegen...

Ich bin froh, dass Bundespräsident Heinz Fischer im Fernsehen ganz klar Stellung bezogen hat, dass das

völlig in Ordnung ist. Er selbst war Zweiter Nationalratspräsident, als er angetreten ist, um Bundespräsident zu werden.

Interessanterweise haben nicht nur Sie im bisherigen Wahlkampf mit Heimat geworben, sondern auch Ihr Mitbewerber, der Grüne Alexander Van der Bellen. Hat Sie das überrascht?

Es hat mich gewundert, weil die Grüne Jugend eine Kampagne gemacht hat, wo auf dem Flyer gestanden ist: «Nimm Dein Flaggerl für Dein Gackerl» und darunter: «Wer Österreich liebt, muss schäße sein.» Das ist nicht mein Heimatbegriff. Für mich ist Heimat der Ort, wo ich mich nicht erklären muss, wo ich mich wohlfühle, wo ich daheim bin. Und das ist Österreich.

Die Zukunft der EU

Wie soll es nach dem Brexit in Großbritannien weitergehen?

Ich wünsche mir, dass die EU und ihre Entscheidungsträger aus dieser Entwicklung lernen. Dass sie sich darauf besinnen, was die EU ausmacht. Sie war als Wirtschaftsgemeinschaft gedacht, mit der Idee, dass Staaten, die in engen wirtschaftlichen Beziehungen zueinander stehen, keinen Krieg gegeneinander führen. Das hat sehr gut funktioniert. Dann kam die Idee der politischen Union. Das hat nicht gut funktioniert. Für mich ist klar, dass wir uns bei neuen Verträgen überlegen müssen, wie die Kompetenzaufteilung zukünftig aussehen muss. Es muss eine wirklich subsidiäre Kompetenzaufteilung geben: Was entscheiden die Mitgliedsländer, was entscheidet die EU? Muss die Agrarpolitik wirklich vergemeinschaftet sein? Oder ist es notwendig, bei der Sicherheitspolitik stärker auf die EU zu setzen? Was den Schutz der Außengrenzen der EU anbelangt, kann man nicht sagen: Ich schaffe es nicht, meine Außengrenzen zu schützen, aber ich verbiete auch meinen Mitgliedsstaaten, ihre Grenzen zu schützen. Mein Eindruck, warum die Briten so abgestimmt haben, war, dass sie glaubten, in der Zuwanderungspolitik in vielen Bereichen nicht mehr selbst entscheiden zu können. Ich bin für einen Weg, bei dem die Mitgliedstaaten selbst entscheiden können, wann die Zuwanderer den vollen Zugang zum Sozialsystem erhalten.

Unter welchen Bedingungen sind Sie für eine Volksabstimmung über den EU-Austritt Österreichs?

Erstens: Wenn die Türkei der EU beitritt, weil ich glaube, dass das dann eine völlig andere Union wäre. Was wir bräuchten, wäre eine privilegierte Partnerschaft. Zweitens: Wenn eine zentralistische Union gebaut wird. Würden die Mitgliedsstaaten entmachtet und das Einstimmigkeitsprinzip in den wichtigen Fragen abgeschafft, glaube ich, dass das die Menschen nicht goutieren. Zum Beispiel bei der Gentechnik braucht man Einstimmigkeit. Ich wünsche mir ein starkes Österreich und eine starke EU.

«Ich hatte in jüngster Zeit interessante Kontakte mit Wirtschaftskapitänen und Künstlern.»

Hofer

Und was TTIP angeht?

Die Aussage, dass wir TTIP brauchen, um mehr Arbeitsplätze zu schaffen, ist eine glatte Lüge. Der Gegenwind wurde ab dem Zeitpunkt besonders hart, als ich sagte, ich werde TTIP nicht unterzeichnen. Denn hier geht es nicht um einige hundert Millionen oder wenige Milliarden Euro, sondern um eine Riesensumme, von der ganz wenige profitieren. Genau zu dem Zeitpunkt haben sich Juncker und Co. in den Wahlkampf in Österreich eingemischt. Juncker ist denkbar ungeeignet für die Position des Kommissionspräsidenten, weil er überhaupt kein Gespür dafür und nicht verstanden hat, dass man bei diesem Projekt die Menschen mitnehmen muss. Mit skurrilen Auftritten alleine und mit einer Verächtlichmachung von Staaten, Regierungschefs und Mandataren steigert man das Vertrauen in die Entscheidungsgremien der EU nicht.

«Meine Wahl wäre ein Signal in Richtung eines gesunden Patriotismus.»

Hofter

Das ganze Establishment war vor der ersten Stichwahl gegen Sie. Welchen Widerstand erwarten Sie beim neuen Wahlgang?

In Wahlkampfphasen treten Entwicklungen ein, mit denen man nicht rechnet. Ich habe in jüngster Zeit interessante Kontakte mit Wirtschaftskapitänen und Künstlern gehabt, die mich stark unterstützen. Das war vielleicht vorher auch schon so, aber jetzt trauen sie sich, mir das auch zu sagen. Ein sehr bekannter ORF-Journalist hat gesagt, er habe mich gewählt und er unterstützte mich weiter. Ich werde aber niemanden darum bitten, mich öffentlich zu unterstützen, weil ich keinen in Verlegenheit bringen will. Das Wichtigste aber sind die Wähler, das Volk. Natürlich werden aber wieder einige Prominente sehr pointiert in der Öffentlichkeit vor mir warnen, wie sie es auch im letzten Wahlkampf gemacht haben.

Für sichere Grenzen

Wie sollte Österreich bei der Masseneinwanderung agieren?

Ich bin ein Freund von Lösungen, die das Problem an der Wurzel packen. Jeder für die Hilfe vor Ort investierte Cent ist besser angelegt, weil er dort viel mehr wert ist. Es ist die Verantwortung der EU und der Mitgliedsstaaten, vor Ort so zu helfen, dass es nicht zu Flüchtlingsströmen in dem Ausmaß kommt. Letztlich werden diese Menschen auch vor Ort gebraucht, um ihre Heimat aufzubauen. Ich bin auch sehr dafür, dass die wirklich Schutzberechtigten – und nur um die geht es mir, denn die Wirtschaftsflüchtlinge müssen das Land wieder verlassen – Instrumente in die Hand

bekommen, die sie befähigen, ihr Heimatland wieder aufzubauen. Dann wären diese Menschen bei uns auch beschäftigt. Diesen Menschen müssen wir zeigen, wie man eine Infrastruktur oder eine Verwaltung aufbaut oder mit erneuerbaren Energien umgeht.

Sind Sie für das australische Asylmodell?

Das ist mir zu strikt. Außerdem kann man Australien nur schwer mit Europa vergleichen. Aber wenn Flüchtlinge im Meer aufgegriffen werden, müssen sie gerettet und dann zurückgebracht werden. Es kann nicht sein, dass Schlepper Geschäfte machen, indem sie sagen: «Setzt Euch in das Boot hinein, das Euch vielleicht den Tod bringt, und wenn Ihr hoffentlich gerettet werdet, dann seid Ihr in Europa.» Dieses Signal ist ganz falsch.

Sollten Sie gewählt werden: Wie wollen Sie die viel zitierte Spaltung der Lager überwinden?

Ich glaube, dass die Spaltung herbeigeschrieben ist. Früher haben die damals großen Parteien SPÖ und ÖVP auch sehr akzentuierte Wahlkämpfe geführt. Jetzt treten Kandidaten zweier Parteien an, die weltanschaulich – außer beim Umweltthema – weit auseinanderliegen, und trotzdem sind die zwei Kandidaten in den längsten Phasen des Wahlkampfes fair miteinander umgegangen. Jene Menschen, die mich nicht gewählt haben, muss ich durch gute Arbeit überzeugen und Vorbehalte ausräumen. Ich muss zeigen, dass das, was zumindest teilweise über mich geschrieben worden ist, nicht den Tatsachen entspricht. Ich bin kein Mensch mit zwei Gesichtern. Mir ist Österreich ein großes Anliegen, und mir sind auch die internationalen Kontakte ein großes Anliegen, weil Österreich keine Insel ist.



Die Hofburg in Wien ist Amtssitz des Bundespräsidenten. Foto: Peter Gerstbach, CC BY-SA 3.0, Wikimedia Commons

Der langjährige Vorsitzende der Grünen, Alexander Van der Bellen, trat offiziell als unabhängiger Kandidat an. Foto: APA/Heribert Pfarrhofer



Heimattreu



Norbert Hofer wurde am 2. März 1971 in Vorau in der Steiermark geboren und wuchs in Pinkafeld (Burgenland) auf. Nach dem Abitur war er als Systemingenieur bei der Fluglinie Lauda Air beschäftigt. 2003 stürzte er mit dem Paragleiter ab und leidet seitdem an einem inkompletten Querschnittssyndrom. Seit 2006 ist er Abgeordneter im österreichischen Parlament («Nationalrat») und fast ebenso lange stellvertretender Parteivorsitzender («Obmann») der FPÖ. 2013 wurde er zum Dritten Nationalratspräsidenten gewählt. In dieser Funktion führt er seit dem 8. Juli mit seinen Präsidiumskollegen Doris Bures (SPÖ) und Karl-Heinz Kopf (ÖVP) die Geschäfte des Bundespräsidenten. Hofer ist katholisch, verheiratet und hat vier Kinder.

COMPACT auf dem Tisch: Norbert Hofer und Klaus Faißner während dieses Interviews.

Foto: norberthofer.at

Von einer Splitterpartei entwickelten sich die Freiheitlichen zur stärksten Kraft Österreichs.

Grafik: COMPACT

Das Interview führte Klaus Faißner. Er ist Gründer der Initiative Gentechnikverbot und Verfasser zahlreicher Artikel und Bücher zu diesem Thema. Bereits 2010 wurde er mit dem Salus-Journalistenpreis und dem Österreichischen Solarpreis ausgezeichnet. In COMPACT 7/2016 schrieb er über die Manipulationen bei der österreichischen Präsidentschaftswahl im April/Mai.

Die deutschen Medien schrieben zum Beispiel von einem «stramm rechten» Norbert Hofer...

Sie haben das übernommen, was sie über mich gehört haben. Ich werde versuchen, Medienterme in Deutschland zu absolvieren, um ein unverfälschtes Bild abgeben zu können.

Wie ist Ihr Verhältnis zu Deutschland?

Ich habe als Techniker einer Fluggesellschaft oft in Deutschland gearbeitet. Natürlich war ich auch privat sehr oft in Deutschland. Es ist unser Nachbarland. Die Freundschaft zwischen Österreich und Deutschland ist eine sehr enge und soll auch in Zukunft so bleiben. Ich muss immer wieder über den Spruch lächeln: «Das Einzige, was die Österreicher und die Deutschen trennt, ist die gemeinsame Sprache.»

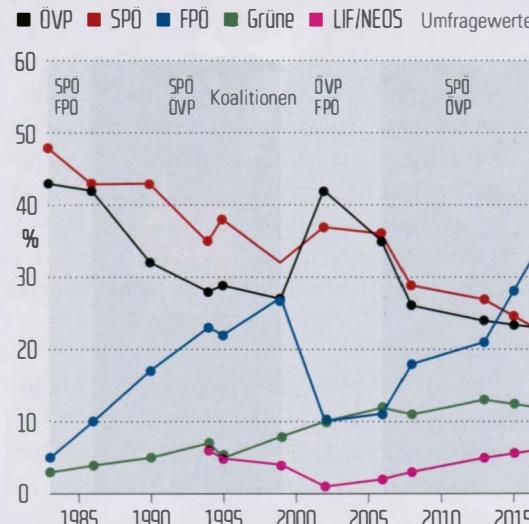
Welche Probleme sehen Sie auf sich und Österreich zukommen, wenn Sie als Bundespräsident gewählt werden?

Keine. Ganz im Gegenteil, ich sehe den Beginn einer positiven Entwicklung. Ich werde bei jeder Entscheidung darauf achten, ob sie für Österreich die richtige ist. Ich werde das ohne ideologische Scheuklappen tun, sondern nach den Grundsätzen der Vernunft. Man muss vernünftige Entscheidungen treffen, ein Troubleshooter sein, Netzwerke aufbauen, in engem Kontakt mit der Bundesregierung, mit dem Parlament, mit den Landeshauptleuten stehen und dann gemeinsame Lösungen finden. Man darf sich nicht in der Hofburg verstecken.

Hätte Ihre Wahl eine Signalwirkung für ganz Europa?

Ja, das glaube ich, weil ein Kandidat gewonnen hätte, der sagt: «Ich bin für die europäische Integration auf subsidiärer Basis.» Ein Kandidat, der nicht für eine Entmachtung der Mitgliedsstaaten ist. Die EU besteht ja aus den Mitgliedsstaaten, und die Mitgliedsstaaten zu schwächen, hieße, auch die Union zu schwächen. Es

FPÖ – Die neue Volkspartei



wäre weiters ein Signal in Richtung eines gesunden Patriotismus, nicht Nationalismus, denn: Ein Patriot zu sein, heißt für mich, das eigene Land zu schätzen, alles für das eigene Land zu tun, aber nicht gleichzeitig andere Länder geringzuschätzen. Nationalismus heißt, das eigene Land über andere Länder erheben zu wollen – eine sehr gefährliche Entwicklung. Es muss wieder erlaubt sein, auf das eigene Land stolz zu sein, auf das, was man gemeinsam erreicht hat und was die Eltern und Großeltern für dieses Land erreicht haben.

Das Schweizer Modell

Wie ist Ihr Verhältnis zu FPÖ-Obmann «HC» Strache? Hat die Partei jetzt so eine Art Doppelspitze?

Wir haben keine Doppelspitze. Ich bin seit vielen Jahren stellvertretender Bundesparteibeamter. Wir haben ein sehr freundschaftliches und wertschätzendes Verhältnis, und wir mögen uns auch sehr. Ich glaube, das liegt daran, dass wir so unterschiedliche Charaktere haben und uns da ergänzen. Ich werde, wenn ich Präsident bin, meine Parteimitgliedschaft zurücklegen und – genauso, wie ich das jetzt als Dritter Präsident des Nationalrats halte – ein streng überparteilicher Bundespräsident sein.

«Das Einzige, was die Österreicher und die Deutschen trennt, ist die gemeinsame Sprache.» Sprichwort

Was ist Ihre Vision von Österreich? Wohin sollte sich das Land entwickeln?

Meine Vision wäre ein Land mit einer niedrigen Steuerbelastung, mit starken Leitbetrieben, mit Klein- und Mittelbetrieben, die nicht durch Bürokratie belastet werden, mit einer geringen Arbeitslosigkeit, einem guten Bildungssystem, mit einer gesunden Umwelt, frei von Grüner Gentechnik – und ein Land, das in der Lage ist, seine erneuerbaren Energieschätze so zu nutzen, dass die Eigenproduktion dem Gesamtenergieverbrauch entspricht. Einer der wichtigsten Punkte ist die Einführung der direkten Demokratie nach dem Vorbild der Schweiz.

Wie würde Ihr Amtsverständnis aussehen?

Meine Sicherheitsleute haben schon graue Haare. Ich werde unangekündigt in einem Kaffeehaus, einem Park, auf der Straße auftauchen. Wir werden schauen, dass der Kontakt mit den Bürgern sehr eng bleibt – ganz ohne Abschottung. Was ich mir auch nicht nehmen lasse, ist der Sport, vor allem das Mountainbiken. Ich leiste in den restlichen Stunden des Arbeitstages wesentlich mehr, wenn ich eine Stunde lang – wenn möglich in der Natur – Kraft tanken kann. ■



Cop-Killer in Dallas

von Jürgen Elsässer

Ein Heckenschütze ermordete fünf Polizisten in Texas – in vielen Medien wird dies als Reaktion auf den Rassismus gegenüber Schwarzen in den USA dargestellt, der vor allem unter Uniformierten grassiere. Doch diesem Vorwurf widerspricht die Kriminalitätsstatistik.

Schreckensnacht in Dallas: Die Stadt, in der 1963 John F. Kennedy ermordet wurde, hat sich erneut in das kollektive Gedächtnis der Amerikaner eingebettet. Am Abend des 8. Juli erschoss ein Heckenschütze während einer Demonstration gegen Polizeigewalt fünf Beamte – weitere sieben wurden verletzt. Das war der höchste Blutzoll, den die Cops seit dem 11. September 2001 bezahlen mussten.

Micah Xavier Johnson, ein schwarzer Afghanistán-Veteran, begründete seine Tat explizit rassistisch: Er habe «Weiße, vor allem Polizisten» töten wollen. Außerdem sei er empört gewesen über die Brutalität der Ordnungshüter in den Vortagen: In Falcon Heights (Minnesota) und Baton Rouge (Louisiana) waren zwei Afroamerikaner bei Verkehrskontrollen getötet worden. Die Videos wurden im Internet millionenfach verbreitet.

Nach dem vorläufigen Abschluss der Untersuchungen wurde in allen Leitmedien die beruhigende Mitteilung verbreitet, dass es sich bei dem Heckenschützen um einen Einzeltäter gehandelt habe. Doch dazu passt nicht, was am Morgen nach der Schreckensnacht über weitere Bewaffnete gemeldet wurde: «Gegen 22.30 Uhr gelang es Polizisten, einen Verdächtigen in Gewahrsam zu nehmen, nachdem er sich eine Schießerei

rei mit Spezialeinheiten der Polizei geliefert hatte. (...) Später in der Nacht kam es abermals zu einer Schießerei rund um ein Parkhaus (...), wo sich ein Mann verschanzt hatte und auf die Polizisten schoss.» (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.7.2016)

Alles Rassismus?

In deutschen Medien ist die These verbreitet, dass die Schuldigen an der Gewalteskalation in den USA bei der Staatsmacht zu suchen seien. «Polizeigewalt an schwarzen Menschen erreicht einen Höchststand», titelte *zeit.de* schon zu Jahresanfang. Nach dem Massenmord von Dallas konnte man auf der Website des *Bayerischen Rundfunks* lesen: «Der verdrängte Rassismus / Weiße Polizisten erschießen unbewaffnete Schwarze – und bleiben meist straffrei.» Tatsächlich ist der Rassismus-Vorwurf nur in Einzelfällen zutreffend. Legt man statistische Gesamtdaten zugrunde, ergibt sich ein anderes Bild.

Aus der Übersicht des FBI für das Jahr 2014 (2015 ist noch nicht verfügbar) geht hervor, dass von 2.451 getöteten Schwarzen über 90 Prozent (2.205) Opfer von ihresgleichen wurden. Nur 187 starben durch die Hand von Weißen, das entspricht etwa sieben Pro-

Nach Beginn des Angriffs um 20:58 Uhr zählten Reporter vor Ort 50 bis 75 Schüsse. Die meisten wurden vom Heckenschützen abgefeuert. Foto: picture alliance / AP Photo

2014 wurden mehr als doppelt so viele Weiße von Schwarzen getötet wie umgekehrt.

Blue Lives Matter

Nach den Todesschüssen von Ferguson im August 2014 bildete sich die landesweite Bewegung Black Lives Matter (etwa: Schwarzes Leben ist wertvoll). Kern ist eine radikale Black-Power-Struktur, die auch schon mit dem Slogan «Wir wollen tote Cops» durch die Straßen zog und angeblich, beginnend mit Massenprotesten bei den Parteitagen von Demokraten und Republikanern Ende Juli, einen «Summer of Chaos» plant.

Rückenwind erhalten die vermeintlichen Bürgerrechtlern durch Facebook – seit Anfang Juli zierte die Firmenzentrale im kalifornischen Menlo Park ein gigantisches Transparent mit dem BLM-Spruch – und durch die demokratische Präsidentschaftsbewerberin Hillary Clinton, die sich bereits im Juli 2015 öffentlich zu Black Lives Matter bekannt hat. Unlängst unterstellte sie der Mehrheitsgesellschaft Rassismus: «Weiße Amerikaner müssen besser zuhören, wenn Afroamerikaner über die sichtbaren und unsichtbaren Barrieren reden, denen man täglich begegnet», twitterte sie nach den Todesschüssen in Minnesota und Louisiana.

Im Gedenken an die getöteten Beamten hat sich die Bewegung Blue Lives Matter formiert – eine Anspielung auf die blauen Polizeiuniformen. Sie erfreut sich jedoch keiner vergleichbaren Unterstützung aus Politik und Massenmedien.

Bild oben: Bei Protesten gegen angeblich rassistische Polizeigewalt – wie hier am 24. November 2014 in Oakland – kommt es immer wieder zu gewalttätigen Krawallen.

Foto: picture alliance / AP Photo



zent. Umgekehrt wurden im selben Jahr knapp 15 Prozent der weißen Opfer von Schwarzen ermordet (446 von 3.021). Mit anderen Worten: Mehr als doppelt so viele Weiße wurden von Schwarzen getötet wie umgekehrt – und das, obwohl die Schwarzen nur 13 Prozent, die Weißen dagegen 62 Prozent der US-Gesamtbevölkerung ausmachen.

Schwieriger wird es, wenn man nur jene Toten untersucht, die auf das Konto der Staatsmacht gehen, denn die 18.000 Polizeiwachen sind nicht verpflichtet, den Tathergang zu dokumentieren, geschweige denn die Hautfarbe der Opfer. Die FBI-Statistik nennt also nur die nackte Zahl: 444 Todesschüsse im Jahr 2014. Zum Vergleich: In Deutschland waren es im selben Jahr sieben. In die Leerstelle der amtlichen Erhebung stößen mittlerweile private Datensammler. So hat der britische *Guardian*, etwa mit der linksliberalen *Frankfurter Rundschau* vergleichbar, für das Jahr 2015 ermittelt, dass die Cops 1.134 Menschen (also fast das Dreifache der Zahl in der FBI-Statistik für 2014!) getötet haben, darunter 577 Weiße und 300 Schwarze. Die *Zeit* fasst pointiert zusammen: «Junge schwarze Männer werden in den USA fünf Mal so oft von Polizisten erschossen wie junge weiße Männer.» Doch man kann dieselben Zahlen auch entgegengesetzt interpretieren: «Cops töteten im Jahr 2015 fast doppelt so viele Weiße wie Schwarze», lautete die Schlagzeile auf dem polizeifreundlichen Portal *dailywire.com*.



«Bürgerkrieg» titelt die größte Boulevardzeitung der USA. Foto: New York Post

Noch viel dringender wäre zu klären: Entspringt der überproportionale Schusswaffeneinsatz gegen Schwarze rassistischer Willkür – oder ist er bloß eine Reaktion auf die Gewalt, die von diesen ausgeübt wird? Die Publizistin Heather Mac Donald – eine gemäßigte Anhängerin der Republikaner, die Hassattacken auf Präsident Barack Obama ablehnt – schrieb im *Wall Street Journal*, dass bei 62 Prozent der Raubüberfälle, 57 Prozent der Morde und 45 Prozent der gewalttätigen Angriffe die Angeklagten schwarz seien. Allein in New York begingen sie 75 Prozent der Angriffe mit Schusswaffen und 66 Prozent aller gewalttätigen Delikte.

Ein besonders schwerwiegendes Argument der selbsternannten Antirassisten ist, dass die Polizei immer wieder auf unbewaffnete Farbige feuere. Mac Donald hat die Fälle der – neben 31 Weißen! – auf diese Weise zu Tode gekommen 36 Afroamerikaner genauer untersucht: Mindestens zwei waren – als Passanten, die nicht von der Polizei behelligt wurden – durch Querschläger getötet worden, mindestens fünf hatten vorher versucht, dem Polizisten seine Dienstwaffe zu entwenden. Dazu gehörte demnach auch Michael Brown, dessen Erschießung am 9. August 2014 in Ferguson zu tagelangen Unruhen im ganzen Land geführt hatte.

Der Ferguson-Effekt

Nach Ferguson geriet die Polizei überall in den USA in die Defensive und fuhr aus Angst vor der Rassismus-Keule ihre Einsätze zurück. So entstanden oder vergrößerten sich vor allem in den Millionenmetropolen Freiräume für Kriminelle: Die Zahl der Morde ist 2015 in den 50 größten Städten der USA um 17 Prozent gestiegen.

Besonders dramatisch ist die Lage in Chicago. In den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres wurde alle zweieinhalb Stunden jemand angeschossen, alle 14 Stunden jemand ermordet – das war eine Zunahme von 53 beziehungsweise 30 Prozent gegenüber dem ohnedies schon blutigen Vorjahr. Die meisten Toten gehen auf das Konto von Straßenbanden, die sich vor allem in den schwarzen Vierteln gebildet haben. Mac Donald sieht die Ursache darin, dass dort 80 Prozent der Väter ihre Familien verlassen und die Kinder dann bei den Müttern zurückbleiben: «Diese Lücke füllen die Gangs aus.» Das Problem gibt es zwar schon lange, wurde aber bisher durch Polizeipräsenz in den verwahrlosten Vierteln eingedämmt. Seit Jahresanfang 2016 aber haben sich die Beamten weitgehend zurückgezogen, weil sie durch ein Abkommen der Stadt mit der mächtigen Bürgerrechtsbewegung ACLU gezwungen sind, bei jeder Personenkontrolle ein Protokoll mit 70 Informationsfeldern auszufüllen – ein Aufwand, der im Schnitt eine halbe Stunde in Anspruch nimmt. «Wenn nicht endlich etwas passiert, erleben wir diesen Sommer ein Blutbad», erklärte ein Bürger gegenüber der *New York Times*. ■

In Chicago gibt es im laufenden Jahr 30 Prozent mehr Morde als 2015.

Unabhängig davon stellt sich die Frage: Sind es tatsächlich mehrheitlich weiße Beamte, die auf Farbige feuern? Aus einer Untersuchung des US-Justizministeriums ergibt sich das Gegenteil, zumindest in Bezug auf das Jahr 2015 in Philadelphia: Demnach sollen schwarze Polizisten 3,3-mal häufiger Schusswaffen eingesetzt haben als Kollegen mit anderer Hautfarbe.

Das Schweigen der Lämmer

von David Berger

Nach dem Terroranschlag in einem schwulen Nachtclub in Orlando werden homosexuelle Stimmen zum Schweigen gebracht, die auf den islamischen Hintergrund des Verbrechens hinweisen. Unser Autor kämpft schon seit Jahren gegen die Kapitulation vor dem Fundamentalismus in der Szene – sehr zum Ärger der Funktionäre, aber bei wachsender Zustimmung der Betroffenen.

Schon kurz nachdem in den USA die ersten Berichte über das Massaker von Orlando die Runde gemacht hatten, erreichten mich zahlreiche persönliche Nachrichten. Eine von einem Kollegen lautete: «Wir beide haben immer davor gewarnt & wurden dafür gemobbt – aber dass es so schlimm kommen würde, haben nicht einmal wir erwartet.»

Erinnerungen aus den letzten Jahren wurden wach, an jene ersten Tage im neuen Job, als ich 2013 vom ehemaligen Vatikanprofessor zum Chefredakteur des Schwulenmagazins *Männer* wurde – und Leser mich immer wieder fragten, ob es nun nicht an der Zeit sei, den tödlichen Homohass im Islam stärker ins Visier zu nehmen, statt immer wieder jenen der katholischen Kirche zu kritisieren. Vorsichtig wagte ich den Versuch mit einem Schwerpunkttheft zu Islam und Homosexualität. Noch bevor es überhaupt erschienen war, gab es innerhalb der links-grünen Homoszene enorme Aufregung. Ein Mitarbeiter des Blogs *queer.de* beschimpfte mich als islamophoben Rassisten, das Magazin als «schwulen Stürmer». Gleichzeitig schrieben mir zahlreiche Betroffene, die aus deutschen

Großstädten über Gewalterfahrungen durch Männer mit muslimischem Migrationshintergrund klagten. Sie betonten gleichzeitig immer, dass man bei den einschlägigen Hilfsstellen oder Homo-Medien, an die man sich gewandt habe, immer nur daran interessiert war, die Angaben über den kulturell-religiösen Migrationshintergrund möglichst tief unter den lukrativen rosa Teppich zu kehren.

Ab diesem Zeitpunkt galt ich in der ganz von links-grünen Ideologien und deren Vertretern bestimmten Homosexuellenszene in Deutschland als «rechtspopulistisch» und «islamophob». Verschwörungstheoretisch angehauchte Zeitgenossen, wie der ehemalige *The European*-Kolumnist Wolfgang Brosche, argwöhnten gar, ich sei als eine Art katholischer James Bond vom Papst in die Homoszene eingeschleust worden, um dort einen Kreuzzug gegen den Islam zu führen. Bald darauf warnte mich auch der Herausgeber der *Huffington Post*, der frühere ZDF-Morgenmagazin-Moderator Cherno Jobatey, in einem persönlichen Telefongespräch, diesen Eindruck durch islamkritische Artikel aus meiner Feder entstehen zu lassen.

Auf «queer.de» wurde Bergers Magazin als «schwuler Stürmer» beschimpft.

In zehn moslemischen Staaten wird Homosexualität mit dem Tode bestraft. Hier zeigen Moslems in Indonesien am 23. Februar 2016, was sie von Schwulen und Lesben halten. Foto: AFP/Getty Images



Jetzt testen!

Wer bringt den bissigsten Wochenrückblick Deutschlands?

Bestellen Sie jetzt 4 Wochen kostenlos zur Probe unter 040-41400842
oder vertrieb@preussische-allgemeine.de. Der Bezug endet automatisch.



Preußische Allgemeine Zeitung.
Die Wochenzeitung für Deutschland.



Gedenken an die Opfer des Orlando-Massakers.

Foto: picture alliance / AP Photo

Ab da war es in der Homoszene beschlossene Sache: Der islamkritische Berger muss weg. Mit Pauken und Trompeten kündigte schließlich die finanzstarke Deutsche Aidshilfe im November 2014 an, dass man in *Männer* keine Werbeanzeigen mehr schalten werde – so lange dort ein «islamphober Rechtspopulist» Chefredakteur sei. Islamkritik stünde nämlich im «Widerspruch zu den Grundsätzen der HIV-Prävention in Deutschland». Kurz darauf wurde mir von meinem Chef jede Äußerung zum Islam bis auf Widerruf verboten. Trotz Zureden von Kollegen aus dem Verlag verbot mir mein Gewissen, mich an diese Weisung zu halten. Anfang Februar 2015 erfolgte dann die Entlassung als Chefredakteur.

In Talkshows wurde Berger nur eingeladen, solange er die Kirche kritisierte – und nicht den Islam.

Der Rauswurf verschaffte mir ganz neue Freiheiten, über Dinge zu schreiben, die ich bisher aus strategischen Gründen verschwiegen hatte. Nun unterzog ich den Homohass im Islam einer ähnlichen Kritik, wie ich die Homophobie in der katholischen Kirche seit 2010 an den Pranger gestellt hatte. Während es jedoch vorher kaum eine Talkshow im öffentlich-rechtlichen Fernsehen gab, zu der ich nicht als schwuler Kirchen- und Papstkritiker eingeladen worden war, wurde im Frühjahr 2016 der Versuch eines HR-Redakteurs, mit mir ein TV-Interview für eine ARD-Produktion zum Thema

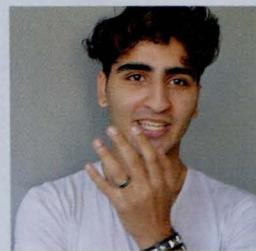
«Islam und Homosexualität» aufzuzeichnen, bereits im Vorfeld gestoppt: «Hetz» wolle man keine Bühne geben. Die Absage kam interesserweise aus dem gleichen Umfeld, in dem man mich vor nicht allzu langer Zeit vor TV-Auftritten mit einem süffisanten Lächeln darauf hingewiesen hatte, dass es sich um eine Livesendung handle und man daher meine Aussagen zu einem Schwulsein und der Homophobie des Papstes nicht nachträglich «herausschneiden» könne.

Nebelkerzen nach Orlando

Wenige Wochen nach der Absage des ARD-Interviews brach dann das herein, wovor schwule «Islamophobe» seit Jahren gewarnt hatten: Die Schreckensnacht von Orlando, in der der afghanischstämmige Moslem Omar Mir Seddique Mateen in einem Gay-Club 49 Personen erschoss und 53 weitere Menschen teilweise lebensgefährlich verletzte. Was schockierte, waren die Reaktionen von Schwulen und Lesben in aller Welt, die zum großen Teil von einer Mischung aus Masochismus und Stockholm-Syndrom geprägt waren. Ohne sich angesichts der ermordeten Brüder und Schwestern irgendwie zu schämen, übernahm man das Schweigen Barack Obamas zum Islam als treibende Kraft des Massenmordes und stürzte sich – neben Selbstmitleidsbekundungen – in Diskussionen über die Waffengesetze der USA. Auch die inzwischen vom FBI dementierte Vermutung, Mateen könnte selbst schwul gewesen sein und habe aus Hass auf seine nicht akzeptierte sexuelle Orientierung gehandelt, sollte vom Islam ablenken.

In Deutschland eröffnete der Homo-Journalist Stefan Mielchen auf *Stern Online* einen Nebenkriegsschauplatz, der wie gemacht war für die zum Beleidigtsein neigenden queeren Shitstormbürger: «Angela

Ein Beispiel aus Berlin



Nachdem ich 2013 eine Sondernummer des Magazins *Männer* zum Thema «Islam und Sexualität» gemacht hatte, meldete sich Nasser bei mir, dessen Fall ich in der Folge bekannt machen konnte: Als der heute 19-Jährige vor vier Jahren in seiner streng muslimischen Familie als schwul geoutet wurde, übergoss ihn sein Onkel mit Benzin und wollte ihn anzünden, sein Vater ihn unter dem Ruf «Allahu akbar» töten. Schließlich sollte er in den Libanon entführt und dort zwangsverheiratet werden. Die Eltern flogen an der rumänischen Grenze auf, ihnen wurde das Sorgerecht für den Sohn entzogen. Im März 2015 kam es zum Prozess gegen die Eltern in Berlin – mit überraschendem Ausgang: Die Angeklagten kamen einfach nicht zum Gerichtstermin und wurden lediglich zu einer Strafzahlung von 90 Tagesätzen à 15 Euro verurteilt. Nasser leidet nach wie vor unter der Verachtung, die ihm seine Nächsten entgegenbringen: «Nach allem, was passiert ist, ist es immer noch meine Familie», sagte er nach dem Prozess deprimiert den Journalisten. (David Berger)

«Ich bin kein Mensch, der sich versteckt» – Nasser über sich selbst.
Foto: David Berger



Der Attentäter Omar Mateen.
Foto: picture alliance/AP Photo



Bunt aber einfältig: Nach jedem Anschlag wird das Brandenburger Tor in Berlin reflexhaft in den Farben der Opfer angestrahlt. Nach dem Massaker von Orlando war es die Regenbogenfarbe. Die Hintergründe des Blutbades blieben hingegen weitgehend ausgeblendet.

Foto: picture alliance / dpa

Merkel trauert um die Opfer vor Orlando. Mit keinem Wort erwähnt sie jedoch, dass es sich bei den Toten um Lesben und Schwule handelte. Diese Ignoranz ist erbärmlich. Und sie tut weh.» Damit ist eigentlich schon alles gesagt, was den Artikel inhaltlich ausmacht – außer vielleicht die Tatsache, dass der Islam in dem Beitrag nicht vorkommt, stattdessen aber das Christentum anspielungsweise zum Täter gemacht wird: «Eine Geste, ein Zeichen der Empathie in Richtung der Homosexuellen ist offenbar zu viel für eine christliche Politikerin.»

Der schwule Mainstream diskutiert lieber über die US-Waffengesetze als über den Islam.

Der Coup funktionierte: Im ganzen Land erregten sich nun Homosexuelle in den sozialen Netzwerken über die «christliche» Kanzlerin – und vergaßen dabei komplett, worum es eigentlich ursprünglich gegangen war. Der jede Verhältnismäßigkeit verlierende Spruch «Die Katholiken sind auch nicht besser» machte die Runde. Bisweilen gewann man aufgrund der ausgesprochenen Gewaltdrohungen und Beleidigungen gegenüber Merkel den Eindruck, sie selbst sei mit christlichen Kreuzrittern aus der Union durch den Gay-Club in Orlando gezogen, um dort alle Schwulen niederzuschießen. «Gut-Homos» wie Volker Beck oder die Verantwortlichen des Überfalltelefons Maneo

David Berger (* 1968) ist ein katholischer Theologe, Publizist und Philosoph. Von 2003 bis 2010 war er Professor an der Päpstlichen Thomas-Akademie im Vatikan. Nach seinem Coming-Out 2010 kam es zu Konflikten mit der Kirche, die zu seinem Austritt führten. Berger, der sich weiterhin als Katholik versteht, schrieb auch für «Taz», «Zeit», «Huffington Post», «Cicero» und «Vice». Von 2013 bis zu seiner Entlassung im Februar 2015 wirkte er als Chefredakteur der Schwulen-Monatszeitschrift «Männer». Viele seiner Beiträge finden sich auf seinem Blog «philosophia-perennis.com».

sahen ihre Stunde gekommen, wie Rohrspatzen über die Kanzlerin zu schimpfen: Man suggerierte, an Hassgewalt sei vor allem die CDU schuld, weil sie «Gleichberechtigung versage und so Ausgrenzung, Abwertung und Diskriminierung fördere».

Origineller war nur noch die Berliner Filiale des Lesben- und Schwulenverbandes Deutschlands. Das von diesem Verein eröffnete Ablenkungsmanöver war die Beleuchtung des Brandenburger Tors in Regenbogenfarben. Die damit verbundenen technischen Schwierigkeiten wurden provinziell zur Staatskrise hochgespielt, erfüllten aber ebenfalls perfekt die Funktion, Empörungseraktionen auszulösen, ohne den Islam zu thematisieren. Im vergleichenden Bild gesprochen: Die Brandstifter konnten sich zünftig über den Scheuklappenblick der Hausfrauen freuen, die sich alleine Sorgen um den Hochglanz ihres Parketts machten, während bereits das ganze Haus brannte.

Zensur gegen schwule Islamkritiker

Manche begnügten sich allerdings nicht mit Aufrufen zum Parkettbohnen, sondern gingen in ihrem pathologischen Masochismus so weit, auch noch die Feuerwehrleute wegzusperren. Auffälligerweise wurden innerhalb weniger Tage nach Orlando fast alle für ihre Islamkritik bekannten schwulen Journalisten aus den sozialen Netzwerken, allen voran *Facebook*, ausgesperrt. Der weltweit erfolgreichste schwule Journalist, Milo Yiannopoulos, hatte kurz nach Orlando getwittert: «As a gay person, the scariest words you will ever hear are "Allahu akbar"». («Für einen Schwulen sind die furchteinflößendsten Worte, die Du je hören wirst, "Allahu akbar".») Der Satz wurde tausende Male retwittet und geteilt, woraufhin der Account von Yiannopoulos geblockt und der Tweet gelöscht wurde. Kurz danach wurde auch sein Profil bei *Facebook* gesperrt. Ähnlich erging es auch anderen schwulen Journalisten und dem Verfasser dieser Zeilen, der in einem Beitrag den islamophilen Homoaktivisten zugerufen hatte: «Ihr seid nicht Orlando!» Ein homosexueller Damendarsteller, der als Veranstalter und Moderator des Berliner Orlando-Gedenkens am Brandenburger Tor auftrat, brüstete sich damit, dass er den erfolgreichen Denunciationssturm zur «Sperrung der Bergerette» auf *Facebook* initiiert habe.

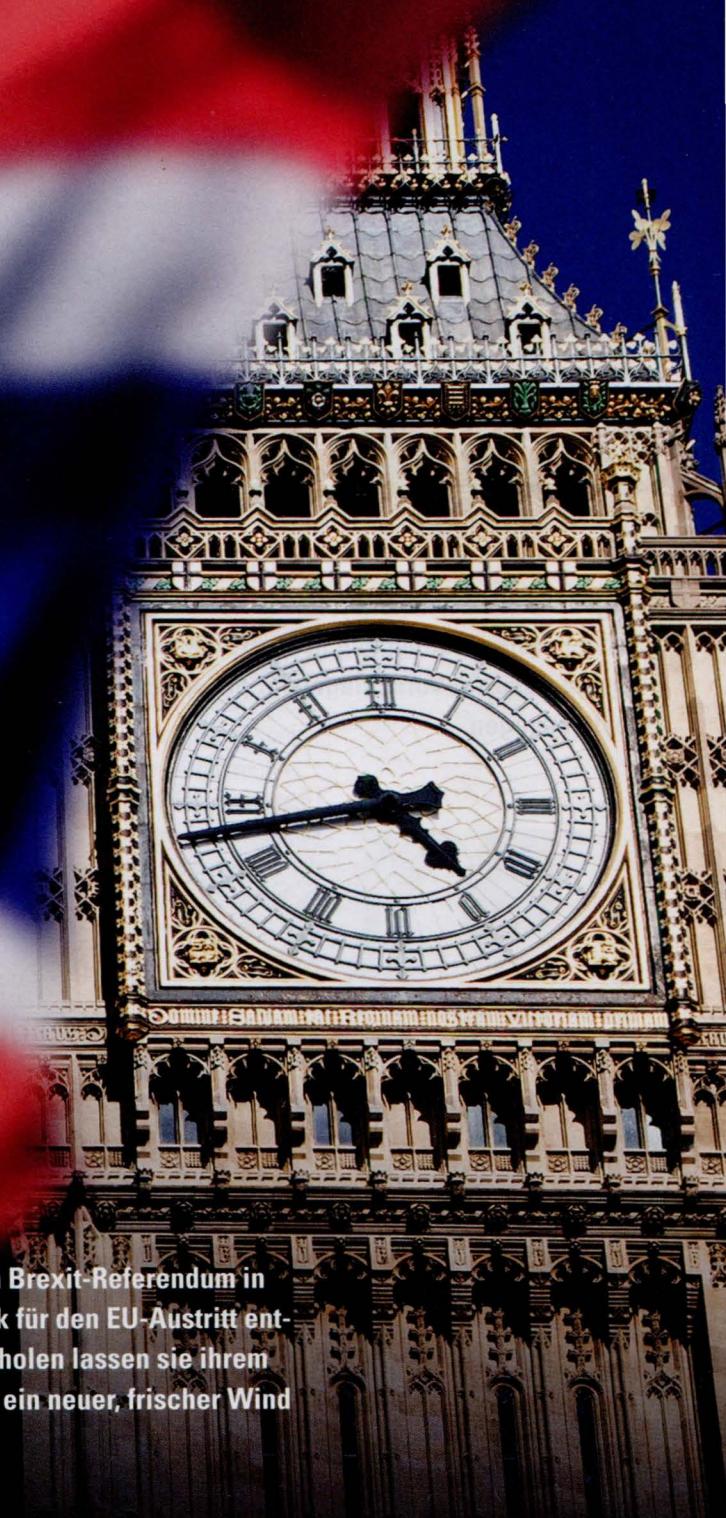
Das geschilderte Verhalten zeigt eine angesichts des islamischen Terrors komplett überforderte Gesellschaft. Donald Trump wird deshalb mit seiner Prophezeiung Recht behalten, dass Orlando nur der Anfang war. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis wir auch in Deutschland einen solchen Terroranschlag erleben werden. Manch böser Leser wird jetzt in seinen Bart murmeln, dass es die Homosexuellen nicht anders verdient haben. Das ärgert mich und macht mir Angst, aber ich weiß nicht, was ich – angesichts des Ausgefährten – darauf glaubhaft erwidern könnte. ■

Dossier

Seite 40–46

Nach dem Brexit

«In isch in und out isch out», sagte Wolfgang Schäuble vor dem Brexit-Referendum in seinem badischen Idiom. Doch nachdem sich das britische Volk für den EU-Austritt entschieden hat, sind den Eurokraten die Späße vergangen: Unverholen lassen sie ihrem Hass auf die Demokratie freien Lauf. Auf der Insel jedoch weht ein neuer, frischer Wind – bis in die regierende Konservative Partei hinein.





Das Volk, der Feind

von Martin Müller-Mertens

Folgt dem Brexit nun ein Exit der Rest-EU aus der Demokratie? Seit der Volksabstimmung in Großbritannien überbietet sich die Lügenpresse mit Vorschlägen für die Abschaffung von Wahlen und Abstimmungen.

Kaum hatten sich die Briten am 23. Juni für ihre Unabhängigkeit entschieden, sausten die publizistischen Holzhämmer des deutschen Mainstreams nieder. Nicht etwa die Allmachtsallüren des Brüsseler Molochs seien der Grund für den Liebesentzug der Briten. Schuld hätten vielmehr alte Männer, dumme Weiße: Das Volk ist der Feind.

«Auffälligen Männern ab 65 wird europaweit das Wahlrecht entzogen.»

Sergej Lochthofen

Selten rollte die Lawine der Hass-Kommentare so ungebremst: Für den Publizisten Sergej Lochthofen – lange Jahre Chefredakteur der *Thüringer Allgemeinen*, häufiger Gast im ARD-Presseclub – waren es die «Wut-Alten», die Großbritannien ins Unglück stürzten. «Nationalisten, Rassisten, Antisemiten und sonstige Patrioten, sie alle haben dank der alten, unzufriedenen Männer Konjunktur.» Daher gebe es nur eine Lösung: «Auffälligen Männern ab 65 wird europaweit das Wahlrecht entzogen.» Auch der *Spiegel*-Ableger *bento* gefiel sich im Rentner-Bashing: «Liebe Generation Rollator, macht mir mein Europa nicht kaputt.»

Es blieb nicht bei der Schelte gegen «dumme weiße Männer» (Taz). Dass die Schicksalsfrage der EU-Mitgliedschaft überhaupt Wähler in hoher Zahl an die Urnen brachte, monierte der *Deutschlandfunk*: «In vie-

Von wegen, Britanniens Jugend liebt die EU: Junge Londoner nach der Auszählung des Brexit-Referendums. Foto: picture alliance/dpa

len Gegenden Nordenglands hatten bei diesem Referendum Menschen abgestimmt, die schon seit Thatchers Zeiten nicht mehr zur Wahl gegangen waren.» Die Leser des Magazins *Jetzt* erhielten ihre ideologische Klarheit durch ein Interview mit dem Trierer Politologen Markus Linden: «Forschungen ergeben, dass die direkte Demokratie oft dazu tendiert, gegen benachteiligte Bevölkerungsschichten zu wirken, besonders gegen kulturelle Minderheiten.»

Zusatzstimmen für Migranten

Schnell stand die Demokratie insgesamt unter dem Verdikt der Europafeindlichkeit – und damit zur Disposition. «Volksabstimmungsfans vom Schläge Farange [sic], Johnson, Wilders, Le Pen und Petry sind keine Reformer, sondern Zerstörer», dröhnte die *Zeit*. Die langjährige Taz-Edelfeder Bettina Gaus betonte nun, «dass Volksbefragungen nicht das Hochamt der Demokratie sind». Am deutlichsten wurde *Spiegel*-Kolumnist Georg Diez: «Der Brexit etwa – und auch die österreichische Präsidentenwahl, die nun wiederholt wird – hat gezeigt, zu welch bizarren Ergebnissen und Verwerfungen es führen kann, wenn die Mehrheit entscheidet.»

Selten schrieben sich Deutschlands Hofjournalisten ihren kaum noch latenten Hass auf das Volk derber von der kosmopolitischen Seele als in den Tagen nach der britischen Entscheidung. Doch sind das nur Schmähgesänge schnappatmender Lohnschreiber? Oder bereitet

die mediale Elite einer tatsächlichen Entdemokratisierungsoffensive publizistisch den Boden? «Ein Drittel der Wähler ist bald 60. Da besteht die Gefahr, dass sich Politik zu stark nach deren Interessen richtet», erklärte etwa der CDU-Politiker und Finanzstaatssekretär Jens Spahn in der *Welt am Sonntag*. Zugleich brachte er erneut ein Familienwahlrecht ins Gespräch. Auch Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) plädiert schon länger für eine entsprechende Neuregelung. Demnach würde jeweils ein Elternteil eine zusätzliche Stimme pro minderjährigem Kind erhalten. 2003 und 2008 waren entsprechende Anträge noch im Bundestag gescheitert. Der Effekt der Zusatzstimmen: Insbesondere die kinderreichen Familien der muslimischen Migrantenmilieus und links-grünen Bionade-Bourgeoisie würden ihren Einfluss schlagartig ausbauen.

«Vielleicht ist es Zeit für ein EU-Verbot von Referenden.» Fraser Cameron

Auch die weitere Eindämmung der direkten Demokratie steht auf der Agenda der Politik. Eine Stunde und 29 Minuten, nachdem Großbritanniens Wahlleitung das Ergebnis bekanntgegeben hatte, stellte Volker Kauder klar: «In Deutschland wäre eine solche Entscheidung nicht möglich.» Damit steht der Fraktionsvorsitzende der Union im Bundestag gegen das Grundgesetz, in dem eindeutig festgeschrieben ist: «Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen (...) ausgeübt.» (Artikel 20,2) Während das Wahlrecht jedoch durch ein Ausführungsgesetz geregelt ist, fehlt eine solche Bestimmung für bundesweite Abstimmungen – und ist auch nicht in Sicht. So standen Referenden auf nationaler Ebene 2013 noch im Wahlprogramm der SPD. Nun erklärte Partei-Vize Ralf Stegner, Volksabstimmungen einzuführen habe «keine Aktualität und ist momentan nicht unsere Absicht».

EU-Geld für Referendums-Feinde

Bereits im April lancierte die Denkfabrik EurActiv einen programmatischen Beitrag gegen direkte Demokratie. «Vielleicht ist es Zeit für ein EU-Verbot von Referenden», urteilte Autor Fraser Cameron, ein ehemaliger Berater der EU-Kommission. Dabei ist EurActiv nicht irgendeine der unzähligen Lobbyvereinigungen und Nichtregierungsorganisationen im Dunstkreis der EU-Zentrale. «EurActiv genießt die breite Unterstützung von Politikern, NGOs und der Presse und nimmt innerhalb der „Gemeinschaft der EU-Akteure“ eine zentrale Stellung ein», schreibt die Denkfabrik über sich selbst. 2015 erhielt sie nach Angaben des EU-Lobbyregisters 59.600 Euro «von EU-Organen». Leiter von EurActiv sind Christophe Leclercq, nach Angaben von Blogactiv ein früherer «Offizieller der EU-Kommis-

sion», sowie Joao Diogo Pinto, Chef der EU-föderalistischen Europäischen Bewegung International und Mitglied der einflussreichen Spinelli-Gruppe.

Resonanz findet die Forderung nach einem Verbot direkter Demokratie auch im EU-Parlament. Insbesondere die Grünen-Fraktionsvorsitzende Rebecca Harms reagierte nach dem Votum der Holländer gegen den EU-Assoziierungsvertrag mit der Ukraine im April aufgescheucht. «Volksabstimmungen, die so angelegt sind wie jene in den Niederlanden, können die EU in ihrem Bestand gefährden», diktete sie dem *Kölner Stadtanzeiger*. Auch der österreichische EU-Abgeordnete Othmar Karas pflichtete der Attacke bei. «Nationale Referenden über EU-Beschlüsse sind eine Flucht aus der Verantwortung, ein Zeichen von Schwäche», so der ÖVP-Politiker.

Nicht zu erwarten ist, dass Brüssel nach dem Brexit seinen Zentralisierungskurs auch nur verlangsamt. Im Gegenteil: Als Konsequenz des britischen Votums müsste man die Union «vertiefen», verlangt etwa der einflussreiche EU-Abgeordnete Elmar Brok (CDU). Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD) träumte in einem Gastbeitrag für die FAZ zudem davon, die Kommission zu «einer echten europäischen Regierung» umzubauen – eine Reform, die vor allem die Nationalstaaten weiter entmachten würde. Denn die neue Regierung würde der parlamentarischen Kontrolle des Europaparlaments und einer zweiten Kammer, bestehend aus Vertretern der Mitgliedstaaten, unterworfen. Statt dem bisher zumeist geltenden Prinzip der Einstimmigkeit würde künftig die Mehrheit der Abgeordneten genügen. Selbst die Taz fragte: «Will er [Schulz] König von Europa werden?» ■

Rückkehr in die EFTA?

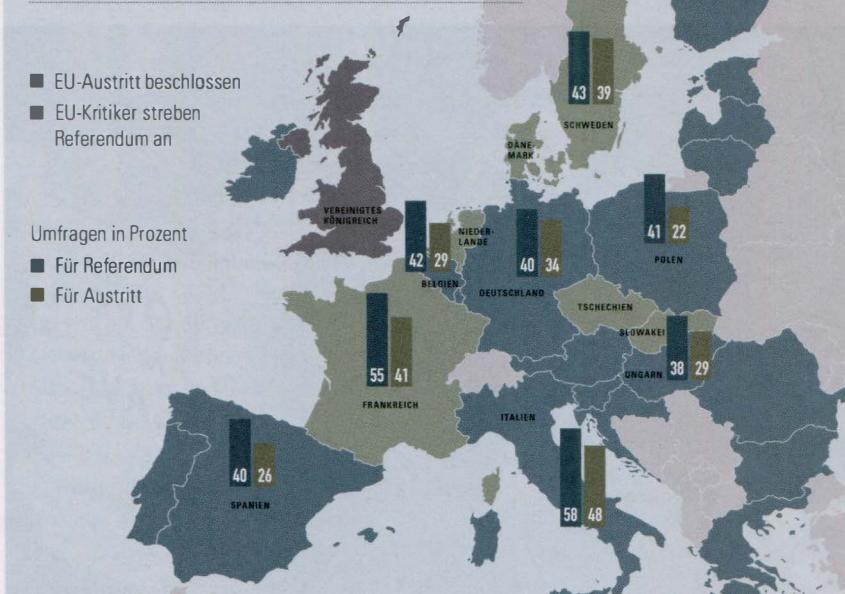
EFTA



Vom EU-Austritt Großbritanniens könnte eine weitgehend vergessene Organisation profitieren: Die Europäische Freihandelsassoziation (EFTA). Auf dem Gipfeltreffen des aus Norwegen, der Schweiz, Island und Liechtenstein bestehenden Bündnisses Ende Juni war ein Beitritt Londons wichtigstes Gesprächsthema. Island, das seit Juli die EFTA-Präsidentschaft innehat, will sich nach Informationen der *Neuen Zürcher Zeitung* für eine Einladung der Briten stark machen. Das Vereinigte Königreich hatte der EFTA bereits zwischen 1960 und 1973 angehört.

Britische Briefmarke aus den 1960er Jahren, als das Land noch EFTA-Mitglied war. Foto: Harrison and Sons LTD, Repro COMPACT

Die Bürger Europas sind unzufrieden



Quellen: NZZ, Berenberg, Ipsos Mori, Pew Research Center

Grafik: COMPACT

«Ich will mein Leben zurück»

von Karel Meissner

Der Brexit war die Krönung seines Lebenswerks – und dann trat Nigel Farage völlig überraschend von der Bühne ab. Mittlerweile häufen sich die Indizien, dass sein Rückzug nicht freiwillig war, sondern mit Morddrohungen erzwungen wurde.



«Wir gewannen, ohne eine Patrone abzufeuern.» Ob Farages Gegner das auch planen?

Foto: The Independent

Der Chef der Liberaldemokraten, Tim Farron, gehört zum pro-EU-Lager. Foto: picture alliance / ZUMAPRESS.com

Er ist die Hassfigur des Establishments, auch in Deutschland: Die *Frankfurter Allgemeine* tituliert ihn als «Gentleman unter den Populisten», für die *Zeit* ist er einfach nur ein «Rassist», die *Bild*-Zeitung nannte ihn grob einen «Brex sack». Am 4. Juli konnten sie alle aufatmen: Nigel Farage trat als Vorsitzender der britischen Unabhängigkeitspartei UKIP zurück.

Farage hatte mit dem Referendum vom 23. Juni den Höhepunkt seiner politischen Karriere erreicht: 25 Jahre hatte es gebraucht, bis er – zu Margaret Thatchers Zeiten noch Mitglied der Tories – die von ihm 1993 gegründete UKIP zu einem Machtfaktor in der Politik gemacht hatte. Als er 1998 ins Straßburger Parlament einzog, war er zunächst eine One-Man-Show – aber seine frechen Reden in Straßburg, millionenfach über *YouTube* verbreitet, machten ihn bald bekannt. Der Durchbruch kam im Mai 2014, als UKIP bei den Wahlen zum EU-Parlament mit 28 Prozent zur stärksten Kraft auf der Insel wurde. Doch im Folgejahr, beim Urnenangang für das immer noch viel entscheidendere britische Unterhaus, hatte es nur zu 12,6 Prozent gereicht. Aber ihre absolute Mehrheit hatten die Konservativen teuer erkauft – nämlich mit der Übernahme einer Forderung, die UKIP seit vielen Jahren immer wieder ins Zentrum gestellt hatte: Abhaltung einer Volksabstimmung über die EU-Mitgliedschaft. Als Cameron sein

Versprechen einlöste, kam Farage zurück ins Spiel: Seit Januar tourte er durchs Land, sprach auf Marktplätzen ebenso wie in TV-Gesprächsrunden. Der stets in feinem Tuch gewandete Krawatten- oder Schlipsträger hat den Vorteil, dass er im Unterschied zu vielen anderen Politikern auch eine volkstümliche Seite hat: Gerne geht er in Pubs und hat Spaß mit einfachen Leuten – eine Zigarette in der einen, ein Pint Bier in der anderen Hand.

Angst vor Attentaten

Der Rücktritt vom 4. Juli kam deswegen so Knall auf Fall, weil Farage in den Tagen zuvor kampfeslustig wie immer gewesen war. Noch am 28. Juni war er im Stile eines Praeceptor Europae im Straßburger Parlament aufgetreten und hatte den Abgeordneten, immer wieder von deren Wutgeheul und Zwischenrufen unterbrochen, vorgehalten, dass «fast niemand» von ihnen «je einem vernünftigen Job» nachgegangen sei.

Farares Schlüsselsatz in der kaum achtminütigen Pressekonferenz zu seiner Demission war: «Während der Referendumskampagne sagte ich: Ich will mein Land zurück! Was ich jetzt sage, ist: Ich will mein Leben zurück!» Das wurde von den meisten Beobachtern mit seiner Aussage verknüpft, er wolle kein «Karrierepolitiker» werden und habe nun, mit dem Brexit, alles erreicht, wofür er immer gekämpft habe. Doch seine ernste Miene an diesem Tag will nicht zu dieser Lesart passen. Und auch die Worte nicht: Farage war Berufspolitiker, mit jeder Faser seines Seins, und das seit über zwei Jahrzehnten. Und plötzlich will er sein Privatleben entdeckt haben? Er sah doch in der Rücktrittserklärung selbst voraus, dass er und UKIP bald noch gebraucht werden könnten: «Wenn die Regierung jetzt [vom Brexit] zurückrudert und angesichts einer Labour-Partei, die sich von ihren Wählern entfernt hat, könnten die besten Tage von UKIP noch vor uns liegen.» Tatsächlich: Die UKIP hätte angesichts des Zerfalls der Altparteien die Chance, den nächsten Premier zu stellen, das wäre natürlich Farage...

«Brex sack kassiert weiter EU-Kohle!» «Bild» über Farage



Am nächsten Tag machten große Londoner Tageszeitungen mit einer anderen Interpretation von «Ich will mein Leben zurück» auf. «Nigel Farage exklusiv: Warum ich zurücktreten musste – Todesdrohungen forderten ihren Preis von UKIP-Führer», titelte beispiels-



weise der *Daily Express*. «Quellen in der UKIP sagen, dass Farage von einer ansteigenden Welle von Todesdrohungen verstört war, die seit dem Brexit-Votum dramatisch angestiegen war. (...) Ein Insider sagte, dass der UKIP-Führer in den vergangen Tagen gegenüber der Polizei von Drohungen berichtet hatte, die sich gegen seine Familie richteten.» In der *Daily Mail* konnte man lesen: «Er war sehr besorgt wegen der Todesdrohungen. Die haben ihn wirklich geschafft.» Das Blatt zitierte Twitter-Postings verschiedener Absender: «Einer muss Nigel Farage mit sofortiger Wirkung ermorden.» – «Ich werde jemanden bezahlen, damit er Nigel Farage erschießt.» Am 10. Juli berichtete die *Sunday Times*, dass es nicht bei bösen Worten geblieben war: «Verdächtige Angreifer waren bei mindestens zwei unterschiedlichen Gelegenheiten ergriffen worden, als sie sich mit Messern Zutritt zu Kundgebungen verschaffen wollten, an denen Farage während der Referendums-Kampagne teilnahm.» Außerdem habe es gegen seine Töchter, 11 und 16 Jahre alt, Drohungen gegeben, die von der Polizei als «glaubwürdig» eingeschätzt wurden. Der *Daily Mirror* titelte am selben Tag: «Nigel Farage enthüllt, dass er fürchtete, ermordet zu werden, und deshalb als UKIP-Führer zurücktrat».

Frühere Fälle

Bereits in der Vergangenheit war der Politiker in lebensgefährlichen Situationen gewesen. Im Mai 2010 war sein Kleinflugzeug aus 35 Meter Höhe abgestürzt – wie durch ein Wunder blieb er unverletzt. Fremdeinwirkung konnte nicht festgestellt werden – angeblich hatte sich die Aufhängung eines UKIP-Werbe-banners, das über den Himmel gezogen werden sollte, im Leitwerk der Maschine verheddert. Aber im Nach-

hinein bedrohte der damalige Pilot, ein gewisser Justin Adams, Farage und den Chefermittler zum Absturz insgesamt fünf Mal mit dem Tod und wurde schließlich dafür verurteilt. Farage selbst ging davon aus, dass der Mann infolge seiner Verletzungen bei dem Crash unter einer psychischen Störung litt.

«Ich werde jemanden bezahlen, damit er Nigel Farage erschießt.» Twitter-Orohung

Ernstzunehmender war ein Vorfall Ende Oktober 2015: Farage befand sich mit seinem Volvo auf dem Rückweg von Brüssel, als sich in der Nähe der französischen Hafenstadt Dünkirchen ein Rad von seinem Auto löste. Glücklicherweise durchfuhr er gerade mit geringer Geschwindigkeit eine Baustelle. Aber gerade an dieser Stelle hätte das Ganze auch übel enden können: Es gab bei eingeengter Fahrspur keinen Standstreifen, Farage konnte das Auto also nicht auf die Seite lenken. Vor den heranfahrenden LKWs musste er sich mit einem Sprung über eine Begrenzungsmauer in Sicherheit bringen. «Die französische Polizei schaute sich das Ganze an und sagte, dass sich durchaus schon einmal eine Radmutter an einem Reifen lösen könnte, aber nicht alle vier gleichzeitig», sagte Farage später gegenüber der *Daily Mail*.

Besonders bemerkenswert: Weder von diesem Ereignis noch von den aktuellen Todesdrohungen war in den deutschen Leitmedien zu lesen. ■

Nigel Farage am 28. Juni im EU-Parlament. Foto: picture alliance / AP Photo

Die Reaktion der Brexit-Verlierer

«Politiker in Deutschland und Europa reagieren mit Überraschung und Häme auf den Rückzug Nigel Farages vom Vorsitz der rechtspopulistischen UKIP-Partei. (...) Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn bezeichnete Farages Rücktritt als „sehr feige“. (...) Von den Grünen kam ebenfalls scharfe Kritik: Außenpolitiker Jürgen Trittin kritisierte Farages Rücktritt als Ausdruck „elitärer Verachtung“. (...) Grünen-Bundesvorsitzender Cem Özdemir stimmte ihm zu. „Wer sich auf die Populisten verlässt, ist verlassen“, schreibt er bei Twitter.» (faz.net, 4.7.2016)

— Karel Meissner lebt in Birmingham. In COMPACT-Spezial Nr. 10 «Islam – Gefahr für Europa» schrieb er über die Muslimbruderschaft.



Die Konservativen müssen zur Arbeiterpartei werden

von Fraser Nelson und James Forsyth

Die Tories können den Brexit nutzen, um sich neu zu erfinden. Dafür müssen sie über den langen Schatten einiger Traditionen springen und die Sorgen der Arbeiter und Armen endlich wieder ernst nehmen.

Boris Johnson – neben Nigel Farage das Gesicht des Brexit-Lagers – wurde Mitte Juli Außenminister.
Foto: picture alliance / empics

Wir durchleben gerade das intensivste politische Drama der jüngeren britischen Geschichte. Die Entscheidung, die Europäische Union zu verlassen, ist die größte Trotzhandlung gegen das Establishment seit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts. Sie hat Krisen in den drei populärsten politischen Parteien ausgelöst: bei Labour, den Konservativen und der UKIP (Unabhängigkeitspartei). Wie Tony Blair vielleicht gesagt hätte: Das Kaleidoskop wurde geschüttelt, und die Teilchen sind in Bewegung. Wir sind mitten in einer sehr britischen Revolution.

Der Brexit bringt Risiken mit sich – aber es tun sich auch Möglichkeiten auf, sollte die Regierung den richtigen Kurs einschlagen. Da die Labour-Partei nicht in einer Verfassung ist, in der sie Macht beanspruchen könnte, fällt die Verantwortung – und die Gelegenheit – den Tories zu.

Die Quittung für Labour

Tony Blairs marktwirtschaftliche Reformpolitik hat den Tories über Jahre hinweg den politischen Sauerstoff entzogen. Doch Labour ist kollabiert – oder gerade dabei zu kollabieren. Beim Brexit-Referendum hat ein Drittel ihrer Wähler gegen die Linie der Partei gestimmt. Statt aber nun über Wege nachzudenken, die eigenen Wähler wieder an sich zu binden, denken Labour-Abgeordnete ernsthaft über die Gründung einer kosmopolitischen pro-EU-Partei nach – sie wollen die Arbeiterklasse mit ihrer unzeitgemäßen Haltung hinter sich lassen. Der Versuch, den Parteivorsitzenden Jeremy Corbyn durch Massenrücktritte aus der ersten Reihe zu stürzen, war nur insofern erfolgreich, als dies die verzweifelte Notlage der Partei offen zur Schau stellte. Nie zuvor war Labour der Selbstzerstörung so nahe.

All das gibt den Konservativen eine einmalige Gelegenheit. Während der Referendums-Kampagne hatte man den Eindruck, Michael Gove und Boris Johnson [hochrangige Tories, die die Brexit-Kampagne unterstützten] hätten dies begriffen. Sie brauchten ein

Wir sind mitten in einer sehr britischen Revolution.



gen: Zwei Drittel derjenigen, die nie über das GSCE (General Certificate of Secondary Education, vergleichbar dem deutschen Realschulabschluss) hinauskamen, votierten für den Brexit. Viele von ihnen waren mittleren Alters und hatten mit ansehen müssen, wie die Sicherheit ihrer Jobs verschwand, während jene in den Chefetagen sich auf Globalisierung und Massenimmigration zuprosten.

Das EU-Lager verlor die Abstimmung, weil es zu vielen Menschen mit Verachtung begegnete. Es ist ein großer Fehler, ältere Niedriglohnarbeiter als Restposten der Geschichte zu betrachten. Die Verlierer der Globalisierung sind per Definition genauso zeitgemäß wie die Globalisierung selbst. Ihre Zahl wächst, ebenso wie ihr Unbehagen – was auch der Grund dafür ist, dass sie die Politik auf beiden Seiten des Atlantiks prägen. Sie hoffen auf den Nationalstaat, auf seine Hilfe, zumindest auf sein Verständnis. Eine Partei, die keine Botschaft für diese Menschen hat, ist eine Partei, deren Zeit abläuft.

Die Niedriglohnfalle

Was werden also die Konservativen sagen? Die Antwort des Bourgeois – Sympathie ausdrücken, Ungleichheit anprangern und eine bessere Zukunft versprechen – ist nicht ausreichend. Iain Duncan Smith [Arbeitsminister von 2010 bis 2016] hat gut daran getan, Menschen in Arbeit zu bringen, doch die nächste Aufgabe der Tories ist, sich mit dem Niedriglohnsektor zu befassen. Ein Nebeneffekt der Globalisierung sind steigende Löhne in der internationalen Industrie (besonders bei Dienstleistungen) und Stagnation in anderen Sektoren. Diese Entwicklung wird durch ein britisches Steuersystem verschlimmert, das zu vielen Bürger in einem komplizierten Netz von Lohnsubventionen und partiellen Zuschüssen hängt lässt, die ihnen manchmal bloß 23 Pennys von jedem Pfund, das sie verdienen, übrig lässt. Sie brauchen eine Partei, die gewillt ist, die Rechnung

neues Vokabular, sprachen von der Verteidigung des öffentlichen Gesundheitssystems (NHS-National Health Service) und über die Trennlinien zwischen denen, die von der Europäischen Union profitiert hatten und jenen, die nicht zu den Gewinnern gehörten. Dies war nicht der Konservatismus der 1980er Jahre, mit dem die beiden Männer aufgewachsen sind – doch die Botschaft kam an bei den Menschen, die normalerweise allergisch auf Tory-Politiker reagieren. Ihr Erfolg suggerierte, dass die Idee einer großen, modernen und nationalen Einheitskoalition der Konservativen nicht nur eine Phantasie ist.

Die Konservativen müssen Unge- rechtigkeit jetzt in all ihren Dimen- sionen betrachten.

Wie sich auch zuvor in Schottland [beim Unabhängigkeitsreferendum 2014] gezeigt hat, können Referenden eine politische Neuaustrichtung bewirken: Wähler lösen sich von ihren alten Parteien und öffnen sich für neue Angebote, die gut präsentiert sind. Das Brexit-Referendum war eines der wichtigsten Urteile, das jemals von einer britischen Wählerschaft gesprochen wurde. Viele stimmten zum ersten Mal ab, weil sie zum ersten Mal das Gefühl hatten, etwas verändern zu können. Nicht wenige wurden vom Bildungssystem betroffen.

Raus aus der EU!

Ergebnis des EU-Referendums in Prozent.



Die größten Volkswirt- schaften der EU

BIP in Milliarden Euro 2015

Deutschland	3.026
Großbritannien	2.569
Frankreich	2.184
Italien	1.636
Spanien	1.081

Quelle: FAZ Grafik: COMPACT



London Boulevardpresse stand hinter dem Brexit. Foto: Daily Mirror

So feiert das Volk. Foto: picture alliance / ZUMAPRESS.com



Eine kluge Einwanderungspolitik



Spektakuläre Angebote sollten gemacht werden, um die Diskriminierung von Nicht-EU-Bürgern zu beenden. Die aktuelle und verachtungswürdige Beschränkung, dass jeder Nicht-EU-Immigrant aus dem Land geworfen werden kann, wenn er nicht mindestens 35.000 Pfund im Jahr verdient, könnte abgeschafft werden. Hochspezialisierten Industrien sollte man sagen, dass sie einstellen können, wen sie wollen und von woher auch immer sie wollen. Was die Brexit-Unterstützer beunruhigt, ist das Gefühl mangelnder Kontrolle über die Immigration, nicht die Zahl oder die Herkunft von Wissenschaftlern in Cambridge oder Technikunternehmern in Manchester.

Theresa Mays Vorschlag, dass die zwei Millionen Europäer, die hier leben, als Pfand in Verhandlungen mit Brüssel genutzt werden, ist ein Beispiel ersten Ranges dafür, was man nicht tun sollte. Wie Michael Gove sagt, muss ihr Status gesichert werden: Unser Land braucht sie. Die Tories müssen unterstreichen, dass Britanniens Immigranten benötigt: Das Land hat lediglich dafür gestimmt, die Kontrolle über die Immigration wieder auszuüben.

Martin Schulz. Foto: Ralf Roletschek, CC BY-SA 3.0, Wikimedia Commons

Fraser Nelson und James Forsyth schreiben regelmäßig gemeinsam für das britische Magazin «The Spectator». Nelson verfasst außerdem regelmäßig Artikel sowohl für den «Guardian» als auch für den «Telegraph», Forsyth für die «Daily Mail». Dieser Text erschien am 9. Juli 2016 auf der Website des «Spectator» und wurde mit dessen freundlicher Genehmigung durch die COMPACT-Redaktion leicht gekürzt ins Deutsche übersetzt.

aufzumachen und das Problem niedriger Löhne aus der Perspektive derjenigen zu sehen, die darin gefangen sind. Wenn die Tories sich den Fleißigen verschreiben und den Kapitalismus wieder funktionstüchtig machen wollen, müssen sie die Niedriglohnfalle angehen. Und falls das teuer werden sollte – dann ist das eben so. Nichts ist wichtiger als das.

Die Niedriglohnfalle ist ein echtes Problem – und größtenteils die Folge schwächernder ökonomischer Produktivität, die wiederum Ergebnis schlechter Bildung ist. Selbst nach der Durchführung von Michael Goves Schulreform erfüllen nur 53 Prozent der Grundschüler die Standards in Lesen, Schreiben und Rechnen. Die Ärmsten fallen mit der höchsten Wahrscheinlichkeit durch, so wird die Ungleichheit über Generationen weitervererbt. Die Konservativen müssen Ungerechtigkeit jetzt in all ihren Dimensionen betrachten und Fragen stellen, auf die Labour gar nicht kommt. Zum Beispiel: Warum hat die gesunkene Kriminalitätsrate den Reichen mehr genützt als den Armen? Warum sind die Ärmsten am meisten vom Problem auseinanderbrechender Familien betroffen?

Der Brexit war eine Verteidigung der Demokratie, nicht bloßer Groll der Eingeborenen.

In den 1980er Jahren förderte die konservative Regierung die Entstehung einer neuen, aufstrebenden Klasse, die dazu überging, eine Finanzdienstleistungsindustrie von Weltrang zu errichten. Der *Spectator* klatschte Beifall. Heute brauchen die Gewinner der Globalisierung keine Hilfe vom Staat. Es sind die Schutzlosen, die verständlicherweise Hilfe bei der Regierung suchen. Es sind diese Leute, denen sich die konservative Partei nun widmen muss. Im letzten Jahrhundert wurde ein Laissez-faire-Konservatismus gefordert und durchgesetzt. Die heutigen Probleme fordern eine flexiblere, mutigere und aktivere Regierung.

Heraus aus dem EU-Korsett

Entscheidend ist, dass das Votum für den Brexit nicht als Ruf nach einem Klein-England verstanden wird. Der Brexit drückte nicht den Protest gegen ein zu groß gewordenes Europa aus. Im Gegenteil hat [die Brexit-Initiative] Vote Leave wiederholt argumentiert, dass ein global aufgestelltes Land wie Großbritannien nicht durch die Brüsseler Engstirnigkeit eingeschränkt werden dürfe. Die Konservativen müssen genau dies jetzt betonen: dass das Votum für den Brexit eine Verteidigung der Demokratie war und nicht bloßer Groll der Eingeborenen; dass die fünfgrößte Wirtschaftsmacht der Welt ihre globalen Allianzen überdenkt, und

sich nach neuen Freunden umschaut. Handelsverträge, sogar vorläufige, werden dringend gebraucht. Die Bedingungen, unter denen die ersten paar Abkommen geschlossen werden, sind tatsächlich weniger wichtig als die Tatsache, dass sie überhaupt zustande kommen. Die letzten Wochen haben gezeigt, dass viele europäische Führer – aus Furcht vor ihren eigenen euroskeptischen Bewegungen – versessen darauf waren, Brexit-Britannien als zerbrochen, isoliert und den niederrsten Instinkten der Populisten ausgeliefert darzustellen. Jeden Tag muss der Außenminister neue Wege finden, diese Botschaft zu widerlegen.

Die Unvermeidbarkeit ökonomischer Turbulenzen nach dem Brexit-Votum macht es nicht einfacher, mit diesen Turbulenzen fertig zu werden. Die Frage ist, wie sie sich entschärfen lassen, und hier werden ebenfalls starke Ideen gebraucht. Eine niedrigere Unternehmenssteuer wäre ein Symbol, doch es müssen noch stärkere finanzielle Anreize folgen. Die Abwertung des Pfunds hat Großbritannien zu einem wettbewerbsfähigen Ziel für ausländische Investitionen gemacht, und die Konservativen müssen sich Wege überlegen, wie sie einen guten Deal noch besser machen können.

Die Tories können leider nicht jenseits der Insel nach Ideen Ausschau halten, denn weder Donald Trump noch Nicolas Sarkozy noch Angela Merkel bemühen sich, die ungleichen Auswirkungen der Globalisierung zu bekämpfen. Stattdessen erlebte man beim republikanischen Nominierungswettlauf für die US-Präsidentschaft, wie die Kandidaten des Establishments schwache Versionen früherer Steuererleichterungspolitik abstaubten. Weltweit hängen die Konservativen entweder an einem gescheiterten und nicht mehr zeitgemäßen Konsens – oder sie werden von den traditionellen Rechten [im Original: nativist rights] überrannt. Jetzt ist also nicht die Zeit, um am alten konservativen Drehbuch zu kleben. Jetzt ist die Zeit, ein neues zu schreiben. ■



Zu hoch gepokert: Dieser Mann war einmal Premierminister.
Foto: picture alliance / AP Photo



Im Land der Wikinger

von Peter Wiegrefe

Seit Islands Fußballer bei der EM mit ihrem beherzten Spiel, unerschütterlichem Kampfgeist und den martialischen «Huh! Huh!»-Rufen ihres Anhangs Europa erobert haben, ist die geheimnisvolle Insel in aller Munde. Grund genug, mich auf Entdeckungsreise dorthin zu begeben...

Kühl legt sich der Wind über unsere Gesichter. Die Abenddämmerung hüllt die Landschaft um uns herum in einen weichen Schleier. Wir haben den letzten Hügel erklimmen. Heute bekommt uns hier keiner mehr weg.

Der Blick schweift auf die Uhr, dann in die Ferne. Ungleibig, fast wie in Trance, klammern sich die Augen an das Bild, das sich ihnen offenbart. Es ist kurz vor Mitternacht. Dabei können wir den Horizont trotz Dämmerlicht noch immer klar erkennen. Kilometerweit, schier endlos reihen sich die Bilder aneinander: Hügelketten, Gletscher, moosbedeckte Lava. Felsgestein und Flüsse schimmern fahl zu uns herauf. Weit entfernt höre ich ein Bächlein sich ins Tal ergießen. Ansonsten: Stille. Von Zivilisation keine Spur.

Es ist diese Abgeschiedenheit, diese grenzenlose Ruhe, die einen hier – irgendwo in Islands Südwesten zwischen den Wasserfällen Gullfoss und Haifoss – sämtliche Alltagssorgen vergessen lässt. Wer hier nicht zur Ruhe kommt, der schafft es wohl auch sonst nirgendwo. Als wir wenig später müde in den Schlaf-

sack kriechen, sind wir vollends entspannt. Die Natur hat uns weich auf Moos gebettet. Die Luft ist so sauber, so frisch, dass man mit dem Einatmen gar nicht mehr aufhören möchte. Ein tiefer Schlaf übermannt uns. Morgen früh geht es weiter...

Symphonie der Elemente

Erst wenige Tage ist es her, dass wir auf dem internationalen Flughafen Keflavik gelandet sind. Und doch hat uns dieses sagenumwobene Land schon in seinen Bann gezogen. Hier, in der Heimat der Wikinger, wo Europa den Polarkreis küsst, gehen die Uhren anders. Und damit sind nicht nur die zwei Stunden Zeitverschiebung gemeint, die zwischen unserer Heimat und dieser kochenden Insel mitten im Nordatlantik liegen. Island, entstanden aus Feuer und Eis, zählt gerade einmal 17 Millionen Jahre und gilt mit einer Fläche von 103.000 Quadratkilometern als größte Vulkaninsel der Erde. Obwohl sich bereits Ende des 9. Jahrhunderts die ersten Nordmänner dauerhaft hier niederließen, ist das Land mit nur 332.000 Einwohnern auch heute noch sehr dünn besiedelt.

Mit ihren archaisch anmutenden Ritualen klatschten sich die Isländer in die Herzen der europäischen Fußballfans. Foto: picture alliance / CITYPRESS 24

Kein Wunder, dass die Sagen über zornige Riesen und zankende Elfen hier entstanden sind.



Weites Land, viel Raum für Gedanken – Blick vom Gletscher Snaefellsjökull hinunter ins Tal.
Foto: Autor



Die drolligen Papageitaucher zählen zu den Wahrzeichen Islands.
Foto: Autor

Islands Geschichte ist gezeichnet von Entbehrungen und Kampf, von Nöten und Naturgewalten. Die ungezähmte Rauheit dieses zu Stein erstarrten Meeres springt einem von Anfang an entgegen. Wer einmal mit eigenen Augen die unwirtlichen Weiten des Hochlands, die eisigen Kraterseen bei Askja, den sagenumwobenen Gletscher Snaefellsjökull oder die malerischen Westfjorde gesehen hat, der kann sich leicht vorstellen, wie die sagenhaften Geschichten über zornige Riesen und zankende Elfen entstanden sind, die bis heute tief in der Volksseele verwurzelt sind – und woher Islands Fußballhelden die Kraft nehmen, es als eisenharte Einheit selbst mit den ganz Großen ihrer Zunft aufzunehmen.

Plötzlich taucht ein Buckelwal aus dem Wasser.

Szenenwechsel: Ein isländisches Sprichwort lautet: «Wenn Dir das Wetter nicht gefällt, dann warte einfach fünf Minuten!» Wir aber warten nun schon seit über zwei Tagen darauf, dass sich die tiefhängenden Regenwolken über uns endlich verzehren. Eigentlich hatten wir gestern zu Fuß zum Eyjafjallajökull aufbrechen wollen – jenem berüchtigten Vulkan, der 2010 mit seinem Ausbruch den europäischen Flugverkehr lahmgelegt hat. Doch nachdem auch heute keine Besserung in Sicht ist und die Stimmung beinahe so tief hängt wie die Wolken, entschließen wir uns, in Richtung Norden zu fahren. Dank Geländewagen müssen wir nicht der asphaltierten Ringstraße folgen, sondern können die Bergpisten durchs menschenleere Hochland nutzen. Teer ist hier

ebenso ein Fremdwort wie Brücken: Grobes Geröll und schwarzgraue Wüste weisen uns den Weg, immer wieder durchkreuzt von hüfttiefen Flüssen, in denen jeder gewöhnliche Pkw schlachtweg versinken würde. Unser Landrover meistert all diese Herausforderungen ohne Probleme. Und mit Erreichen der Nordküste verziehen sich endlich auch die düsteren Wolken. Die Luft ist rein für den Bootsausflug in die Bucht vor Husavík!

Hier wimmelt es um diese Zeit von Delfinen und anderen Meeressäugern. Voller Vorfreude besteigen wir den alten Kahn – und werden tatsächlich belohnt: Im Licht der Abendsonne taucht neben uns plötzlich ein Buckelwal aus dem Wasser. Die gewaltige Fontäne, die aus seinem Atemloch sprüht, hat ihn verraten. Aufregung an Bord! Alles springt und quasselt durcheinander. Unser Kapitän dreht bei, um dem Riesen so nah wie nur möglich zu bleiben. Den kratzt das nicht die Bohne. Majestätisch gleitet er durch die glitzernden Wogen der Grönlandsee. Ein unbeschreiblich schöner Anblick. Den über uns ziehenden Regenschauer nehmen wir gerne in Kauf.

Insel der Seligen

Die Wirtschaft der Insel ist traditionell von Landwirtschaft und Fischerei geprägt. Daran hat sich bis heute nicht viel geändert, auch wenn mittlerweile zwei Drittel aller Isländer ihre Brötchen im Dienstleistungssektor verdienen und der Tourismus zur Haupteinnahmequelle avanciert ist. Noch immer machen Fischereiprodukte rund 75 Prozent der jährlichen Exporte aus. Und auch die Isländer selbst ernähren sich zu einem großen Teil von Meereserzeugnissen aller Art. Dazu zählt auch Walfleisch, wobei der überwiegende Teil

von Touristen verzehrt wird. Sehr beliebt sind außerdem Hotdogs, Sandwiches und Burger aller Art – trotzdem mussten die beiden einzigen McDonald's-Filialen in Island 2010 schließen. Die Einheimischen braten ihre Buletten lieber selber und setzen dabei auf hochwertiges Fleisch aus eigener Zucht. Massentierhaltung? Fehlanzeige!

Den Antrag zum EU-Beitritt hat Island längst zurückgezogen. «Nei takk» schreit es zu diesem Thema in meterhohen Lettern von Plakatwänden – «Nein danke!» Die Realität gibt den Wikingern recht: Der Lebensstandard in Island ist heute höher als auf dem europäischen Festland, im Better Life Index der OECD über den Lebensstandard belegt Island Platz 1 – weltweit. Überfremdung, Kriminalität und Flüchtlingschaos sind den Isländern nur aus dem Fernsehen bekannt. Die Polizisten gehen ohne Schusswaffe auf Streife, offene Wohnungstüren sind gängige Praxis.

Auch mit der Bankster-Mafia kennen die warmherzigen Nordmänner keine Gnade. Als 2008 der isländische Finanzsektor zusammenbrach, weil sich die Spekulanten mit Krediten und Schrottanleihen verzockt hatten, stand der Schutz der heimischen Sparger an erster Stelle. Anstatt, wie in der EU, den maroden Geldhäusern unter die Arme zu greifen, ließ die Regierung sie eiskalt pleitegehen, um sie anschließend zu verstaatlichen. Kapitalverkehrskontrollen, die bis heute anhalten,

verhindern den Abfluss großer Geldmengen ins Ausland. Statt die Bürger mit Zwangszahlungen zur Bankster-Rettung zu belasten, forcierte die Regierung Sozialmaßnahmen, die die Folgen von Inflation und Arbeitslosigkeit abfedern sollten. Mit Erfolg: Heute steht das Land volkswirtschaftlich vorbildlich da und strotzt nur so vor Selbstbewusstsein. Kein Wunder, dass die Leute so glücklich und zufrieden wirken...

Auf Du und Du mit dem Polarfuchs

Von Husavík aus führt uns der Weg weiter bis zu den Westfjorden. Dort wandern wir an endlos langen, menschenleeren Stränden entlang, erklimmen steil aufragende Klippen und amüsieren uns über die tollpatschigen Papageitaucher, die sich zu Tausenden vom Vogelfelsen Latrabjarg in die Tiefe stürzen. Hier, am westlichsten Punkt Europas (die Azoren nicht mitgerechnet), genießen wir bei stahlblauem Himmel einen atemberaubenden Sonnenuntergang, grillen im Restlicht des glühenden Horizonts am Strand und sind sprachlos angesichts der unfassbaren Schönheit und Idylle, die sich uns an diesem Ort eröffnen. Sogar der Polarfuchs schleicht sich schüchtern in die Nähe und richtet seinen Blick scheu prüfend auf uns – nur, um wenige Sekunden später wieder im dichten Wuchs der Gräser zu verschwinden.

Die Regierung ließ marode Banken eiskalt pleite gehen.

Als fulminanter Schlusspunkt unserer Reise erwartet uns Reykjavík – die Hauptstadt! Hier schlägt das Herz des urbanen Islands, hier wohnen zwei Drittel der Bevölkerung, allein in der Kernstadt rund 120.000 Einwohner. Für isländische Verhältnisse ist das enorm. Von zwölf Mannschaften der ersten isländischen Fußball-Liga kommen zehn aus dem Raum Reykjavík. Echte Großstadtatmosphäre fühlen wir dennoch nur begrenzt – und gerade das gefällt uns, denn stattdessen herrschen lebensbejahende Fröhlichkeit und stoische Gelassenheit. Hektik scheinen die Menschen gar nicht zu kennen.

Mit den letzten Kronen in der Tasche geht es abends auf Erkundungstour. Von einer Einheimischen lerne ich, wie man auf Isländisch «einen mit allem» beim angeblich besten Hotdog-Stand der Welt bestellt: Eyjafjallajökull. In der Kneipe gegenüber nutzen wir die Happy Hour bis zum Letzten aus, und nach vier Bier gelingt es uns endlich, den Zungenbrecher korrekt auszusprechen. Zu guter Letzt statten wir auch der Hallgrímskirkja, der charismatischen Basaltkirche von Reykjavík, einen nächtlichen Besuch ab. Es ist die letzte Nacht in diesem wunderlichen Land, das wirkt, als wäre es aus der Zeit gefallen. ■

Gut zu wissen!



■ Ausländische Vornamen müssen mit der isländischen Sprache kompatibel sein. Sonst werden sie nicht zugelassen. Darauf wacht eine spezielle Namenskommission.

■ Im südisländischen Hveragerði wachsen die nördlichsten Bananen der Welt – und zwar in mit Erdwärmebeheizten Gewächshäusern. Die Früchte der 100 Bäume sind jedoch nicht zum Verkauf bestimmt.

■ Alkohol ist teuer. Zehn Euro für ein Glas Bier sind in Reykjavík keine Seltenheit. Die Lösung der Isländer: «Du trinkst einfach drei, vier Bier mehr, dann vergisst Du, wie teuer es ist!» Getränke mit mehr als 2,25 Prozent Alkohol waren übrigens bis 1989 verboten. Seither feiern die Isländer den 1. März als Tag des Bieres (Björdagurinn).

■ Das isländische Hochland ist so karg, dass die NASA ihre Apollo-Astronauten dorthin zum Trainieren schickte – für die Mondlandung.

■ Heiß duschen? Kein Problem! In Island kommt das Wasser automatisch heiß aus der Leitung. Schwefelgeruch inklusive.

■ Reykjavík beherbergt das größte (weil einzige) Penismuseum der Welt. Ein Höhepunkt: die silbernen Penis-Abgüsse der isländischen Handball-Nationalmannschaft, die 2008 bei Olympia Silber holte. Ob es bald auch Abgüsse der Fußballer zu bestaunen gibt?

Romantik pur in den Westfjorden – Sonnenuntergang um Mitternacht.
Foto: Autor



Schön, gewaltig, unzähmbar - Der Wasserfall Gullfoss spiegelt das Naturall Islands beeindruckend wider. Foto: Autor

„Peter Wiegrefe begann seine COMPACT-Karriere im Frühjahr 2016 mit einer zweiteiligen Serie über eine Nordkorea-Reise.

Der Wandelbare

von Bernd Schumacher

Dass Deutschland um Götz George trauert, ist verständlich, stellte er doch eine der ganz wenigen Größen unserer Film- und Fernsehlandschaft dar. Aber wer ihn nur als Schimanski in Erinnerung behält, tut dem Vielseitigen keinen Gefallen.

Nach eigenem Bekenntnis verlor er jede Distanz zum Stoff – man nennt das Overacting.

2013 spielte George seinen Vater Heinrich. Hier während der Premiere im Berliner Kino Babylon.
Foto: picture alliance / dpa

Götz George bekam sein Talent in die Wiege gelegt. Vater Heinrich George war ein Monolith in der großen Zeit des deutschen Films, Mutter Berta Drews gehörte zu den profiliertesten Theaterschauspielerinnen ihrer Zeit. Nach des Seniors Lieblingsrolle als Götz von Berlichingen benannt, startete der Junior – mit auf einem Schweizer Nobel-Internat erworbener Mittlerer Reife – seine Laufbahn am Hebbel-Theater in Berlin und am Deutschen Theater in Göttingen, wo er zum ersten und letzten Mal einem festen Ensemble angehörte. Statt auf die Bühne zog es ihn nämlich schon früh zum Film – dem Medium, in welchem der übermächtige Vater riesige Fußspuren hinterlassen hatte. Heinrich George war 1946 im Konzentrationslager Sachsenhausen gestorben, wohin ihn die Sowjets verschleppt und wo sie ihn anschließend gefoltert hatten. Erst 2013 stellte sich der Sohn dem Vermächtnis: in der Fernsehproduktion *George*.

Im Kino der 1950er Jahre überwogen Heimatstreifen und harmlose Komödien. Als unbedarfter Boxer Gustav in *Jacqueline* machte Götz George seine Sache so gut, dass er 1959 als bester Nachwuchsschauspieler aus-

gezeichnet wurde. Einem größeren Publikum wurde er erst mit den legendären Karl-May-Filmen bekannt, die 1962 mit *Der Schatz im Silbersee* begannen. Der Haudrauf blieb in der Folge seiner Linie treu: körperbetontes Spiel, nicht zu viel Tiefgang, als Frauenheld besetbar.

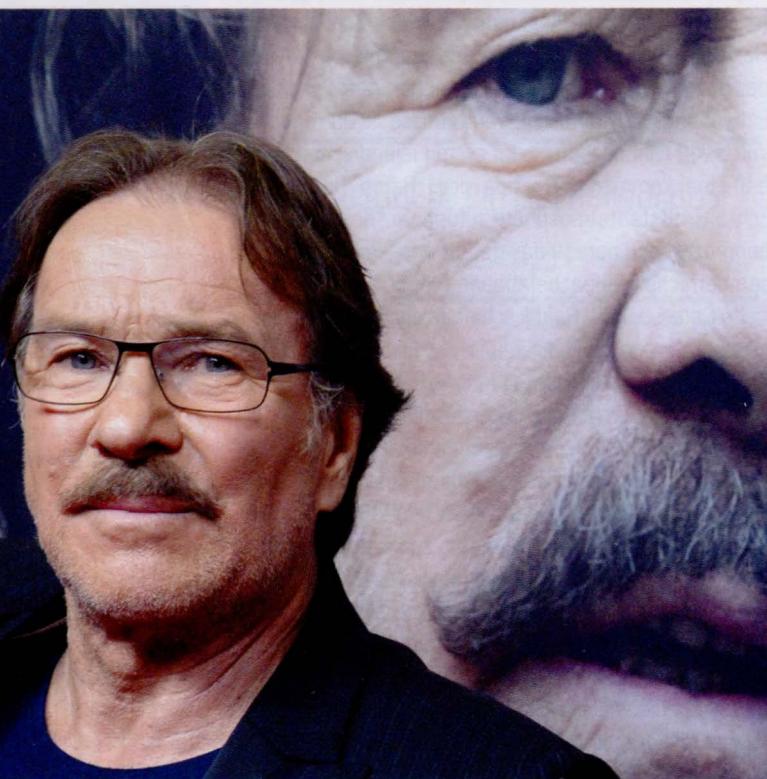
Zahn um Zahn

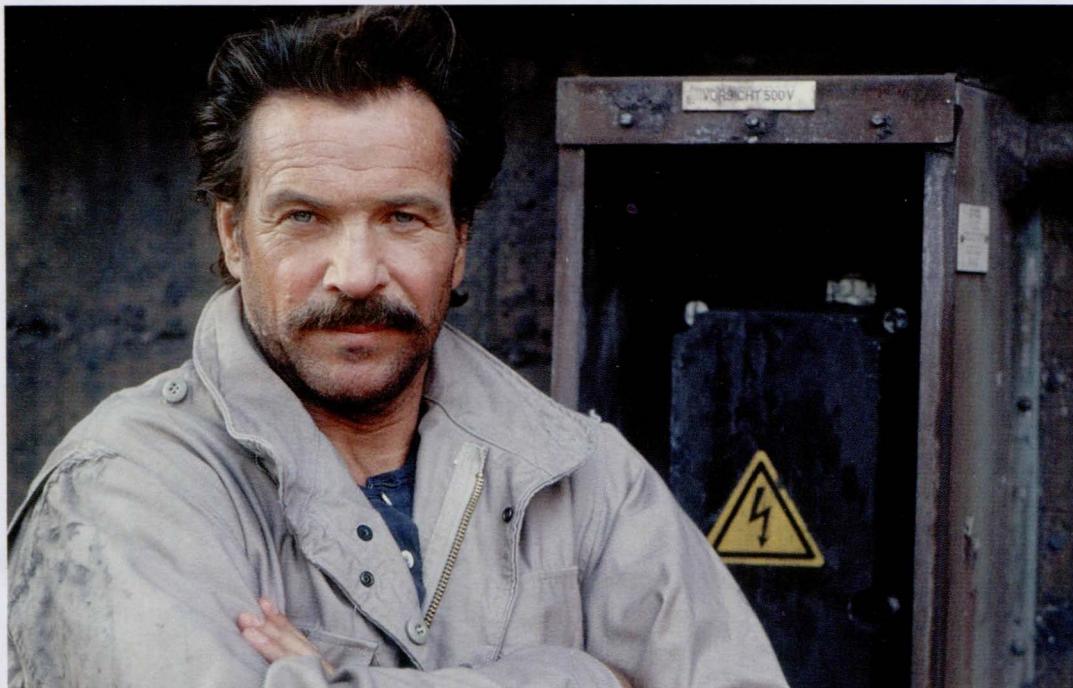
Es dauerte lange, bis der Beau sich Glaubwürdigkeit auf der Leinwand erarbeiten konnte. 1977 war es soweit: *Aus einem deutschen Leben* erzählte halbdokumentarisch die Laufbahn des Weltkriegsveteranen Franz Lang, der sich zunächst den Freikorps anschließt und später der NSDAP. Angelehnt an die Lebensgeschichte des SS-Obersturmbannführers Rudolf Höß, schuf Regisseur Theodor Kotulla ein bewegendes Zeitbild.

Facettenreichtum und Dezenz gingen für viele Jahre verloren, nachdem George ab 1981 im *Tatort* des WDR in Duisburg-Ruhrort zu ermitteln begann. Als rüpelhafter Kommissar Horst Schimanski schuf er einen neuen Typus, der viele bewusst schockieren wollte, aber auch neue Zuschauer vor die Geräte lockte. Fäkalausdrücke in einem der Aushängeschilder des deutschen Farbferrnhens waren 1981 noch ein Novum, genauso wie Polizisten mit langen Haaren, Schnäuzer und Funktionsjacke. Schimanski durfte zehn Jahre lang herumpöbeln und wurde zur Kultfigur – und George rückte in den TV-Olymp auf, ob er wollte oder nicht. Aus diesem Erfolg schlug der Polterer Kapital, indem er in den 1980ern actiongeladene Krimis wie *Abwärts*, *Die Katze*, *Zabou* und *Zahn um Zahn* in die Kinos brachte. George wurde zur deutschen Allzweckwaffe.

Als ob er sich von dieser typologischen Fixierung absetzen wollte, schlug der Star ab 1989 Haken und machte auf seriös. In *Nichts als die Wahrheit*, den er von eigenem Geld mitproduzierte, versteckte er sich hinter einer Latex-Maske und verstörte als Dr. Josef Mengele den jungen Anwalt, der ihn verteidigen sollte. In *Der Sandmann* trieb er als Serienmörder Henry Kupfer ein Verwirrspiel mit einer sensationshungrigen TV-Moderatorin, und in *Der Totmacher* brillierte er als Serienmörder Fritz Haarmann. Dafür erhielt er den Goldenen Löwen von Venedig und festigte seine Stellung als Großschauspieler.

Die 1990er Jahre waren seine produktivste Zeit – George war allgegenwärtig und changierte zwischen Kunst und Klamauk. Ob als Uhu Zigeuner alias Helmut Dietl in *Rossini* oder als Hermann Willié alias Stern-Reporter Gerd Heidemanns in *Schtonk* – er überzog, kam aber damit durch. Nach eigenem Bekenntnis ver-





Ilor er jede Distanz zum Stoff. Regisseure, die mit ihm öfter zusammengearbeitet haben wie Nico Hofmann, bestätigen das. Manchmal führte dies zu dem, was an Schauspielschulen Overacting genannt wird: Der Darsteller übernimmt die Rolle komplett, reichert sie mit eigenen Klischees an und übersteigert sie, weil er das Drehbuch mehr und mehr hinter sich lässt. Die Darstellung von Shlomo Herzl (in der verunglückten Verfilmung von George Taboris *Mein Kampf*) und des todkranken Bundeskanzlers Olli Ebert (in Helmut Dietls *Voll-Flop Zettl*) sind dafür Beispiele.

Die harte Realität

Auf der anderen Seite wirkte er in Interviews extrem unsicher und rettete sich immer wieder in Sprüche oder fahrläufige Ausflüchte. So populär er war, seine kumpelhafte Volksnähe wirkte aufgesetzt und seine Ernsthaftigkeit fragwürdig, wenn es um zeitgeschichtliche Stoffe ging. Zu aktueller Politik äußerte sich der Mime so gut wie nie, doch eine seiner stärksten Vorstellungen gab George 2010 in dem Multikulti-Drama *Zivilcourage*. Darin spielte er einen einzigerigen Antiquar, der als einer der letzten autochthonen Geschäftsleute mitten im überfremdeten Kreuzberg standhält. Anfangs tolerant, wie es sich für einen aufgeklärten deutschen Bildungsbürger gehört, muss er sehr bald erkennen, dass diese Offenheit von den Orientalen nicht erwidert wird. Im Gegenteil spitzt sich die Bedrohungslage für den letzten Deutschen so zu, dass er nur noch einen Ausweg sieht: die Bewaffnung. Selbstjustiz in der ARD? Gegenwehr eines einsamen Deutschen gegen gewalttätige Ausländer, die einen ganzen Kiez für sich reklamieren? Das konnte sich nur Dror Zahavi leisten, der als israelischer Regisseur regelmäßig fürs deutsche Fernsehen arbeitet. Bereits in *Blauäugig*, dem ersten ernsten Stoff, dem sich George

nach acht Jahren Schimanski zugewandt hatte, zog er am Ende die Waffe, um die Peiniger seiner Tochter zu erschießen. In einer wilden Volte verknüpfte das Drehbuch die argentinische Militärdiktatur der 1970er Jahre mit dem Schicksal eines Deutschen, der vor der SS aus der Tschechoslowakei geflohen war. Hier – wie auch 20 Jahre später – überzeugte der sonst so laute George durch Konzentration und Ernsthaftigkeit.

Schimanski verkörperte ein Relikt aus Zeiten, als Polizisten noch nicht von politischer Korrektheit gegängelt wurden.

Das deutsche Fernsehvolk ist konservativ. Zu viele Änderungen werden nicht goutiert. Daher musste George auch lange nach dem Ende des Duisburger *Tatorts* noch volle 17 Mal im Ableger *Schimanski* zuschlagen, als grober Macho zwischen laschen Schreibtischtätern – ein Relikt aus Zeiten, als Polizisten noch nicht von überbordender politischer Korrektheit gegängelt wurden. Aber seine Auftritte wurden seltener, er machte sich rar: Zunehmend mehr Zeit verbrachte er zurückgezogen mit seiner deutlich jüngeren Lebensgefährtin auf Sardinien.

Sein letzter Film wird am 3. Oktober in der ARD ausgestrahlt: *Böse Wetter*. Darin spielt George einen Bergbau-Baron im Harz, der in wirtschaftliche Strudel gerät. Spätestens am Tag der Ausstrahlung wird klar werden, dass «Schimmi» mit 77 Jahren viel zu früh abgetreten ist. Er wird fehlen. ■

Epitaph für Schimmi



Klaus Lage schrieb den Titel-
song zum Krimi *Zahn um Zahn*
mit Götz George (1985).

Fang Du jetzt bloß nicht an zu
weinen,
Du spielst doch sonst den har-
ten Mann,
Mischst Dich in alles ewig ein –
Bist wieder mal selbst schuld
daran.

Wie damals hinter'm Kohlen-
schacht,
Der heut' wie'n off'nes Grab
stillliegt,

Für wen hast Du in dieser Nacht
Als Held die Fresse vollgekriegt?

Trifft heut' noch oft von da-
mals die,
Längst reif und rund und ele-
gant –
Doch Du kriegst jetzt noch wei-
che Knie
Bei einer zarten Hand.

Hart trainiert seit diesen Tagen
Bist Du heut' auf alle Fälle –
Doch pass' auf, auch Panzer-
wagen
Haben eine weiche Stelle.

Faust auf Faust – hart, ganz
hart,
Alles das kannst Du verdau'n.
Doch gib zu, zart, ganz zart
Hat ihre Hand Dich umgehau'n.
Und das ist hart für Schimmi –
Dein ganz privater Krimi.

Götz George und Renan Demirkan.
Foto: EuroVideo

Bild oben links: Als Schimanski – hier in der WDR-Serie 1997 – wurde George der Prototyp des Ruhrpott-Bullen. Drei Mal stand er jedoch auch vor DDR-Kameras: In «Alter Kahn und junge Liebe» (1956), «Der Bruch» (1988) und dem Tatort-Polizeiruf-Crossover «Unter Brüdern» (1990).

Foto: WDR/ARD/Stefan Falke

Bernd Schumacher ist der
Sport- und Unterhaltungsexperte
von COMPACT. In Ausgabe 7/2016
schrieb er über das Wembley-Tor
1966.

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

Anzeige

»Irgendjemand muss den Menschen da draußen die Wahrheit sagen!«

■ Nie zuvor haben so viele Bürger einen Waffenschein beantragt. Nie zuvor haben sich so viele Privatleute einen Tresor gekauft. Nie zuvor haben sich so viele zum Unterricht in Kampfsportschulen angemeldet. Und nie zuvor war Pfefferspray bundesweit ausverkauft. Die Menschen machen sich ganz offensichtlich Sorgen um ihre Sicherheit. Und das zu Recht!

Das Ende der Sicherheit!

Politik und Leitmedien haben mit der Sicherheit der Bürger gespielt. Skrupellos haben die politisch Verantwortlichen die Grenzen geöffnet und Kriminelle und Terroristen ins Land gelassen. Die Kriminalitätsentwicklung nimmt bedenkliche Ausmaße an. Allmählich dämmert es auch dem Letzten: Der Staat kann seine Bürger nicht mehr schützen.

Udo Ulfkotte und Stefan Schubert zeigen, wie ernst die Lage wirklich ist. Sie haben Informationen verschiedenster Quellen ausgewertet, dabei auch Geheimpapiere von Sicherheitsdiensten eingesehen und mit Insidern und Polizisten gesprochen. Das Ergebnis ihrer Recherche ist beängstigend: Die von Migranten verübten Straftaten haben nie bekannte Dimensionen erreicht.

Warum die Polizei uns nicht mehr schützen kann

Doch Politik und Medien versuchen, diese Tatsache zu vertuschen: Da wird die Herkunft von Tätern systematisch verschwiegen. Da werden Statistiken gefälscht und Polizisten in ihrer Arbeit behindert und genötigt.

Lesen Sie dieses Buch und sprechen Sie mit Ihren Freunden, Bekannten und Kollegen darüber. Nur so können wir das Kartell der Verschweiger durchbrechen.

Aus dem Inhalt: • **Grenzenlos kriminell:** der brutale Blick in die Realität • **Scharia:** islamisches Recht auf deutschem Boden • **Der Blick in den Abgrund:** Warum wir bürgerkriegsähnliche Zustände bekommen werden



• **Der MAD-Geheimdienstchef warnt:** Die Bundeswehr wird von radikalen Muslimen als Ausbildungscamp missbraucht • **CIA-Bericht:** die dunklen Seiten der Flüchtlingsströme • **Die Eliten verlassen das Land:** Jedes Jahr kehren rund 150000 Führungskräfte und qualifizierte Facharbeiter Deutschland den Rücken • **Geheime Analyse:** Türkisch-libanische Mafia teilt sich Deutschland auf • **No-go-Areas:** In diese Viertel traut sich die Polizei nicht mehr • **Polizei:** Libanesen-Clans haben uns den Krieg erklärt • **Sex-Mob von Köln:** das SPD-Schweigekartell bei der Arbeit • **Trotz rechtskräftiger Urteile:** 600000 abgelehnte Asylbewerber nicht abgeschoben • **BKA-Lagebericht:** Medien geben Daten verfälscht wieder • **Kriminalität wird immer brutaler:** Bürger und Polizei werden vom Staat im Stich gelassen • **Migranten organisieren sich in Rockerclubs:** »Osmanen Germania« wollen Deutschland erobern • **Erst das »Schwarze Silvester« machte es möglich:** Bundesweite Zensur bei Flüchtlingskriminalität wird enttarnt • **Islamischer Staat:** Politik lässt radikale Moscheen seit Jahren unbewilligt

Udo Ulfkotte & Stefan Schubert: Grenzenlos kriminell • gebunden • 318 Seiten • Best.-Nr. 952 300 • 19.95 €

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10 • Telefax (0 74 72) 98 06 11 • info@kopp-verlag.de • www.kopp-verlag.de



Lauter schöne Mädchen

von Johann Felix Baldig

Feen, Engel, Elfen, Sternenstaubwesen: Martin Mosebach eröffnet dem Eros eine durch und durch katholische Perspektive der Fülle und kräftigt den Leser durch die Strenge klassischer Formen. Ein Ständchen zum 65. Geburtstag des Meisters.

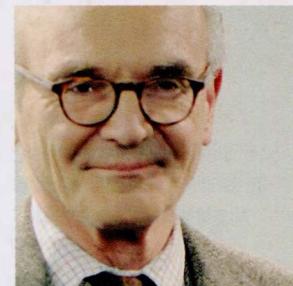
Oft wünsche ich, besteige ich den Zug, eine sei-
ner Frauenfiguren möge mir im Abteil gegenüber sitzen. Natürlich keine Matrone, kein herrisch-korpulentes Weib! Vielmehr eines der Mosebach-Mädchen. Eine aus dem Kosmos der Elfen, den er mit jedem Roman reicher bebildert. Im zuletzt erschienenen *Das Blutbuchenfest* (2014) hört die obligatorische Elfe auf den Namen Winnie. Ihr Geliebter hat sie verlassen. Seine Trennungsnachricht liest Winnie im Zug. Einstellung-
loser Kunsthistoriker Mitte 30 beobachtet die weinende Schöne im Displayabglanz ihres Laptops und verliebt sich augenblicklich. Bereits das hübsch ein-
geschlagene Kakadu-Buch *Was davor geschah* (2010) setzte ganz zu Anfang ein junges Mädchen in den Zug: Phoebe Hopsten, ein Engelwesen, die Lippen, die kleinen Ohren, die kleine Nase kindlich und zugleich aus-
formuliert. Mit Winnie indes gelangt Mosebach in der Disziplin der Feenbeschreibung zu großer, vielleicht letzter Meisterschaft. Als ausgesuchtes, zar-
tes, exquisites Kind, als Elfe und Libelle wird Winnie angesprochen. Schließlich, und schwer zu überbieten, findet Mosebach sie «aus Sternenstaub gebildet». Im Bezirk der Sterne zählen allein die Superlative. So lässt sich denn der Autor nicht lumpen, geht es darum, die Liebe der beiden zu zeigen: «Ich sehe uns daliegen, der

Regen rauscht in der Nacht, (...) der Baum (...) bietet den Tropfen die tausend Trommelfelle seiner Blätter.» Wo sich die Nacht auf «tausend» reimt, da braucht nur eins weiter gezählt zu werden, und die Zeit ist auf-
gehoben. Zum höchsten Ton sich hinaufschwingende Beschwörungen des Schönen finden sich an ungezählten Stellen im Mosebachschen Romanwerk, auch in den Essays.

Girlanden und Kurven

Wo in der Gegenwartsliteratur gibt es vergleichbar souveräne, ja virtuose Darstellungen der Schönheit, des unerhörten, verstörenden und zugleich vitalisierenden Eindrucks, den eine junge, schöne Frau bei einem Mann zu hinterlassen vermag? So girlandenverliebt der Barock auf den Titeln, so girlandenverliebt ist der Schriftsteller von der ersten bis zur letzten Seite. Keine seiner kühnen Amplituden greift freilich zu weit aus, als dass Mosebach nach dem süßlichen Kurvenausschlag nicht sanft den gemächlichen Lauf der Grundmelodie als rettendes Ufer gewinnen würde. Dabei braucht er seine Helden nicht, wie es unsere jungen Romanautorinnen praktizieren, hunderte Kippen in ungepflegten Blumenkästen ausdrücken oder mit

Etwas Elfenhaftes hat sie durchaus an sich. Foto: Adina Voicu/pixabay



Martin Mosebach im Jahre 2014.
Foto: Udoweier, CC BY-SA 3.0, Wikimedia Commons

**Mosebachs Mäd-
chen sind in ihrer
Schmetterlings-
zartheit Teil eines
hochpolitischen
Programms.**



Mosebach und die Frauen: Dass er ursprünglich Jura studierte, merkt man seinen Texten gottlob nicht an.
Foto: xusenru/pixabay

benutzten Tampons werfen oder wild durch die Gegend urinieren zu lassen. Gegen Überzuckerung hilft ein einfaches altbewährtes Rezept: Rückbindung an traditionelle Motive. Das Hohelied auf Phoebe Hopsten etwa neutralisiert Mosebach, indem er sie mit unterkühlter Ironie kurzerhand mit Schneewittchen assoziiert: «ja: herrlich, sie hatte sich einen Apfel geschält, und das rote Blut war auf das weiße Apfelfleisch getropft!»

Das Sternenstaubwesen Winnie erfordert stärkeres Kaliber. Überreich ausgeschenkter Schönheit ist der Tod beizugeben. Der Autor exorziert seine Elfe, indem er sie zur Puppe macht. An einer Stelle zieht die herzkranke Winnie mit gekreuzten Armen den Saum ihres Hemdchens hoch. Zeigt dem Kunsthistoriker die bläulich-violette Narbe zwischen kleinen weißen Brüsten. «Aufgesägt wie beim Puppendoktor.» Mit dieser nicht unerotischen Narbenschau, zumal mit der Aufrufung des Kreuzes gelingt die Rückbindung an Katholisches.

Schönheit und Wahrheit

Bei der Verteidigung Mosebachscher Süßlichkeit in der Beschreibung schöner junger Frauen, des «exquisiten Frühgemüses» (*Der Mond und das Mädchen*, 2007), brauchen wir uns mithin nicht bescheiden mit dem Argument «Er kann es halt, dann soll er auch». Denn alles Gefügte, Wohlgeordnete, die strenge Form, das Abgelagerte und Überlieferte, auch die Schönheit als Spezialfall der Form begründen nicht weniger als die Poetologie. Nicht von ungefähr gebraucht der Meister wieder und wieder das Bild des alten Baumes, oft einer Kastanie oder wie zuletzt einer Blutbuche, in deren gewachsenem Bannkreis die Verhältnisse der Menschen neu zu ordnen sind. Dazu passend findet sich bei Mosebach, im Romanwerk (*Das Beben*) wie in

der Essayistik (*Häresie der Formlosigkeit*), das Bild des Steines, der durch Ausgraben oder einen Erdrutsch vom angestammten Ort weggeschafft wurde und sich darüber lange Zeit nicht beruhigen kann. Ebenfalls vor diesem Hintergrund muss man sehen, dass der Frankfurter aus den Straßenschluchten seiner von ihm meisterlich wieder und wieder beschriebenen Vaterstadt am Main den Lauf der alten, längst verschwundenen Feldwege liest. Immer führt der Autor in großem Ernst die eigenen kurzweilig-verspielten Schönheitsplänkeleien auf jene innere Beschaffenheit der Dinge und Menschen zurück, an denen ihm eigentlich gelegen ist: auf das Gute und Wahre. Wenn Manon zu dem jungen Architekten sagt: «Es ist nicht nur schön, es ist vor allem wahr», dann ist dies wie folgt zu übersetzen: «Es ist wahr, weil es schön.» Oder: «Von Schönheit ist unbedingt auf Wahrheit zu schließen.»

Spätestens seit dem funkeln Großessay *Häresie der Formlosigkeit – Die Römische Liturgie und ihr Feind* (2002) kann man über Mosebach wissen: «Ich bekenne mich offen zu der naiven Schar, die aus der Oberfläche, der äußeren Erscheinung auf die innere Beschaffenheit und womöglich Wahrheit oder Verlogenheit einer Sache schließt. Die Lehre von den „inneren Werten“, die sich in schmutziger, verkommener Schale verbergen, kommt mir nicht geheuer vor.» Im Roman *Der Mond und das Mädchen* nennt er das Fest die «stilisierte Hochform des Lebens». So zeigt er denn das gelungene Leben ausnahmslos als Hochamt in Vollzug der Schönheit. Im *Blutbuchenfest* heißt es, die Sache mit der Gleichheit sei ja gut und recht. Die Schönheit freilich dürfe Privilegien beanspruchen.

Im Hässlichen wittert der Frankfurter immer das Unsittliche, Rohe, Gewalttätige. Eine prächtige, zum

Er hat die Profanisierung der Welt beschrieben: Verzifferung, Konsumismus, Urbanisierung.

Verzehr bestimmte Schildkröte wird vor ihrer Tötung in einem Plastikeimer vorgeführt. Dies nun kann reaktionär nennen, wer mag: bei der «dummen und hässlichen Gemeinheit» eines Plastikeimers die Deklamation des zivilisatorischen Offenbarungseides einsetzen zu lassen. Vor allem aber ist es katholisch in dem Sinne, dass der Römischen Kirche das Schöne und die Pracht von jeher Vorausschau auf das Himmelreich waren, für die Armen gedacht. Hierauf hat Mosebach zuletzt in Interviews hingewiesen, die Sozialkoketterie des gegenwärtigen Papstes kritisierend. In gleicher Denkungsart verschreiben sich die deutschen Bischöfe dem Kult um das Treibgut der Flüchtlingsflut. Dies nicht unähnlich der modernen Kunst, die das Zusammengekehrte durch Handauflegen zum Werk weicht. In der *Häresie der Formlosigkeit* gibt es Stellen, die die liturgische Performance des Kölner Kardinals Woelki für die Asylforderer hellsichtig vorwegnehmen.

Gegen die Hotelisierung der Welt

So sind denn seine Mädchen in ihrer «Schmetterlingszartheit» und «feingläsernen Zerbrechlichkeit» Teil eines hochpolitischen Programms. Der Autor hat es mit den jungen, schönen, ausgesuchten Frauen. Das kann den offiziellen Hohepriestern der Gleichmacherei und des Schuldkultes nicht gefallen. Und Mosebach ist zudem ein großer Neuverzauberer der Welt. In seinem erzählerischen Werk hat er in eindrücklicher Weise die Profanisierung der Welt beschrieben: Verzifferung, Konsumismus, Urbanisierung einhergehend mit dem Verlust des Gefühls für den eigenen Raum, Abtreibung. Vor allem über das Wohnen hat er immer wieder geschrieben, das alle Aspekte des Lebensvollzugs einschließen möge. Das billige Bauen mit dünnen Wänden habe bereits vor dem großen Sturm, vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges, begonnen. Unsere Städte seien heute ohne Hall und Timbre infolge hab-

gierigen Ausbaus und Nutzbarmachung selbst der verborgenen Kavernen, Hohlräume oder vormals leerstehenden Zimmer – mit dem Ergebnis einer seelenlosen Hotelisierung der Welt. Wo aber eine Frau wieder Frau genannt werden darf und noch dazu schön, beginnt, allen Unwiederbringlichkeiten zum Trotz, die Neuverzauberung der Welt.

Das kann den offiziellen Hohepriestern der Gleichmacherei und des Schuldkultes nicht gefallen.

Der Jubilar wird gern reaktionärer Haltungen bezeichnet. Man muss das verstehen. Er ist ein Mann, der sich mit Bedacht sein Messbuch aus der Zeit des Heiligen Römischen Reiches wünscht und froh ist, es mit dem Jahr 1805 gerade noch getroffen zu haben. Hierher gehören auch seine Schwärmerien von den einzigen Verheißenen europäischer Schlossgärten und den untergegangenen Lebenswelten der Donaumonarchie oder der Deutschbalten in Kurland und Livland, wie sie sich in den Novellen Eduard Graf Keyserlings beschrieben finden. Zu alldem ist dem Schriftsteller nur zu gratulieren. Hinzu kommt freilich, dass er nicht nur ein Reaktionär im guten Sinne ist. Mosebach ist auch Revolutionär. «Ich glaube, dass mir die Eindrücke meiner Augen und Ohren zutreffende Nachrichten über die Wirklichkeit geben», heißt es in der *Häresie*. Wo jede Kritik an den Zuständen des Gemeinwesens amtlicherseits als irriges Vorbringen der großen Ver einfacher zurückgewiesen wird, ein wahrlich revolutionäres Programm! Es heißt: durch das Betrachten und Belauschen der Welt Erkenntnisse über ihre Schönheit oder auch Missratenheit gewinnen. ■

Das Juste Milieu urteilt

2007 verglich Mosebach eine Rede von Heinrich Himmler 1943 mit einer Ansprache des Jakobiners Saint-Just aus der Französischen Revolution. Von Teilen der Presse wurde daraufhin reflexhaft der Vorwurf einer Relativierung des Nationalsozialismus erhoben. Der Historiker Heinrich August Winkler bezeichnete den Vergleich als Geschichtsklitterung und Abwendung von den Zielen der Aufklärung und Demokratie.

In der linken Wochenzeitung *Jungle World* wurde Mosebachs Roman *Ruppertshain* als «schlechtester Roman der Welt» bezeichnet. In der marxistischen Tageszeitung *Junge Welt* hieß es: «Mosebach lässt kaum eine Gelegenheit ungenutzt, um demokratische Ideen zu diskreditieren, indem er falsche Parallelen zum deutschen Faschismus behauptet. Sein Haupteinwand gegen den Nazismus scheint zu sein, dass er eine „moderne“ Bewegung sei (...).»

Johann Felix Baldig, Autor und Literaturkritiker, schrieb in COMPACT 4/2016 über Martin Walser.

Anzeige

Manfred Histor

Willy Brandts vergessene Opfer

Geschichte und Statistik der politisch motivierten Berufsverbote in Westdeutschland 1971–1988

Mit einem Vorwort des Präsidenten des 3. Russell-Tribunals, Professor Vladimir Dedijer (Belgrad)

AHRIMAN-Verlag

Geschichte und Statistik der politisch motivierten Berufsverbote in Westdeutschland 1971–1988

Wer heute AfD wählt und damals insgeheim Brandts Verbrechen vom 28. Januar 1972 guthieß, darf heute nicht klagen.



„Soso, man nennt mich also den Berufsverbots-Willy!“

Requiem für Dresden

von Sebastian Hennig

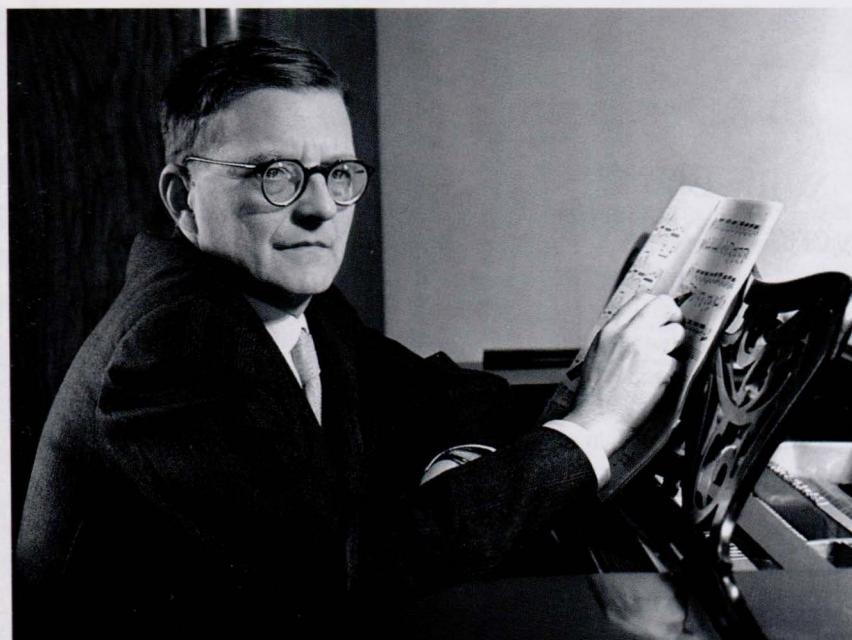
Der sowjetische Komponist Dimitri Schostakowitsch war ein Bewunderer der deutschen Kultur. In der Sächsischen Schweiz schuf er eine musikalische Brücke zwischen beiden Völkern, die bis heute im Örtchen Gohrisch gepflegt wird.

Die Leningrader Sinfonie soll bis in die deutschen Stellungen hinein vernommen worden sein.

Noch immer lag Dresden in Trümmern. Narben, die der angloamerikanische Terrorangriff am 13. Februar 1945 hinterlassen hatte, zeichneten das alte Elbflorenz. Und doch müssen die Straßen der sächsischen Metropole schon 1960 ein Ort neuer Hoffnung für Dimitri Schostakowitsch gewesen sein. Erstmals seit Jahren durfte der wichtigste Komponist der Sowjetunion sein Land verlassen – Jahre, die er zwischen Triumph und drohender Verhaftung durchlitten hatte. Einige Wochen verbrachte er in der Nähe Dresdens – und widmete Deutschland seine persönlichste Komposition.

Vielleicht empfand Schostakowitsch eine Art Seelenverwandtschaft mit dem geschundenen Dresden. Auch er selbst war vom Zenit des Ruhms herabgestürzt bis an die Schwelle des Untergangs. Seine erste Sinfonie legte der damals 19-Jährige 1926 als Abschlussarbeit am Leningrader Konservatorium vor. Sie wurde zum Welterfolg. Die führenden Dirigenten der Zeit – Bruno Walter, Leopold Stokowski, Arturo Toscanini – und die besten Orchester in Europa und den USA machten sie bekannt. Bis an sein Lebensende hat er diesen Durchbruch jährlich als privaten Feiertag begangen. Seine erste Oper *Die Nase* – eine Satire auf die russische Bürokratie nach einer Erzählung von Nikolai Gogol – verschwand 1934 nach 16 Aufführungen von der Bühne.

Dimitri Schostakowitsch im Jahre 1958. Foto: picture-alliance / RIA Novosti



Im Fadenkreuz Stalins

1936 schwebte das Damoklesschwert über dem Erfolgskomponisten. Plötzlich geißelte die Parteizeitung *Prawda* Schostakowitschs zweite Oper *Lady Macbeth von Mzensk* als Ausdruck «linksradikaler Zügellosigkeit» und «kleinbürgerlichen Neuerertums». Stalin selbst soll den Verriss verfasst haben. Ein Jahr später endete Schostakowitschs Förderer Marschall Michail Tuchatschewski, genannt «Der rote Napoleon», vor einem Erschießungskommando im Innenhof der Moskauer Geheimdienstzentrale Lubjanka. Der Komponist soll damals nachts angekleidet im Bett gelegen haben, um auf eine Verhaftung vorbereitet zu sein. «Das Warten auf die Exekution ist eines der Themen, die mich mein Leben lang gemarbert haben, viele Seiten meiner Musik sprechen davon», wird er zitiert.

Im Krieg erlebte der gebürtige Petersburger den Beginn der Blockade seiner Heimatstadt. Bald ins sichere Hinterland evakuiert, komponierte Schostakowitsch mit der *Leningrader Sinfonie* die Schicksalsmelodie des großen Völkerschlachtens. Bei der Premiere in der umschlossenen Metropole schwiegen die Abwehrgeschütze, obwohl gerade eine deutsche Offensive eingesetzt hatte. Die Musik soll bis in die deutschen Stellungen hinein vernommen worden sein. Vier Jahre später führte sie Sergiu Celibidache im verwüsteten und besiegten Berlin auf.

Politische Interpretationen verstellten während des Kalten Krieges den Zugang zu dieser Musik. Der Streit tobte vor allem um die Ausdeutung des ersten Satzes:



Wie eine grausame Menschen-, Natur- und Kulturvernichtungsmaschine wälzt sich darin ein Marschthema voran. Im Osten wurde das Thema dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion zugeordnet – aber weil sich dem Crescendo keine Kraft entgegenstellt, die nicht bald in die gleiche stupide Brutalität verfällt, wurde der Komponist von Parteiideologen wegen des mangelnden Heroismus seiner Tonsprache angegriffen. Im Westen dagegen wurde die Sinfonie als stalinistische Auftragsmusik abgetan. Heute gehören seine Werke nicht nur zum kulturellen Erbe Russlands, sondern zu dem der Weltmusik. Ihr Schöpfer sah sie als Anklage gegen beide Diktaturen: «Ich empfinde unstillbaren Schmerz um alle, die Hitler umgebracht hat. Aber nicht weniger Schmerz bereitet mir der Gedanke an die auf Befehl Stalins Ermordeten», schrieb er in seinen Memoiren.

Bach als Vorbild

Gut 15 Jahre später kam Schostakowitsch nach Dresden. Längst war er – für den Auswanderung nie in Frage kam – an den Zuständen in seiner Heimat zerbrochen. Die DDR-Regierung hatte ihn in ihr neuerbautes Gästehaus im Luftkurort Gohrisch in der Sächsischen Schweiz südlich der Elbmetropole eingeladen. Eigentlich sollte er die Musik zu einem Propagandafilm über die Rettung der Dresdner Kunstsammlungen durch die Rote Armee schreiben. Unter einer Trauerweide, so erzählt es die Legende, komponierte Schostakowitsch damals sein *8. Streichquartett*. Es sollte das einzige im Ausland entstandene Werk bleiben – ein musikalisches Epitaph auf ihn selbst. Es verbindet die leidvolle

Kriegserfahrung des russischen wie des deutschen Volkes in der Form eines musikalischen Selbstbildnisses. In Anlehnung an das von Johann Sebastian Bach verwendete Thema B-A-C-H hat er, entsprechend seiner Initialen D. Sch., dem Quartett das musikalische Motiv D-Es-C-H zugrunde gelegt. Die Tatsache, dass die von ihm dafür verwendeten Tonwerte Es und H nur im Deutschen so gekennzeichnet werden, verweist auf seine Verbundenheit mit der deutschen Musiktradition.

«Ja, spielen die denn alle auf Stradivaris?» Über die Dresdner Staatskapelle

Die offizielle Widmung «Den Opfern von Krieg und Faschismus» entstand auf Wunsch Moskaus. Seinem Vertrauten Isaak Glikman offenbarte er seine eigene Motivation: «Ich dachte darüber nach, dass, sollte ich irgendwann einmal sterben, kaum jemand ein Werk schreiben wird, das meinem Andenken gewidmet ist. Deshalb habe ich beschlossen, selbst etwas Derartiges zu schreiben.» Doch vielleicht hatten Schostakowitsch das zerstörte Dresden, das zerschundene Deutschland stärker ergriffen, als er sich selbst eingestand. Jene Faszination, die Deutsche und Russen für einander empfinden, teilte jedenfalls auch der Komponist. Tief beeindruckt zeigte er sich von einer Darbietung von Bachs *Wohltemperiertem Klavier*, die er 1950 in Leipzig zu hören bekam. Einige Komponisten in der

Die Moskauerin Svetlana Sozdateleva feierte als Katerina Ismailowa in «Lady Macbeth von Mzensk» ihre größten Erfolge. Hier in Bologna 2014. Foto: Lorenzo Gaudenzi, CC BY-SA 4.0, Wikimedia Commons



Gerhart Hauptmann: «Wer das Weinen verlernt hat, der lernt es wieder beim Untergang Dresdens.» Das Motiv des bekannten Fotografen Richard Petersen zeigt den Blick vom Rathaussturm nach Süden mit der Skulptur «Bonitas» (Allegorie der Güte) auf die zerstörte Stadt Dresden, aufgenommen 1945. Foto: picture alliance / ZB

Schostakowitsch und Stalin



Um ein Haar wäre der berühmte Komponist Opfer der Großen Säuberung von 1936 bis 1938 geworden. Wiederholt bestellte ihn der Geheimdienst NKWD zu angeblichen Zeugenbefragungen ein, die praktisch als Einschüchterung gedacht waren. Den Auftakt der Kampagne gab Josef Dschugaschwili («Stalin») persönlich. Versteckt hinter einem Vorhang, verfolgte er am 16. Januar 1936 eine Aufführung von Schostakowitschs zuvor gefeierter Oper *Lady Macbeth von Mzensk*. Anschließend soufflierte er dem Korrespondenten der Regierungszeitung *Iwestija*: «Das ist albernes Zeug, keine Musik.» Kurze Zeit später wurden alle Aufführungen von Schostakowitsch-Werken gestoppt. Die Schwester des Komponisten wurde nach Sibirien verbannt, ihr Ehemann verhaftet.

Josef Stalin. Foto: Public domain, Wikimedia Commons

Unter einer sächsischen Trauerweide komponierte Schostakowitsch sein 8. Streichquartett.

Sebastian Hennig lebt als Kunstkritiker in Dresden. In COMPACT 6/2016 schrieb er über den deutsch-türkischen Komponisten und Pegida-Unterstützer Kemal Cem Yilmaz.

DDR, die gerade den Anschluss an die westeuropäische Avantgarde suchten, erhofften sich moralischen Beistand vom berühmten sowjetischen Meister. Doch der verwies mit einem leisen Vorwurf auf die gerade verklungenen Stücke: «Warum habt ihr diese phantastische Tradition nicht fortgesetzt?»

In der DDR verkannte die deutsch-sowjetische Freundschaft zumeist zum erstarren, ideologisch überfrachteten Ritual. Aber auf dem Gebiet der Musik war sie mit Leben erfüllt, und zwar auf höchstem Niveau. Die Städtepartnerschaft zwischen Dresden und Leningrad war der Auftakt für zahlreiche Gastspiele und Kooperationen. Der deutsche Emigrant Kurt Sanderling war ab 1942 zweiter Chefdirigent der Leningrader Philharmoniker. Später leitete er das Berliner Sinfonieorchester und die Dresdner Staatskapelle, wobei er oft die Musik seines Freundes Schostakowitsch aufführte und aufnahm. Als der das Dresdner Orchester zum ersten Mal hörte, soll er verblüfft bemerkt haben: «Ja, spielen die denn alle auf Stradivaris?»

Schostakowitschs Requiem auf sich selbst erwies sich als Vorahnung: Er litt unter einer chronischen Rückenmarksentzündung und einer zunehmenden Lähmung der rechten Hand. Zwei Infarkte kamen hinzu. Seine *Sinfonie Nr. 13* fiel 1961 der Zensur zum Opfer. 1970 fand Schostakowitsch erneut Erholung in Gohrisch – fünf Jahre später starb er an einem Herzschlag. Sarkasmus der Mächtigen: Auf seinem Grab fand sich ein Kranz des KGB.

Pilgerstätte Gohrisch

Erst ein halbes Jahrhundert später erinnerte sich Gohrisch seines berühmten Gastes. 2010 fanden dort in Anwesenheit der Witwe die ersten Schostakowitsch-Tage statt – auf Initiative der Musiker der Staatskapelle Dresden. Sie spielen dort bis heute nur für das berühmte Frackgeld – jene symbolischen zehn Euro, die in der Dresdner Kammermusik seit jeher gezahlt werden. Vor allem aber gelingt es ihnen immer wieder, bedeutende Künstler zum Auftritt zu bewegen. Beim ersten Festival ergriff der Schostakowitsch-Freund Rudolf Barschaj, der 1960 dessen *8. Streichquartett* in eine Kammermusik umgearbeitet und ihm damit zum Durchbruch verholfen hatte, den Taktstock. Nun stand der bereits Erkrankte in der Sächsischen Schweiz zum letzten Mal am Dirigentenpult. Letztes Jahr unterbrach das Borodin-Quartett, die berühmteste russische Kammermusikformation, seine Welttournee für einen Abstecher nach Gohrisch.

Als Festspielhaus dient eine riesige Scheune aus Betonfertigteilen, mit Wellblechdach und meterhohen Ventilatoren. Sie wurde 2010 für die Schostakowitsch-Tage eigens leergeräumt und hat eine fabelhafte Akustik. Im Freien davor schichtete man würfelförmige Heuballen zu Wällen, die so etwas wie ein Freiluft-Ves-



Der Chor Vocal Concert Dresden während der Schostakowitsch-Tage 2016. Foto: picture alliance / dpa

tübl abgaben. Aufgrund von Wetterschäden fanden die Konzerte in den Folgejahren in einem Zelt des Zirkus Sarrasani statt. Seit das Festival 2015 in den Frühsommer verlegt wurde, ist die Scheune wieder Konzerthalle.

Die Provisorien tragen zum besonderen Charakter dieser Zusammenkunft bei. Das beginnt bei der Einweisung der mit dem PKW angereisten Gäste auf den Dorfplatz durch die einheimischen Festivalhelfer und endet noch nicht bei dem Landschaftseindruck und den Naturgeräuschen, die sich in die Musik mängeln. So auch beim diesjährigen, dem siebten Festival: Beim Nachtkonzert mit Beethovens *Mondschein* und Schostakowitschs letztem Werk, der *Bratschensonate*, trommelte der Regen mächtig auf die Wellblechhalle, der Donner erstickte die Musik – die Aufführung musste abgebrochen werden. Die Besucher waren enttäuscht – und kamen dennoch am nächsten Tag wieder. Die anfängliche Skepsis der Dorfbewohner hat sich über Verwunderung inzwischen in Bewunderung verwandelt. ■

Anzeige



**KAPITAL
SICHERN.DE**

ECHTE WERTE

- Gold und Silber als Münzen und Barren
- Strategische Metalle & Seltene Erden
- Einzigartiger Goldsparplan
- LV - Kündigung
- Beratung

www.KapitalSichern.de

Info@KapitalSichern.de

Telefon 07955 476583



Die letzte Schlacht von Ali Pascha

von Jan von Flocken

Vor 200 Jahren wurde der türkische Vorstoß ins Habsburgerreich endgültig zurückgeschlagen: Prinz Eugen von Savoyen siegte gegen eine osmanische Übermacht vor der Festung Peterwardein.

Prinz Eugen von Savoyen sah einem geruhsamen Lebensabend entgegen. Der 53-Jährige galt als talentiertester Feldherr der Christenheit, hatte im Osten die Türken und im Westen die Franzosen in mehreren Schlachten glorreich besiegt. Nun residierte er als kaiserlicher Generalissimus im herrlichen Belvedere-Palast zu Wien und widmete sich mit seiner Freundin Eleonore Batthyány einer Sammlung erlesener Kunstwerke.

Doch der aggressive Islam gab auch Anfang des 18. Jahrhunderts keine Ruhe. Sultan Achmed III. wollte den Verlust Ungarns und des halben Balkans nicht hinnehmen. Die Niederlagen, welche die Türken vor Wien 1683, bei Budapest 1686, am Harsany-Berg 1687 und bei Zenta 1697 erlitten hatten, sollten ausgemerzt und durch neue Siege wettgemacht werden. So er hob der Sultan wieder drohend seine Waffen und erklärte im April 1716 dem römisch-deutschen Kaiser Karl VI. den Krieg.

Prinz Eugen musste wieder den Degen umschnallen und traf am 9. Juli bei den kaiserlichen Truppen in Futak ein, einer kleinen Garnisonsstadt westlich von Neusatz (heute Novi Sad), 80 Kilometer nordwestlich von Belgrad. Hier fand er seine Armee «in recht

schönem und dienstbarem Stand». Eugen rückte mit 70.000 Mann auf die von den Türken unter Großwesir Damad Ali Pascha angegriffene Festung Peterwardein (heute Petrovaradin) vor. Dazu benutzte er auch eine Flottille von Donau-Kähnen als Transportmittel. Peterwardein, an einer engen Flussbiegung gelegen, galt als «Gibraltar an der Donau» und musste unbedingt gehalten werden.

Das anrückende türkische Heer soll fast 200.000 Mann stark gewesen sein. Eine Zahl, die mit Vorsicht zu genießen ist, denn im Gegensatz zu den europäischen Heeren schleppten die Türken immer noch einen gewaltigen Tross mit sich. Dazu zählten nicht nur Handwerker, Händler und Dirnen, sondern auch, wie Eugen-Biograf Nicholas Henderson schreibt, «als Nachzügler die Zigeuner, Zuhälter, die Clowns und Gaukler, denen die Aufgabe zufiel, die Moral der Truppe aufrechtzuerhalten. Dabei half ihnen noch eine Spezialtruppe von Janitscharen-Sängern, die von Jugend auf geschult wurden, unflätige Lieder abzufassen und vorzutragen». Dieser Tross wurde häufig zur regulären Armee gerechnet, aber man darf sicher annehmen, dass die kampfbereiten Regimenter des Großwesirs doppelt so zahlreich waren wie die der Kaiserlichen.

Die Regimenter des Großwesirs waren doppelt so zahlreich wie die der Kaiserlichen.

Am 22. August 1717 eroberte Prinz Eugen mit einer List Belgrad: Er griff über eine Pontonbrücke über Wasser an. Foto: Pappenheim, Public domain, Wikimedia Commons

Prinz Eugen, der edle Ritter

Prinzen Eugen von Savoyen-Carignan (1663–1736) entstammte einer in Frankreich ansässigen Nebenlinie des in Italien herrschenden savoyischen Herzogsgeschlechts, das auch mit den deutschen Adelshäusern Wittelsbach und Baden-Baden verwandt war. Weil er auf eine erfolgreiche militärische Laufbahn hoffte, bot er seine Dienste den Habsburgern an und errang für sie grandiose Siege.

Gegen die Franzosen (Spanischer Erbfolgekrieg):

- Höchstädt: 13. August 1704
- Turin: 7. September 1706
- Oudenaarde: 11. Juli 1708
- Malplaquet: 11. September 1709

Gegen die Türken (Venezianisch-Österreichischer Türkenkrieg):

- Zenta: 11. September 1697
- Peterwardein: 5. August 1716
- Belgrad: 16. August 1717

Die Eroberung von Belgrad wird besungen im Volkslied «Prinz Eugen, der edle Ritter». Unter demselben Titel erschien eine Erzählung von Hugo von Hofmannsthal.

Auch 22 Kamele fielen in die Hände der siegreichen Habsburger.

Jan von Flocken, Historiker und Buchautor, verfasste in COMPACT-Spezial Nr. 10 «Islam – Gefahr für Europa» mehrere Aufsätze über die Religionskriege im Mittelalter.

Vorwärts immer, rückwärts nimmer

Deshalb beschworen viele Generale, darunter die Infanterie-Kommandeure Sigmund Graf von Heister und Prinz Alexander von Württemberg, ihren Oberbefehlshaber, er solle keine offene Feldschlacht riskieren, sondern die Türken sich in einem Abnutzungskrieg gegen Peterwardein erschöpfen lassen. Solche Taktik war aber dem zupackenden Naturell des Prinzen Eugen gänzlich fremd. Vielmehr war er überzeugt, dass ein trügerisches Zuwarten schädlich für den Kampfgeist seiner Soldaten sei. Deshalb reizte der Reiterführer Graf Johann Pálffy mit seinen Kürassieren den Gegner durch kühne Vorhutgefechte zum Kampf. Am 2. August führte Eugen seine Truppen über mehrere Pontonbrücken auf das rechte Donauufer.

Die Türken lagen am 3. August nur noch drei Kilometer von der Festung entfernt bei Karlowitz in der serbischen Vojvodina. Damad Ali Pascha sandte einen Parlamentär nach Peterwardein, mit der schriftlichen Aufrückerung, die Festung kampflos zu übergeben. Eugens kurze Antwort lautete: «Der Großwesir mag tun, was er will und kann, an einer Entgegnung zu rechten Zeit wird es gewiss nicht fehlen». Damit hatten die Türken alle Chancen eines raschen Angriffs auf Peterwardein versäumt und begannen stattdessen mit einem konzentrischen Beschuss durch ihre Artillerie.

Am 5. August 1716 entbrannte die Schlacht. Wegen eines Sturmes, der viele Pontonbrücken über die Donau beschädigt hatte, musste der Angriff von fünf auf sieben Uhr früh verlegt werden. Eugen hatte sich die Vorteile des Geländes zu Nutze gemacht, indem er die beiden Flügel seiner Hauptstreitmacht einerseits an die Donau, andererseits an die Festungswerke von Peterwardein lehnte. Am linken Flügel unter Alexander von Württemberg gingen die ersten sechs Infanteriebataillone vor. Unverzüglich brach der türkische Gegenangriff auf das Zentrum der Kaiserlichen los. 40.000 Janitscharen unter Hussein Pascha, die Elite des Heeres, schienen «mit Todesmut und wildem Grimm kämpfend» die Oberhand zu gewinnen. Das Zentrum wurde nahezu durchbrochen, zwei Generale fielen im Gefecht.

Doch erfüllt von Kampfesfeuer, hatten die Türken ihre Flanken entblößt. Dort stießen die österreichischen Kürassiere und ungarischen Husaren unter Johann Pálffy hinein. Gleichzeitig griff Eugens Reserve frontal an und riegelte den Einbruch ab. Er selbst kämpfte wieder mitten unter seinen Soldaten und «war in der größten Gefahr, von den Türken niedergehauen oder gefangen zu werden», wie ein Teilnehmer der Schlacht, Prinz Ferdinand von Braunschweig-Bevern, berichtete.

Von beiden Seiten gepackt, konnten selbst die Janitscharen nicht mehr standhalten, und wenn sie erst flohen, dann rissen sie das gesamte Heer mit sich. Großwesir Ali Pascha beobachtete von seinem Zelt aus das



Eugen von Savoyen auf einem Gemälde von 1718. Foto: Jacob van Schuppen, Public domain, Wikimedia Commons

Gemetzel. Als er sah, dass sich seine Truppen fluchtartig zurückzogen, stürzte er sich selbst in den Kampf, aber für seine Männer gab es kein Halten mehr. Er wurde von einer Kugel in den Kopf getroffen und halbtot in Belgrad geschleppt, starb aber schon unterwegs. Mit ihm hatten etwa 20.000 Mann den Tod gefunden. Die kaiserlichen Verluste betrugen knapp 2.000 Soldaten.

Sieg, Heil und fette Beute

Nach fünf Stunden, gegen zwölf Uhr, war die Schlacht von Peterwardein gewonnen. Das gesamte türkische Heerlager mit unermesslichen Kostbarkeiten fiel an die Kaiserlichen, darunter auch 2.000 Kamele, bisher in Europa fast unbekannte Tiere. In einem zeitgenössischen Bericht wird dargestellt, «wie die Armee mit ungemeiner Tapferkeit gefochten, den herrlichsten Sieg errungen und das (...) Lager, alle Zelte wie auch das Hauptquartier des Großwesirs erobert, sodann die ganze Artillerie mit 172 Stücken, 156 Fahnen, fünf Rossenschweifen, drei Paar Pauken und alles Gepäck bekommen hat». Eugen selbst erhielt aus der Kriegsbeute das luxuriöse Zelt von Damad Ali, das in mehrere mit Goldintarsien und Seide ausgestaltete Räume unterteilt war. Um dieses Prunkzelt aufzustellen, waren 500 Männer nötig. Kaiser Karl VI. sandte Eugen ein huldvolles Schreiben, Papst Clemens XI. ein geweihtes Prunkschwert.

Mit der Schlacht bei Peterwardein fand der Feldzug noch kein Ende. Nur ein Jahr später rückte wieder eine türkische Armee von 150.000 Mann auf die Festung Belgrad vor, die von Prinz Eugens Streitmacht belagert wurde. Hier kam es am 16. August 1717 zur Schlacht, und der Prinz brachte das Kunststück fertig, sowohl den zahlenmäßig weit überlegenen Gegner zu schlagen als auch Belgrad zu erobern. 1718 sahen sich die Türken zum Friedensschluss gezwungen und mussten weitere Gebiete auf dem Balkan an das Habsburgerreich abtreten, das dadurch die größte geografische Ausdehnung seiner Geschichte erlangte. ■

Mit Promille nach Pankow

von Helmut Roewer

Geheimdienst-Geschichte der BRD (II): Der erste Verfassungsschutzpräsident kam der Bundesrepublik nach vierjähriger Dienstzeit abhanden – 1954 tauchte er plötzlich in der DDR auf. War er entführt worden? Oder hatte er sich zum Überlaufen entschlossen? Die Wahrheit ist bizarren.

Als der erste Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz Otto John in der Nacht vom 20. auf den 21. Juli 1954 im feindlichen Ostberlin verschwand, war dies ein Skandal allererster Ordnung. Das Beben brachte die Adenauer-Regierung ins Wackeln. Ich hatte Anfang der 1980er Jahre die Gelegenheit, einen Blick auf diese Erschütterungen zu werfen, denn auf meinem Schreibtisch waren bündelweise Behörden- und Geheimdienstakten gelandet: Ich sollte eine Anfrage aus dem Bundespräsidialamt beantworten. Dort erwog man eine Gnadenrente für den wieder in Westdeutschland lebenden Überläufer. Schnell wurde mir als damals noch jungem Beamten klar, dass der Mann im politischen und medialen Establishment der Republik einflussreiche Gönner hatte. Also studierte ich erst einmal die internen Dokumente. Neben den ohnedies bekannten eher dürtigen Tatsachen schälte sich eine bizarre Geschichte aus dem Papierwust.

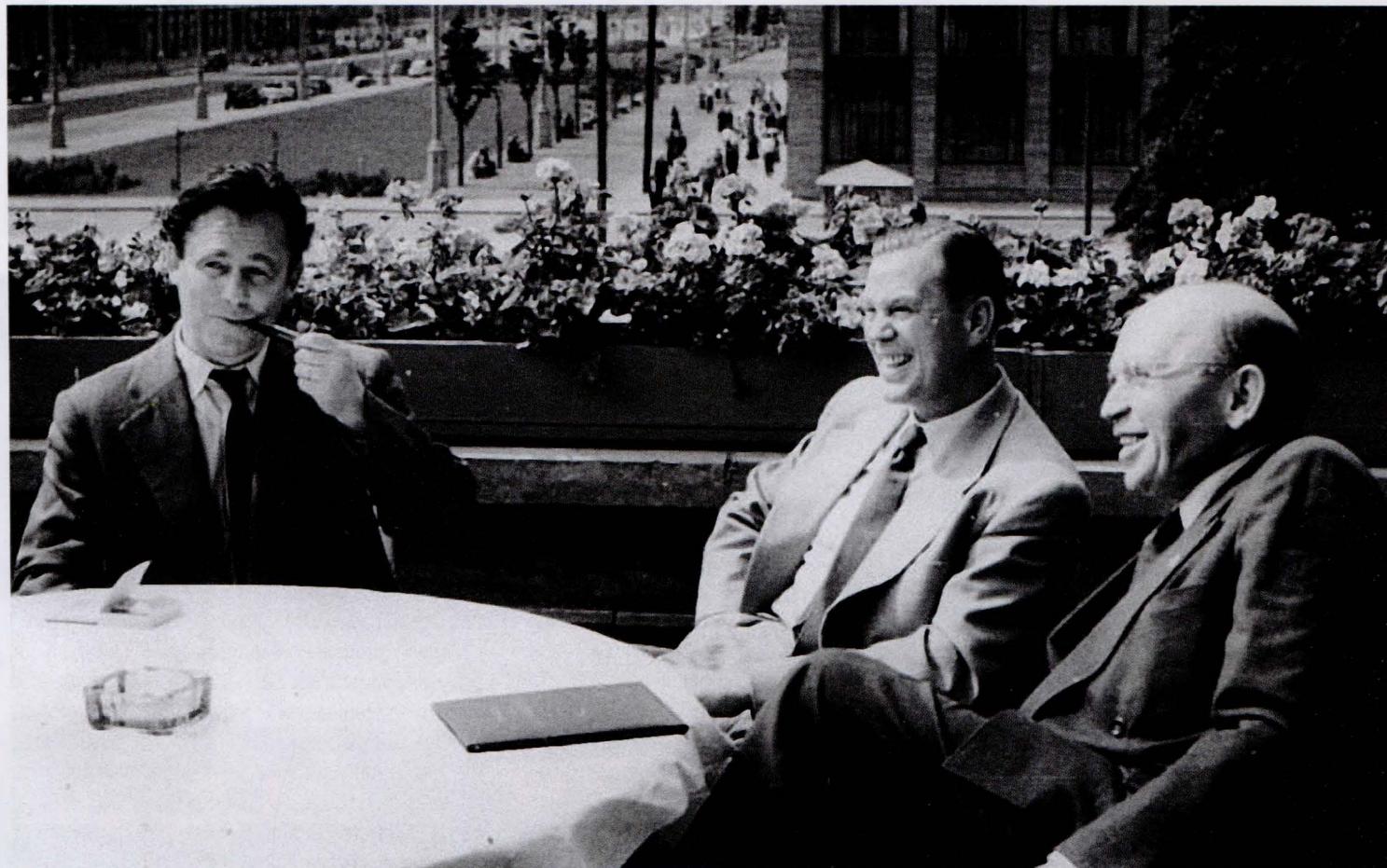
An der Leine des MfS

Der 1909 in Marburg an der Lahn geborene Otto John wurde Jurist. Dank einflussreicher Sponsoren war sein Berufsweg sogleich auf Erfolgskurs getrimmt: Der 28-Jährige begann seine Karriere nicht an irgendeinem Feld-, Wald- und Wiesenamtgericht, sondern als Syndikus der Deutschen Lufthansa. All dies 1937, und die Fluglinie war damals schon ein aufstrebendes, weltweit operierendes Unternehmen. Das alles erwies sich für John als überaus praktisch, denn der Job bewahrte ihn davor, zur Wehrmacht einrücken zu müssen.

Als Lufthansa-Angestellter konnte er sich praktisch ungehindert in Europa bewegen – so weit jedenfalls, wie deutsche zivile Flugzeuge während des Krieges flogen, zum Beispiel nach Madrid und Lissabon. Auf diese Weise wurde der Jurist für Geschäftsleute nützlich,

Die Amerikaner kontrollierten den BND, die Briten den Verfassungsschutz.

John (Mitte) 1954 mit Erich Correns (rechts), dem Präsidenten der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands, in Ost-Berlin.
Foto: Bundesarchiv, Bild 183-25798-0007, Walter Heilig, CC-BY-SA 3.0, Wikimedia Commons



COMPACT Dossier C
MAGAZIN FÜR SOVORENTÄT

Meisterspione des 20. Jahrhunderts

Die Kultserie von Helmut Röwer

Erhältlich für nur 5 Euro bei
compact-shop.de. Foto: COMPACT



Der Fall John war der größte bundesdeutsche Geheimdienstskandal der 1950er Jahre. Foto: Bild

Anzeige

die, Krieg hin oder her, ihren grenzüberschreitenden, meist illegalen Geschäften nachgingen. Nachrichtendienstlich gesprochen, wurde John deren Kurier. Selten fällt einer in einem derartigen Gewerbe nicht auf, zumal wenn er sich in Gegenden bewegt, die klassische Agententummelplätze sind. Wann der Deutsche bei solcher Gelegenheit beim britischen Auslandsdienst MI6 andockte, lässt sich nicht mit Bestimmtheit sagen. Dass er es tat, kann man immerhin aus der Fallakte KV2/2465 des britischen Inlandsgeheimdienstes MI5 und dem Umstand schlussfolgern, dass sonst seine 1944 erfolgte Ausschleusung aus dem Reich und die nahtlose Integration in die antideutsche Propagandamaschinerie in London kaum erfolgt wäre.

berger Prozessen teil und wurde später Anklageverteilter gegen den deutschen Feldmarschall Erich von Manstein, der programmgemäß in Hamburg zu einer Zuchthausstrafe verurteilt wurde. Nicht jeder in Deutschland fand solche Parteinaahme für die Siegerjustiz lustig.

Der schöne Otto

Während dieser Zeit steckten die Besatzungsmächte ihre Claims in Deutschland ab: Die Amerikaner schufen mit Hilfe von Reinhard Gehlen den Auslandsgeheimdienst BND (siehe mein Artikel in der Juli-Ausgabe von COMPACT), die Briten dagegen wollten einen von ihnen dominierten Inlandsdienst nach dem Vorbild des MI5 aufbauen. Zu diesem Zweck erließ die Militärgouverneure im April 1949 eine Weisung, den sogenannten Frankfurter Polizeibrief. Innerhalb von Tagesfrist gerieten die einschlägigen Bestimmungen noch vor der Schlussabstimmung kommentarlos ins Bonner Grundgesetz, wo man sie noch heute in den Artikeln 73 und 87 nachlesen kann.

Otto John denunzierte in Ostberlin die Bundesrepublik als nahtlose Fortsetzung des Dritten Reiches.

In der Tat hatte John im Juli 1944 allen Anlass, sich aus Hitlers Machtbereich abzusetzen, denn er gehörte zum entfernten Mitwisserkreis der Verschwörung des 20. Juli 1944 – jedenfalls ist dies nach dem Krieg mit Nachdruck so gesagt worden. Seinen Bruder Hans John kostete diese Flucht das Leben: Er wurde im August 1944 festgenommen und in den letzten Kriegstagen im Untergangstaumel des Dritten Reiches in Berlin erschossen.

Im November 1944 erreichte John die rettenden britischen Inseln. Seine neuen Herren hatten Großes mit ihm vor. Zunächst musste er sich jedoch bewähren. Als mit Kriegsende seine Propaganda-Aufgaben überflüssig wurden, nahm der Jurist im Solde Londons an den Nürn-

Gehorsam beschloss der erste Deutsche Bundestag dann auch ein einschlägiges Behördenerrichtungsgesetz – bei der Besetzung der Spitzenposition in dem neuen Nachrichtendienst hatte er allerdings nichts mitzureden. Über dergleichen bestimmten die Briten. Ihr Mann war Otto John. Im Dezember 1950 trat er seinen Dienst an. Dass er sich im Sinne seines Landes oder seiner Hintermänner bewährte, wird niemand ruhigen Gewissens behaupten können. Sicher, der neue Chef hatte es nicht leicht: Auch auf ihn traf die Regel zu, dass eine lupenreine Gesinnung noch lange keinen guten Behördenleiter ausmacht. Vielleicht ist sogar das Gegenteil richtig. Später wurde gemutmaßt, John sei in der eigenen Behörde von alten Nazis umzingelt gewesen. Solcherlei Gerede ohne belastbare Belege sollte wohl sein Dilemma verkleistern helfen, dass das

COMPACT Reise C

Auf den Spuren des Alten Fritz in Schlesien

Der Spätsommer wird spannend! Schließen Sie sich vom **28.09. bis 02.10.2016** unserer kulturhistorischen Studienreise durch Schlesien an: Vom Riesengebirge über das Glatzer Land bis nach Breslau folgen Sie den Spuren des Preußenkönigs und entdecken neben prächtigen Adelsschlössern auch beeindruckende Festungen und bedeutende sakrale Bauwerke.

Reisepreis: ab € 895,-
COMPACT-Abonnenten erhalten 10% Rabatt!

Info & Anmeldung

reise@compact-magazin.com
reise.compact-magazin.com
Tel. 03327-5698611

Kultur und Geschichte hautnah erleben!

**Jetzt
Anmelden!**





Schweigen in Widerstandserinnerungen nur in den seltensten Fällen bei der Führung eines Repressionsapparates hilft. Bei John kam hinzu, dass er dem Alkohol mehr, als gut tut, zugetan war. Allzu aussagekräftig war auch sein Spitzname in der Behörde: der schöne Otto. Abfälliger ging's kaum.

Am Tag seines Verschwindens hielt sich der Verfassungsschutzchef in Westberlin bei einer Gedenkveranstaltung zum 10. Jahrestag des 20. Juli 1944 im Bendlerblock auf, wo der Kern der Militärverschwörer rund um Stauffenberg Dienst getan hatte. Von hier aus ging es in Kneipen – und sodann in den Zustand der Weinerlichkeit. Unter Anleitung des Berliner Modearztes, Jazztrompeters und Trinkkumpans Wolfgang Wohlgemuth kutscherte man im Auto über die Sektoren-Grenze – ein Betrunkener mit dem Katzenjammer des Scheiterns, für das er andere verantwortlich machte. Doch post festum erscholl der Chorus seiner Sympathisanten: Der arme Kerl sei betäubt und entführt worden, meinten die einen. Die anderen hielten dagegen, der vermeintliche Widerstandskämpfer habe es im Verfassungsschutz nicht länger ausgehalten, da es sich bei diesem nur um eine umetikettierte Gestapo handele.

Der Osten war froh, den seltsamen Überläufer wieder loszuwerden.

Zu solchem Verschwörungskram hätte sicher auch gut gepasst, dass besagter Wohlgemuth 1945 eine super-prominente Praxis in der Berliner Uhlandstraße übernommen hatte – die des Hiltler-Leibarztes Theodor Morell. Doch solcherlei Verbindungslien zu ziehen, war wohl selbst für die begabtesten Verschwörungsspezialisten ein Salto zu viel. Deshalb schnell zurück zur vermeintlichen Kidnappergeschichte: Die Lektüre sowjetischer KGB-Akten und des MfS-Raritätenkabi-

netts lässt für die Entführungsversion wenig Platz. Die Russen waren über den Neuzwachs ebenso indigniert, wie es seine englischen Hintermänner über den Verlust waren. Man machte dann im Osten aus der Not eine Tugend und ließ John am 11. August 1954 auf einer international beachteten Pressekonferenz in Ostberlin auftreten, wo er den westdeutschen Teilstaat als nahtlose Fortsetzung des Dritten Reiches und die westdeutsche Regierung der Angriffslüsternheit bezichtigen konnte. Jegliche Entführungsgerüchte wies er von sich (womit er die Wahrheit sagte).

Anschließend wurde der seltsame Überläufer nach Russland ausgeflogen. Seine Vernehmungen durch den KGB dauerten vom 24. August bis zum 22. Dezember 1954. Danach waren die sowjetischen Geheimdienstler davon überzeugt, dass sie ihn nicht gebrauchen konnten: Was er zum Besten gab, war kaum verwertbar, denn über die Struktur des von ihm geführten Verfassungsschutzes wusste er wenig bis nichts, erst recht nichts über dessen Operationen. Mit Recht wurde er als harmloser Frühstücksdirektor eingeschätzt, den man bestenfalls weiter als Einflussagenten nutzen könne. Folglich wurde John in das sowjetische Teildeutschland rücküberstellt. Dort schrieb man für ihn die Propagandaschrift *Ich wählte Deutschland*. Heute wäre Kommunisten ein solcher Titel nicht mehr zuzutrauen – aber damals enthielt die DDR-Hymne noch die Worte «Deutschland, einig Vaterland»...

In Ostberlin gelang es Johns früherem britischen Führungsoffizier, dem Journalisten Denis Sefton Delmer, zu seinem Ex-Agenten erneut Kontakt aufzunehmen und den Wankelmütigen zur Rückkehr in die Bundesrepublik zu überreden. Im präparierten Kofferraum des für diesen Zweck angeheuerten Dänen Henrik Bonde-Heniksen gelang die Flucht.

Heimkehr und Gefängnis

Während man bei der SED sichtlich erleichtert war, den unbehaglichen Gast los zu sein, sah man im Westen den zwischenzeitlichen Ausflug des Verfassungsschutzpräsidenten eher unsportlich. Er wurde unverzüglich verhaftet, und am 22. Dezember 1956 verurteilte ihn der Bundesgerichtshof wegen Landesverrats zu einer vierjährigen Zuchthausstrafe. Das war typische Ergebnisjurisprudenz, denn eigentlich konnte man John die Tathandlung, das Ausplaudern von Staatsgeheimnissen, nicht nachweisen. Immerhin war das schlechte Gewissen hierüber groß genug, dass man den Delinquenten nach zwei Jahren Haft auf freien Fuß setzte.

Nun sollte es noch rund 25 Jahre dauern, bis man sich in Westdeutschland an den Widerstandskämpfer John glaubte erinnern zu müssen. So kam es zu der denkwürdigen Geschichte mit der Gnadenrente, die ich eingangs erzählt habe. – Otto John ist am 26. März 1997 als 88-Jähriger in Innsbruck gestorben. ■

Otto John und Rudolf Heß



Bundespräsident Richard von Weizsäcker erkannte Otto John 1986 die beantragte Gnadenrente zu. Ein anderer durfte bei dem ehemaligen Wehrmachtsoffizier nicht auf Milde hoffen: Weizsäcker ließ in einer denkwürdigen Rede zum 8. Mai 1985 auch die Westdeutschen durch die Siegermächte 1945 befreien – ein Privileg, das bis dato nur die Ostdeutschen genossen hatten. Im Entwurf derselben Rede wurde Gnade für den letzten Insassen der Spandauer Festung gefordert – dieser Mann hieß Rudolf Heß; der Hitler-Stellvertreter saß seit 44 Jahren hinter Gittern. Doch die Worte aus dem Entwurf sind schließlich nicht über die samtwichenen Lippen des Präsidenten gekommen.

Rudolf Heß als Gefangener.
Foto: Library of Congress

Bild oben links: Otto John: «Ich habe mich nach reiflicher Überlegung entschlossen, in die DDR zu gehen und hier zu bleiben, weil ich hier die besten Möglichkeiten sehe, für eine Wiedervereinigung und gegen die Bedrohung durch einen neuen Krieg tätig zu sein.»
Foto: picture-alliance / dpa

Helmut Roewer (*1950) war von 1994 bis 2000 Chef des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz. Im Jahr 2014 erschien sein Buch «Kill the Huns – Tötet die Hunnen! Geheimdienste, Propaganda und Subversion hinter den Kulissen des Ersten Weltkrieges» (Ares Verlag, 504 Seiten, 29,90 Euro). – 2014/2015 konnte man in COMPACT die von ihm verfasste Serie «Meisterspione des 20. Jahrhunderts» lesen.

BRD-Sprech Auschwitz



Die Rampe von Birkenau.
Foto: Public domain, Wikimedia Commons



Verlag Antaios, 240 Seiten, gebunden, 22,00 Euro (Bestellung über antaios.de). Foto: Verlag

 Manfred Kleine-Hartlage ist Publizist und Diplom-Sozialwissenschaftler. Regelmäßig veröffentlicht er kritische Beiträge auf seinem Blog [«korrektheiten.com»](http://korrektheiten.com). Sein aktuelles Buch «Die Sprache der BRD – 131 Unwörter und ihre politische Bedeutung», 2015 im Verlag Antaios erschienen, liefert die Vorlage für diese COMPACT-Serie.

Es gibt Ortsnamen, die durch ihre bloße Nennung Assoziationsnetze bis tief ins Unbewusste aktivieren, etwa Waterloo, Langemarck, Hiroshima – oder Auschwitz. Welche von ihnen im Lauf der Zeit ihren mythischen Klang verlieren (Wer kennt heute noch Langemarck?) und welche immer stärker aufgeladen werden, ist eine Frage der «Erinnerungskultur». Aufgeladen wird normalerweise, was den jeweiligen Machthabern als förderungswürdig gilt.

Aus deren Sicht hat die mythische Verdichtung den Vorteil, beim Publikum brauchbare Gefühle und Verhaltensweisen gleichsam auf Knopfdruck hervorzurufen und sich selbst die Mühe des Argumentierens zu ersparen. Joschka Fischer (dem der Satz zugeschrieben wird, Auschwitz sei der «Gründungsmythos der Bundesrepublik») griff folgerichtig 1999 zur Parole «Nie wieder Auschwitz», um den Kosovokrieg zu rechtfertigen – einen Krieg, für den weder das Völkerrecht noch die Interessen Deutschlands einen hinreichenden legitimen Grund hergaben.

Dass gerade der Name «Auschwitz» zu einem solchen manipulativen Zweck geeignet war, ist das Ergebnis einer Geschichtspolitik, die unter Dutzen den von Völkermorden des 20. Jahrhunderts gerade den an den Juden (symbolisch verdichtet in dem Wort «Auschwitz») in perverser Weise privilegierte. Anders

als etwa die Massenmorde Stalins oder Maos oder auch der Genozid an den Armeniern wurde «Auschwitz» zum Inbegriff des absolut Bösen. Da dergleichen nur unter Beteiligung der ideologieproduzierenden Industrie möglich ist und diese keineswegs interessenneutral agiert, stellt sich die Frage, welchen Interessen (beziehungsweise der Bekämpfung welcher Interessen) gerade eine solche Erinnerungskultur dient.

Zum einen wird dadurch ein ganz bestimmtes Land, nämlich Deutschland, im Zustand ständiger Erpressbarkeit gehalten, und dies umso mehr, als dessen führende Politiker nicht müde werden, sich immer dann auf die «Last der Vergangenheit» zu berufen, wenn es – etwa bei der Eurorettung – Maßnahmen zu legitimieren gilt, die offensichtlich gegen die Interessen des eigenen Landes gerichtet sind.

Die Geschichtspolitik der BRD verschärft sich dabei in dem Maße, in dem sie ihre Fähigkeit verliert, sich durch eigene Erfolge zu legitimieren. Je mehr sich ihr Bild verdüstert, desto verzweifelter muss sie darum kämpfen, aus der historischen Kontrastfolie – dem Dritten Reich – alle Graustufen zu tilgen und nur tiefstes Schwarz übrigzulassen.

Es handelt sich um eine Religion ohne Trost und Hoffnung, auch ohne Moral.

Wenn Auschwitz schließlich für das absolut Böse steht, wird damit eine Religion etabliert, die jede andere relativiert. Es handelt sich um eine Religion ohne Gott und Erlösung, aber mit einem im Diesseits wirkenden Bösen, zu dessen Bekämpfung alle Mittel, auch solche, die ihrerseits böse (aber ideologieimmanent eben nur relativ böse) sind, erlaubt sind. Der Nationalsozialismus ist Geschichte, aber die Hitlers vermehren sich in dem Maße, wie es Politiker und politische Kräfte gibt, die man ausschalten will: Das kann Gaddafi sein oder Saddam Hussein – oder auch der innenpolitische Gegner, sofern dieser der Meinung ist, die Interessen des deutschen Volkes vertreten zu dürfen, da diese durch Auschwitz für alle Zeiten legitimiert seien. Es handelt sich um eine Religion ohne Trost und Hoffnung, auch ohne Moral. Um eine Religion, die das Gewissen nicht schärft, sondern ausschaltet, und die den Menschen nicht in eine Beziehung zu Gott rückt und damit der Manipulation durch weltliche Machthaber entzieht, sondern sein Gewissen eben dieser Manipulation zur Verfügung stellt. ■

Unsere Helden

– Totila

Er besaß ein «apollinisch schönes Antlitz mit lachenden, hellblauen Augen und lichtblondem Haar.» So beschreibt Felix Dahn in seinem Roman *Ein Kampf um Rom* 1876 den Gotenkönig Totila. Und so lasen es Millionen enthusiastischer Jünglinge und Mädchen, denen aufgrund dieses (1968 verfilmten) Werkes Namen wie Totila und Teja, Belisar und Narses, Justinian und Theodora zum Begriff wurden. Insoweit ist Felix Dahn zu danken, der nicht nur Dichter, sondern auch Professor für antike Philosophie und Geschichte in Breslau war.

Heldenkampf und Untergang – selten vereint sich dieser germanische Urmythos so eng mit den historischen Tatsachen wie zur Zeit Totilas und Tejas vor 1500 Jahren. Die Ostgoten hatten sich gerade in Italien etabliert und teilweise assimiliert, da starb 526 ihr großer König Theoderich und wilde Thronstreitigkeiten brachen aus.

Der oströmisch-byzantinische Kaiser Justinian, dessen Heere schon das germanische Vandalenreich in Nordafrika vernichtet hatten, griff nun auch nach Italien. Sein Feldherr Belisar eroberte Rom und nahezu die gesamte Halbinsel – das Gotenreich schien verloren. Da trat Totila, Graf von Venetien und Treviso, auf den Plan, ein Mann, der nicht zum Königsgeschlecht von Theoderichs Amalern gehörte. 542 wählten ihn seine gotischen Gefolgsleute zum neuen König, und bald hatte Totila die Byzantiner aus Italien vertrieben, 543 Neapel und 546 Rom zurückerobert. Eine starke Flotte sicherte das Reich nebst den Inseln Sizilien, Sardinien und Korsika. Kriegsgefangene wurden vom König entgegen den damaligen Bräuchen milde behandelt, und er gewann durch sein freundliches Wesen die Herzen der Italer. Der Ruhm des jungen und schönen «Romkönigs» verbreitete sich rasch in der gesamten Mittelmerwelt.

Kaiser Justinian aber gab im fernen Konstantinopel keine Ruhe; er wollte das antike Römerimperium unbedingt wiederbeleben und sandte deshalb im Frühjahr 552 seine Geheimwaffe, den Eunuchen Narses, über die Adria nach Italien. Dieser unscheinbare Mann führte mehr als 25.000 Soldaten in die Schlacht und betrieb den Krieg als kaltes Rechenexempel. Rasch erkannte er die grundlegende Schwäche der Goten – ihre wilde und häufig undisziplinierte Kampfbegierde. Am 1. Juli 552 stellte Narses das ostgotische Heer unter Führung von Totila bei Taginae, nahe dem heutigen Perugia in Mittelitalien.

Vor den Kampfhandlungen setzte sich Totila spektakulär in Szene. Der zeitgenössische Chronist Prokopios von Caesarea berichtet: «Mit einer von Gold strahlenden



den Rüstung bekleidet, Helm und Lanze mit fliegenden Rossschweifen von königlichem Purpur geschmückt, saß er hoch auf herrlichem Streitross. Er tummelte sein Pferd, Kreise um Kreise schlängend, auf dem Gefilde, während er selbst sich bald überschlug, bald hier und da mit jugendlicher Gewandtheit sich wendete oder den Speer in die Luft schleuderte, um ihn im gestreckten Ritt wieder aufzufangen.» Wenige Stunden nach diesem beeindruckenden Schauspiel war der Gotenkönig tot. Unter dem Pfeilhagel der oströmischen Bogenschützen brachen sämtliche Attacken der Germanen zusammen. Totila wurde schwer verwundet und fiel im Schlachtgewoge.

Seine Truppen flohen Richtung Norden nach Pavia, von wo sie der letzte Ostgotenkönig Teja an den Abhängen des Vesuv gegen Narses in Kampf und Untergang führte. Die Erinnerung an Totila und seine Heldentaten hielt sich bis zu unserer geschichtsvergessenen Ära, wo die meisten unter dem Namen «Totila» nur noch einen Dressurrhengst kennen. ■

Totila in einer Darstellung aus dem Jahr 1549. Foto: Public domain, Wikimedia Commons

Totila vertrieb die Byzantiner aus Italien, eroberte Neapel und Rom zurück.

Der Historiker Jan von Flocken ist Autor zahlreicher Bücher. Zuletzt erschien im Kai-Homilius-Verlag «Der Fluch des Tempelritters» (264 Seiten, 19,95 Euro, 2012).



Harzheims Klassiker _ Patriotismus

Leutnant Takeyama (Yukio Mishima): Seppuku lässt einen manchmal siegen. Foto: Filmverleih



Der Film galt als verschollen, bis 2005 die originalen Negative wiederentdeckt wurden.

Foto: Filmverleih

Harald Harzheim ist der Filmklassiker von COMPACT.

Leutnant Takeyama gehört zu einer geheimen Gruppierung, die im Februar 1936 gegen Japans korruptes Kabinett revoltiert. Der Aufstand wird niedergeschlagen. Takeyama, Beamter der Palastwache, muss jetzt seine verurteilten Kameraden erschießen. Aber ein solcher Verrat ist ihm unmöglich. In der Nacht vor der angesetzten Exekution schlafst Takeyama ein letztes Mal mit seiner Frau Reiko. Anschließend begeht er Seppuku (oft fälschlich als Harakiri bezeichnet). Reiko assistiert ihm und verübt ebenfalls Selbstmord.

Mit *Yukoku* (Patriotismus, 1966) verfilmte Mishima seine eigene gleichnamige Kurzgeschichte über das Drama. Es sollte die einzige Regiearbeit des Dichters bleiben. Vor allem aber verfilmte er damit seine eigene Zukunft. Denn 1970 plante Mishima ebenfalls den Sturz der japanischen Regierung. Ziel war die Wiederherstellung einer tatsächlichen Kaiserherrschaft, die Wiederbelebung des Samurai-Kodex. Für diese Revolte hatte der reiche Dichter eine eigene Armee aufgestellt. Die Revolte misslang, und Mishima beging Seppuku. Zwei Jahre zuvor hatte er die Auffassung von Selbstmord als Niederlage bereits zurückgewiesen und hielt dagegen, dass der rituelle Suizid «einen manchmal siegen lässt». Und so geschah es: Nach seinem Freitod erlangte sein Werk weltweiten Kultstatus. Er hatte dessen Authentizität mit seinem Blut bezeugt.

Vielleicht hat Mishimas Tod auch die Zerrissenheit geheilt, die sein Leben prägte: Wie ein Sonnenkönig wohnte der narzisstische Dichter inmitten europäi-

scher Barockmöbel. Er zelebrierte einen erbarmungslosen Schönheits- und Körperkult, war homosexuell und Familienvater, Ästhet der Leidenschaft und Traditionalist zugleich. In wenigen Jahren schrieb Mishima eine blutige Schneise durch Japans Literatur, griff bei der Themenwahl auch in den Giftschränk europäischer Geschichte – so in dem Drama *Madame de Sade* (1965) und *Mein Freund Hitler* (1968), das über die «Nacht der langen Messer», Hitlers Auftragsmasaker an der SA-Führung 1934, erzählt.

1970 plante Mishima den Sturz der japanischen Regierung.

In *Patriotismus* steht der traditionelle Selbstmord im Zentrum der Handlung. Das Foto zeigt Leutnant Takeyama beim Ertasten einer möglichen Einstichstelle. Zur Durchführung muss jede Emotion ausgeblendet sein. Obwohl der Frau Tränen über die Wangen laufen, hilft sie dem geschwächten Ehemann bei der Vollendung seiner Tat. Ein un- und übermenschlicher Ritus, inszeniert im strengen Stil des Nō-Theaters. Yukio Mishima hatte als Darsteller in Samurai-Filmen bereits mehrere Seppuku-Szenen gespielt: Als habe er sich dieser Suizidtechnik im Rahmen seiner Kunst langsam genähert – bis er im Alter von 45 Jahren bereit war, sie zu realisieren: Film als Einübung des Sterbens... ■

COMPACT Spezial C

MAGAZIN FÜR SOUVERÄNITÄT

Sonder-Ausgabe Nr. 10 | 8,80 EUR (D) · spezial.compact-online.de

Islam

Gefahr für Europa



9,90 Euro (A), 13 sFr (CH)

Grundwissen: Koran, Scharia und Dschihad als akute Bedrohung unserer Freiheit
Geschichte: Raubzüge und Kolonialisierung unter der grünen Fahne des Propheten
Gegenwart: Warum der Islam mit unserem Grundgesetz nicht vereinbar ist
Zukunft: Wie wir das Abendland und unsere Werte verteidigen können

Einzelheft oder SPEZIAL-Abo unter Tel: 03327-569 86 11 · Fax: 03327-569 86 17
abo@compact-magazin.com · shop.compact-magazin.com

Wer COMPACT-Magazin jetzt abonniert, kann COMPACT-Spezial «Zensur in der BRD» als Gratis-Prämie dazubestellen.

29.10.2016
IN KÖLN
9:00 – 18:00 Uhr

COMPACTKonferenz^C

5. Konferenz für Souveränität | 2016*

Für ein Europa der Vaterländer

Referenten: Björn Höcke | Karl Albrecht Schachtschneider | Oskar Freysinger | Vaclav Klaus*
John Laughland | Natalia Narotchnitskaya | Jürgen Elsässer | FPÖ-Politiker | u.v.m.

* In Kooperation mit dem IDC Institut de la Démocratie et de la Coopération, Paris

** Angefragt



COMPACT-Abonnenten erhalten bis zu € 60,- Karten-Ermäßigung!

Unser Tipp für alle, die zur wichtigsten Konferenz des Jahres wollen und noch kein COMPACT-Monatsabo haben: Erst abonnieren, dann anmelden! So zahlen Sie lediglich € 49,00 für das Konferenz-Ticket und bekommen zusätzlich für eine weitere Begleitung eine zweite Karte zum Abonnenten-Preis.

**JETZT
anmelden!**
konferenz.compact-shop.de